
Antifaschistisches Info Blatt
Antifaschistisches info Blatt
Nr. 72 | Sommer 2006 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR
Vergangenheit die nicht vergehen will
Der Historikerstreit – Ernst Nolte und der Holocaust
NS-Szene
Tattoos und mehr…
Rassismus
10 Jahre Brandanschlag in Lübeck
Kein Bock auf Nazi
DVD im Heft



Inhalt

AIB 72 3 · 2006

Rubriken







Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.antifainfoblatt.de

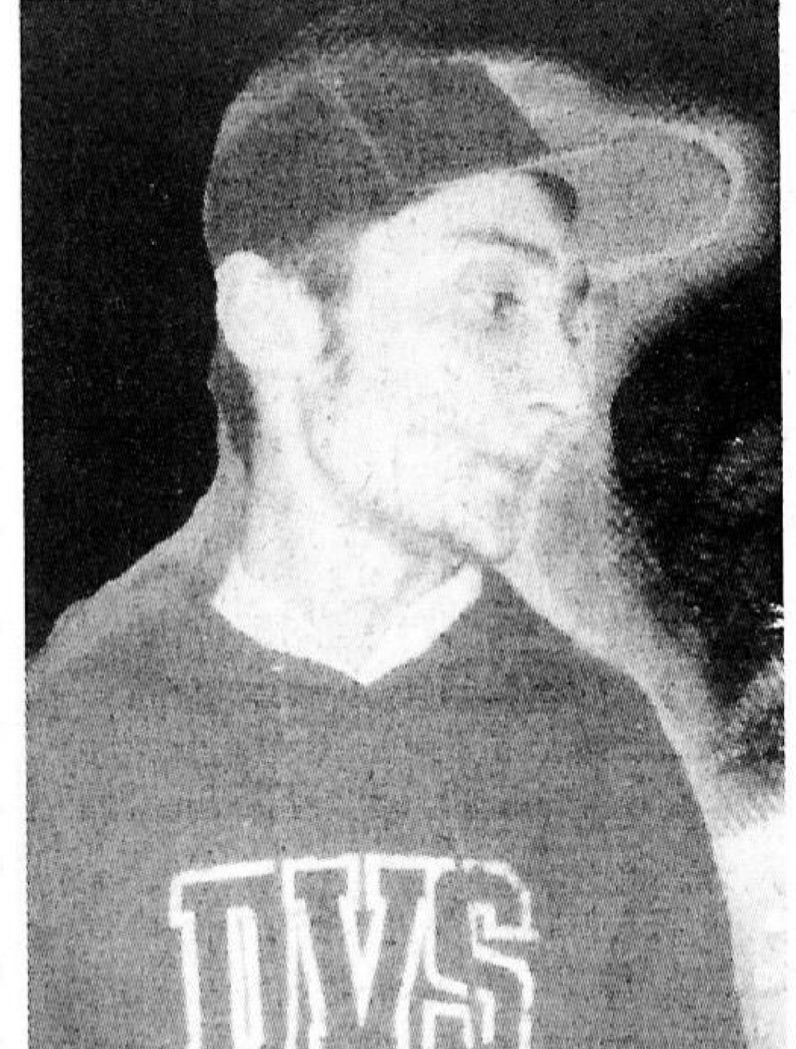
Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Im Juni vor zwanzig Jahren gab ein Aufsatz des Geschichtsphilosophen Ernst Nolte in der FAZ den Anstoss für eine Kontroverse um die Deutung des Holocausts, die später unter dem Namen Historikerstreit in die Diskursgeschichte der alten Bundesrepublik eingehen sollte. Die Wiederkehr des Jahrestages ist uns Anlass für eine Rückschau auf die damalige Debatte und ihre Akteure. Zugleich gehen wir der Frage der geschichtspolitischen Nachwirkungen des Historikerstreits nach. Waren nach dem Urteil vieler Beobachter damals Nolte und seine Unterstützer die Verlierer der Debatte, so hat sich das diskursive Interaktionsfeld heute weithin verschoben. Eine Entdifferenzierung des Gedenkens gilt es ebenso abzuwehren, wie seine Trivialisierung.

Nach dem rassistischen Übergriff auf einen farbigen Deutschen in Potsdam ist erneut eine Diskussion über rechte Gewalt in den Medien entflammt. Diese mit trauriger Regelmäßigkeit nach solchen Übergriffen aufflammenden Diskurse sind meistens extrem vorhersehbar und laufen immer nach dem gleichen Muster ab. Auf der einen Seite stehen PolitikerInnen, die finden, dass es jetzt endlich an der Zeit sei, mal richtig was gegen rechte Gewalt zu unternehmen. Auf der anderen Seite stehen ebenfalls PolitikerInnen, die sich schnell darum bemühen, von Einzelfällen zu reden und mit aktuellem Zahlenwerk den Rückgang rechter Gewalt in ihrer Region zu untermauern. Das geht dann eine Weile hin und her, bis der anlassgebende Übergriff soweit zurückliegt, dass das Interesse langsam verloren geht. Natürlich gibt es auch noch eine dritte Partei, die in dieser Debatte allerdings selten zu Wort kommt. Es sind die potenziellen Opfer der Neonazis, hauptsächlich MigrantInnen, die zynischerweise zum Schweigen verurteilt sind. Da war es natürlich ein erheblicher Paukenschlag, als sich der ehemalige Regierungssprecher der Regierung Schröder nicht an diese hundertfach erprobten Spielregeln hielt und aussprach, was für tausende Menschen alltägliche Realität ist. Es gebe in Deutschland, vor allem im Osten, Gegenden, deren Betreten er MigrantInnen nicht empfehlen würde, da eventuell ihr Leben in Gefahr sei. Plötzlich war er da, der Begriff »No-Go-Area« beherrschte die Debatte. Nachdem das anfänglich geübte Manöver, Heye einfach als Vaterlandsverräter hinzustellen, nicht fruchtete, entstand tatsächlich eine kurze Debatte über den Lebensalltag von MigrantInnen in Deutschland in Bezug auf das Bedrohungspotenzial durch rechte Gewalt. Auch wenn die Debatte mit dem Anpfiff der Fussball-Weltmeisterschaft schlagartig zu Ende war, haben sich doch einige Koordinaten verschoben. In den Medien werden rechte Gewalttaten intensiver behandelt und deren rechter Hintergrund thematisiert und nicht die Gewalt an sich. Die Situation von potenziellen Opfergruppen wird zumindest ansatzweise thematisiert und das Problem Neonazis nicht nur als Standortnachteil diskutiert. Auch wenn der Begriff No-Go-Area nicht wirklich geeignet ist – denn irgendwo müssen dann auch Go-Areas zu finden sein, was aber in Deutschland eher schwierig sein dürfte – lassen sich in der Debatte wichtige Anknüpfungspunkte für eine antifaschistische Intervention finden.

In diesem Heft widmen wir uns einer sogenannten No-Go-Area mal etwas genauer und beschreiben ausführlich, welche Faktoren im Berliner Weitlingkiez ausschlaggebend für das Abrutschen dieser Gegend zu einer rechten Wohn- und Erlebniswelt waren. Auch des Themas rechte Gewalt haben wir uns angenommen und beleuchten umfassend die Bestrebungen der extremen Rechten, eine Militanzdebatte zu führen und Gewalt als ein strategisches Mittel weiter auszubauen.

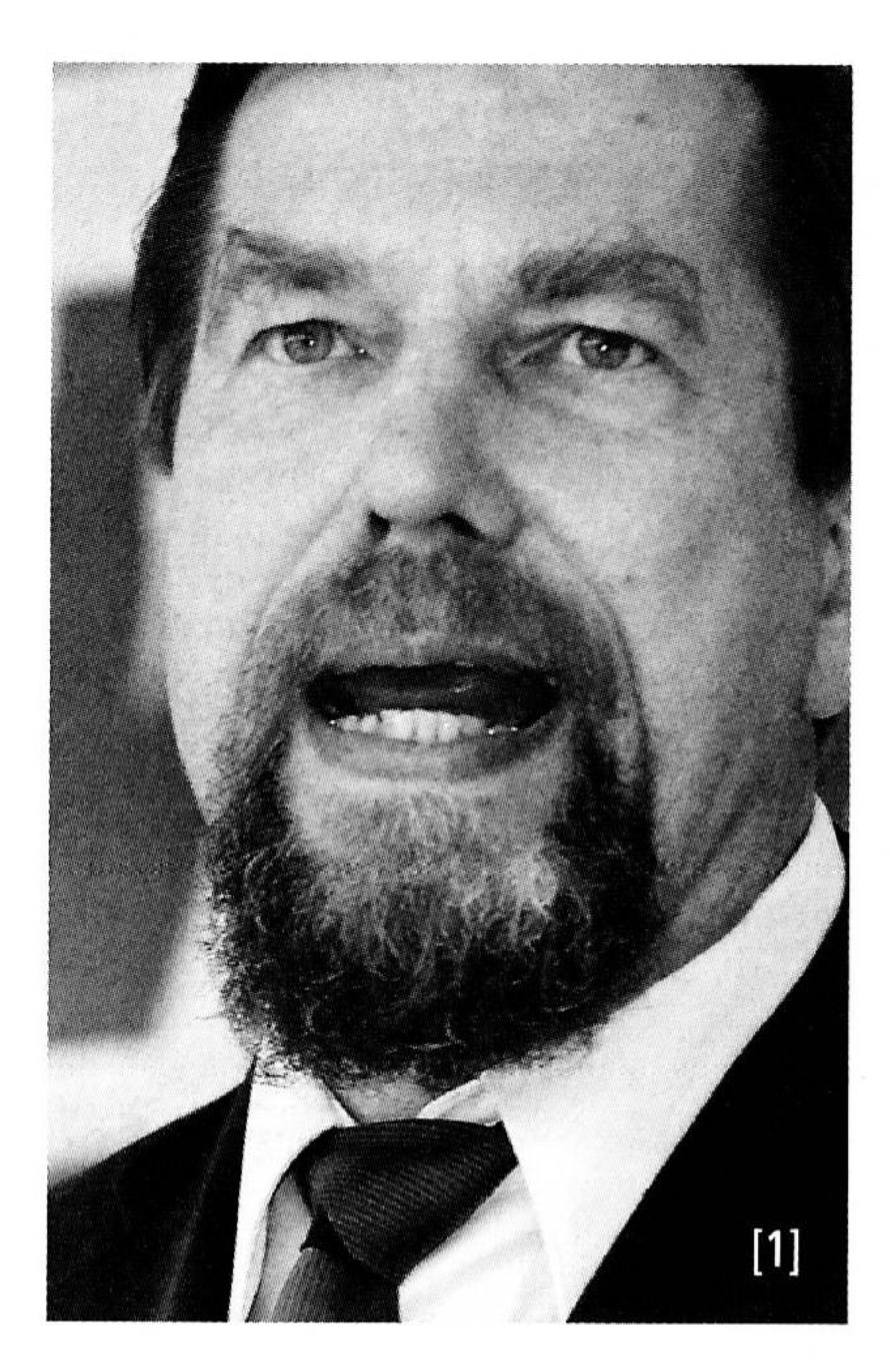


Wir trauern um neue Opfer von Neonazigewalt in Russland. Am 6. April 2006 wurde in St. Petersburg der 28jährige Sambar Lanspar Sall, Aktivist der Gruppe »African Unity« und gebürtiger Senegalese, von einem Unbekannten auf offener Straße durch einen Schuss ins Genick getötet. Lanspar Sall war an vielfältigen Aktivitäten gegen Rassismus beteiligt gewesen. Er und seine Freunde wurden nach einem Disko-Besuch, wo sie an einem interkulturellen Event teilgenommen hatten, von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Die Angegriffenen flüchteten panisch, als ein Schuss fiel, der Lanspar Sall tötete. Die mit einem Hakenkreuz dekorierte Pumpgun wurde später in einem Hinterhof gefunden.

Am 16. April 2006 ermordeten Neonazis in Moskau den 19jährigen Alexander (Sasha) Ryuhin auf dem Weg zu einem Hardcore-Konzert. Acht Angreifer überfielen den Punk und stachen ihn mit Messern gezielt in Herz und Hals. Die Täter trugen Plastikhandschuhe, um keine Spuren zu hinterlassen. Der Ablauf der Tat erinnert an den Überfall auf Timur Kacharava (Siehe AIB # 70) und seinen Begleiter. Deshalb gehen Beobachter davon aus, dass es Planungen oder zumindest Absprachen gegeben hat. Auf den Internetseiten der neonazistischen »Freiheitspartei« kursieren Medienberichten zufolge Aufrufe zum »Verprügeln von Negern«. Kommentar nach dem Tod von Sambar Lanspar Sall: »Das Aufräumen geht weiter«. ■

Modemarke »Thor Steinar« verwendet neonazistisch geprägte Bildmarke

[1] Der Rechtsanwalt und Neonazifunktionär Jürgen Rieger hat die Bildrechte für die von »Thor Steinar« verwendete Bildmarke.



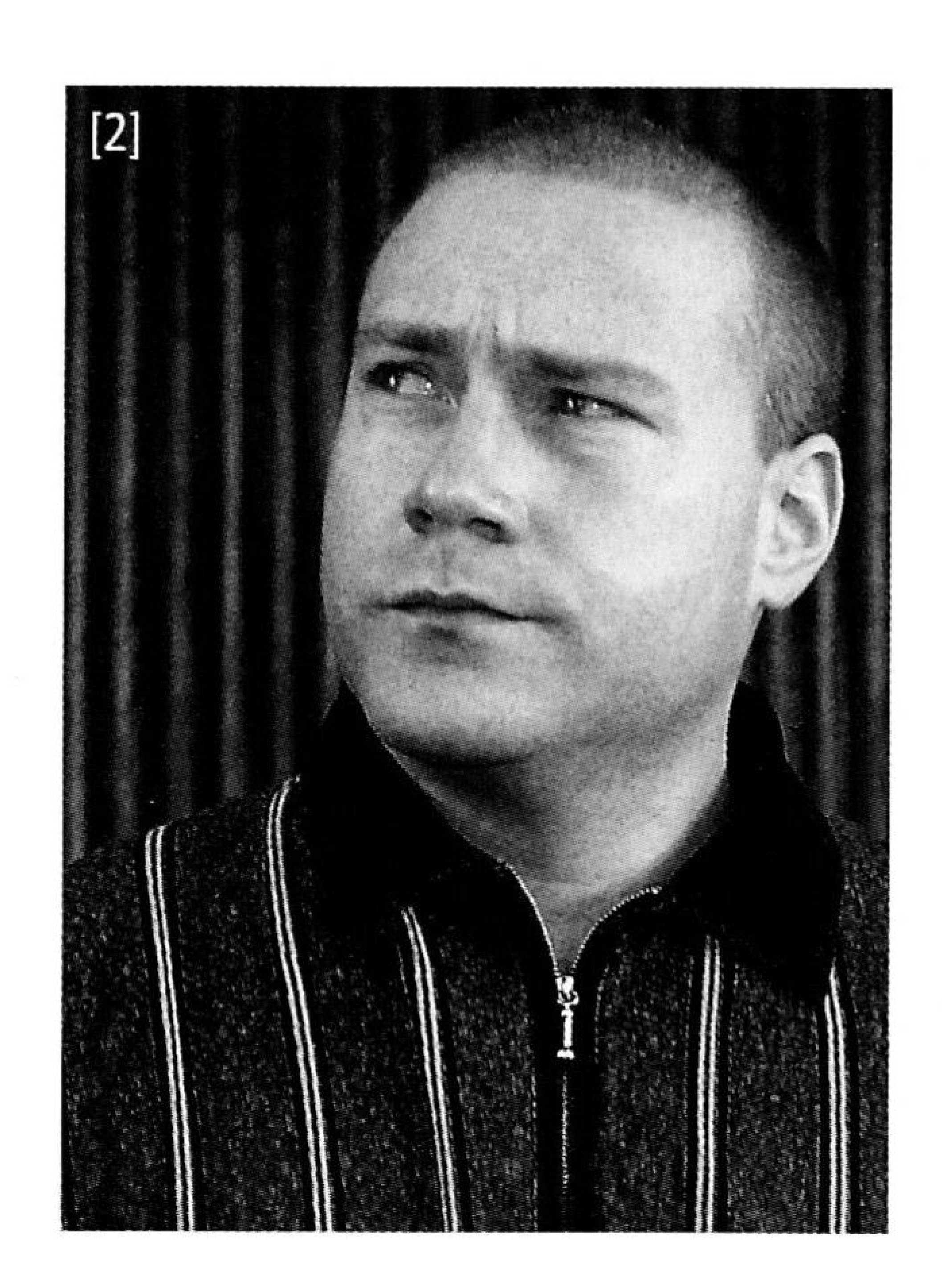
Die bei Neonazis beliebte Modemarke »Thor Steinar« aus Brandenburg vertreibt in ihrer aktuellen Kollektion eine Kapuzenjacke mit dem Titel »No Inquisition«. Das Rückenmotiv dieser Kapuzenjacke ist mit einem Bild versehen, auf dem ein Adler mit seinen Klauen einen »christlichen Fisch« greift. Dieses Motiv hat sich die neonazistische Vereinigung »Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.« im Januar 2003 durch ihren Vorsitzenden und Rechtsanwalt Jürgen Rieger, als Bildmarke 30238105.8 beim Deutschen Patent - und Markenamt sichern lassen. Die Modemarke »Thor Steinar« hat sich somit - bis auf minimale Unterschiede in der Darstellung des Adlers - eines nachweislich neonazistisch geprägten Motivs bedient. Vorsitzender der »Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.« ist seit 1988 der Neonazi Jürgen Rieger aus Hamburg. Der neonazistische Multi-Funktionär war auch Funktionär der NPD und der inzwischen verbotenen »Wiking-Jugend e.V.« In den letzten Jahren trat er als Anmelder der Neonaziaufmärsche zu Ehren von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel in Erscheinung. »Wir haben uns das Symbol schützen lassen - ein heidnischer Adler mit ausgebreiteten Flügeln, der einen christlichen Fisch packt«, bestätigte Rieger der Berliner Zeitung im April diesen Jahres. Eigentlich dürfe »Thor Steinar« das Symbol nur mit seiner Genehmigung nutzen. ■

»Hooligan statt Fan« auf Staatskosten

[2] Der Projektleiter Ronny Sanne am 20. November 2001 vor dem Landgericht Schwerin, er war dort wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung angeklagt worden.

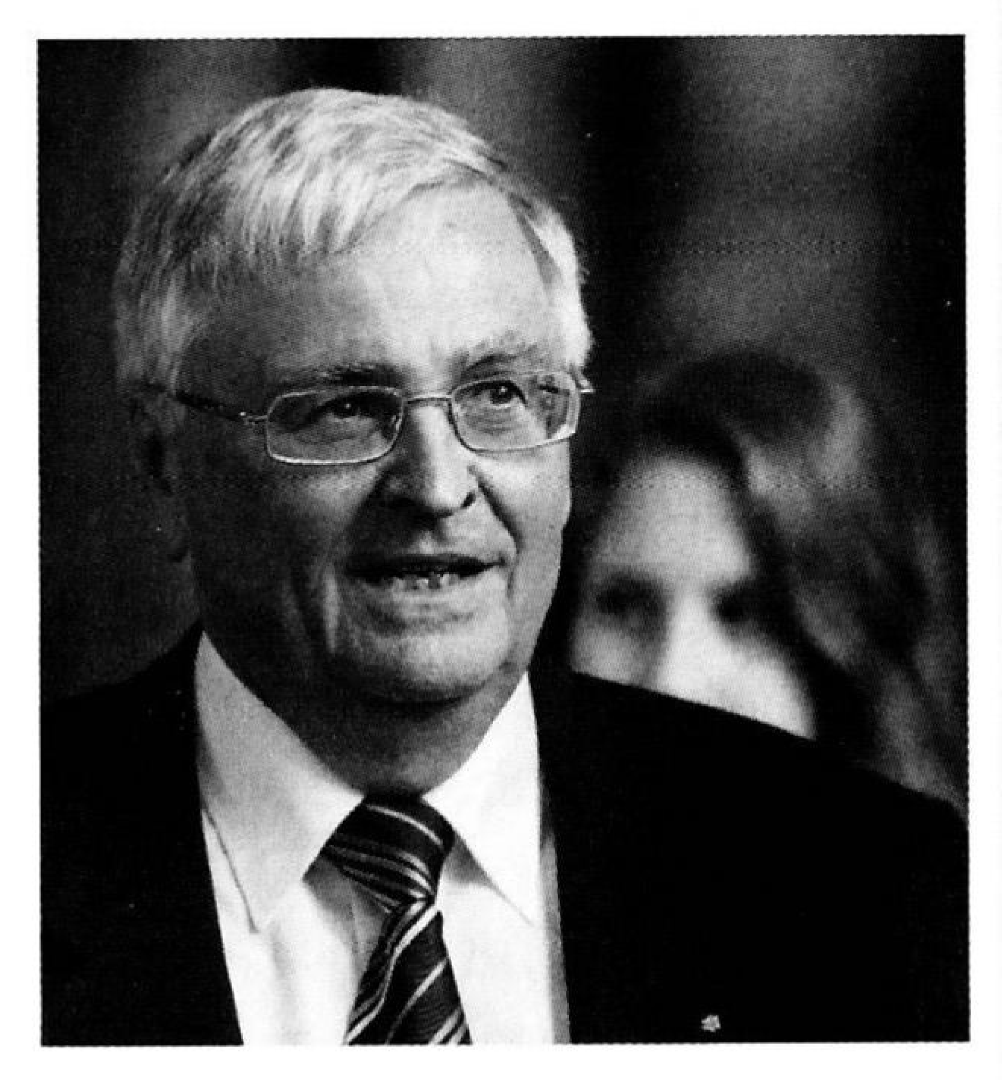
Der Bezirksligist SG Dynamo Schwerin sorgt in Mecklenburg Vorpommern für Wirbel, nicht etwa wegen herausragender sportlicher Leistungen, sondern durch Gewalttaten der Fans. Der SG Dynamo Schwerin hat deswegen das Projekt »Fan statt Hooligan« ins Leben gerufen. Der Erfolg ist zweifelhaft: Zuletzt überfielen in der Nacht auf den 26. Mai 2006 etwa zehn Dynamo-Schwerin-Fans nach einem Vereinsfest am »Herrentag« vier alternative Einrichtungen in Schwerin. Dabei zerschlugen sie die Scheiben des »Café Kunterbunt«, des »Komplex«, des »Subversiv« und die Kneipe »Zum Freischütz«, mehrere Personen wurden verletzt. Umso verwunderlicher, dass das bereits seit dem 17. März 2005 vom Innenministerium mit 4.800 Euro geförderte Projekt daran keinen Schaden nimmt. »Wir wissen mit wem wir es zu tun haben«, erklärt Dynamo-Präsident Manfred Ratke und bezieht sich damit auf den Projektleiter Ronny Sanne. Der 31-Jährige stand bereits wegen versuchten Mord und schwerer Brandstiftung vor Gericht, da er 1992 an den rassistischen Pogromen in Rostock-Lichtenhagen beteiligt war und wegen rechtsradikaler Straftaten bereits mehrmals verurteilt wurde. »Auf ihn hört die Truppe« erklärt Ratk. Ob und - falls ja - wie in diesem Projekt überhaupt ein Umdenken der teils neonazistischen Fans erreicht werden soll, lässt der Dynamo-Präsident offen. Die Forderung der Antifa (affect) Schwerin Mitte, dass Innenminister Gottfried Timm die Förderung besser einstellen solle, stieß auf keine Gegenliebe. Der örtliche CDU-Fraktionschef erklärte in der Schweriner Volkszeitung: »Diese Arbeit mit Jugendlichen ist notwendig und verdient Anerkennung«. ■

Mehr Infos: www.komplex-schwerin.de



DFB-Präsident Theo Zwanziger in rechter Gesellschaft

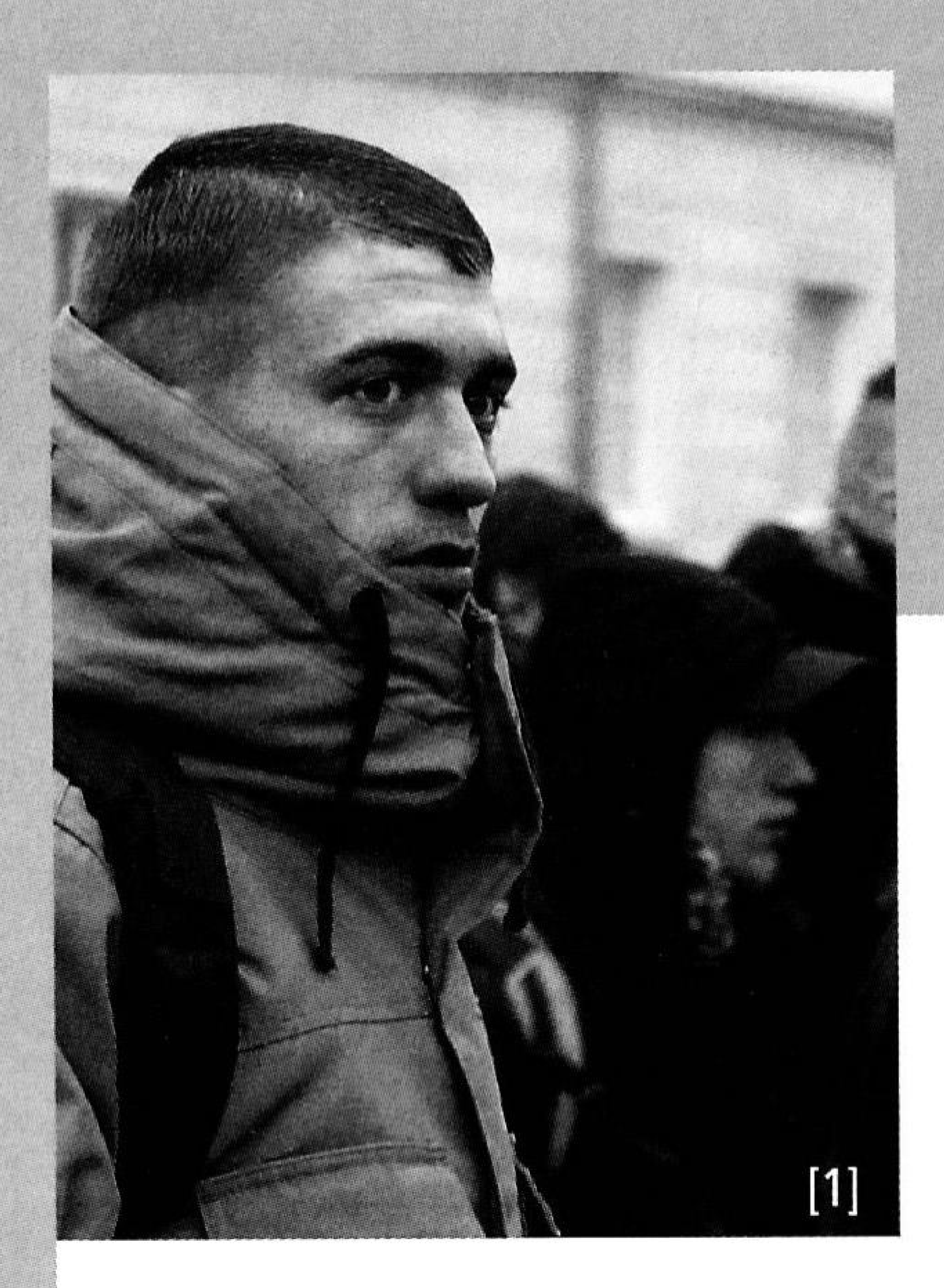
»Das schleichende Gift des Rassismus kann sehr gefährlich werden«, zitierte der »Kölner Stadtanzeiger« den DFB-Präsidenten Theo Zwanziger, der im Vorfeld der WM »eine harte Haltung gegen Rechtsextremisten« ankündigte. Doch mit der Abgrenzung nach Rechtsaußen nimmt es der DFB-Präsident ansonsten nicht ganz so genau. So ist in der aktuellen Ausgabe der geschichtsverfälschenden und militaristischen Hochglanzzeitschrift »Deutsche Militärzeitschrift« (DMZ) ein Interview mit ihm zu finden. »Sturm auf Moskau 1941« heißt es auf dem Titelblatt, direkt darunter wird Zwanziger als Interviewpartner angekündigt. Als Ergänzung des Artikels »Angriff und Verteidigung – Militärfußball gestern und heute« – auf dem Titelblatt mit »Deutsche Soldaten stürmen wieder« – wird er zur Förderung von Fußballspielern durch die Bundeswehr befragt. Blättert man eine Seite weiter, findet sich Werbung für den »Deutsche Stimme Verlag« der NPD, der u.a. ein Werk des bundesweit bekannten Neonazis Ralph Tegethoff über die »Ritterkreuzträger des Panzerkorps Großdeutschland« anpreist. Außerdem eine Werbung für die Postille »Der Freiwillige«, die seit vielen Jahren die Waffen-SS verehrt. Ebenfalls in der Ausgabe zu finden ist ein wohlwollendes »Soldatenportrait« des SS-Standartenführers und belgischen Faschistenführers Léon Degrelle. Wo die DMZ einen Großteil ihres Leserpotenzials vermutet, zeigt eine DMZ-Anzeige in der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« (Juni 2006). ■



Schönefeld: Rassistischer Überfall durch Neonazis

Ein aus Äthiopien stammender Jugendlicher ist am 18. Juni 2006 bei einem rassistischen Angriff in Schönefeld bei Berlin schwer verletzt worden. Der 15-Jährige wurde mit Verdacht auf Schädelbruch im Krankenhaus behandelt.

Die Neonazis Dennis Reinhard Eister, Timo Detlef Lenning, Julian S. und Julian B. waren früh morgens an der Stadtgrenze zu Berlin unterwegs, um dort NPD-Aufkleber zu verkleben. Hierbei trafen sie auf eine Gruppe von sechs Jugendlichen – unter denen sich der Äthiopier befand. Unter Parolen wie »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus!« gingen die Neonazis mit Steinen auf die Jugendgruppe los. »Vier schwarz gekleidete Männer sprangen aus dem Gebüsch. Einer brüllte: ‚Scheiß Nigger, verpiss dich'«, berichtete einer der Jugendlichen. Der 15jährige bekam einen Stein an den Kopf geworfen, der ihn schwer verletzte. Bei der anschließenden körperlichen Auseinandersetzung wurden auch Eister und Lenning schwer verletzt. Nach Presseberichten verletzten sie sich durch einen unkontrolliert geschleuderten Stein selbst. Dennis Eister blieb mit einem Schädelbruch am Boden liegen. Die beiden verletzten Neonazis waren schon zwei Tage zuvor an einem versuchten Überfall auf eine antifaschistische Veranstaltung im brandenburgischen Rangsdorf maßgeblich beteiligt. An diesem Abend fand in einer Schule eine Veranstaltung zu Rechtsextremismus in Brandenburg statt. Nur die vorab gewarnte Polizei konnte den Angriff von knapp 30 zum Teil vermummten und bewaffneten Neonazis auf die Veranstaltung buchstäblich in letzter Sekunde aufhalten. Gegen beide wurde auch wegen eines rassistischen Angriffs am 4. April 2003 in Berlin-Rudow ermittelt (Vgl. AIB # 69). Nach Aussagen des Staatsanwaltschaftssprechers Benedikt Welfens seien die beiden Neonazis Mitglieder der »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Der JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow dementierte: »Bei den beiden Tatverdächtigen Dennis E. und Timo L. handelt es sich nicht um JN-Mitglieder. Sie sind auch zu keinem Zeitpunkt Mitglied der JN gewesen.« Zumindest Kontakte bestanden jedoch. So war Eister zusammen mit dem JN-Bundesvorstandsmitglied Markus Loszczynski an einem Überfall von drei Neonazis auf einen vietnamesischen Imbissbetreiber am 5. April 2005 in Berlin beteiligt, bei dem das Opfer bleibende Schäden erlitt (Vgl. AIB # 70). ■



[1] Dennis Eister als Ordner auf einem Neonaziaufmarsch in Berlin.

»Vergangenheit, die nicht vergehen will«

Geschichte und Aktualität des »Historikerstreits«

Ernst Nolte steht wieder im Rampenlicht. Erst kürzlich feierte »Die Welt« den mittlerweile 83jährigen als einen der »klügsten Geschichtsdenker des 20. Jahrhunderts« , der, wie der Politikwissenschaftler Volker Kronenberg mutmaßte, seine Frage »nach dem Entstehungs- und Beziehungsverhältnis von nationalsozialistischem und bolschewistischem Terror- und Vernichtungsregime« womöglich »20 Jahre zu früh« gestellt habe. Tatsächlich waren es dessen im Juni 1986 in der FAZ veröffentlichte Thesen über den »kausalen Nexus« zwischen Auschwitz und dem Archipel Gulag (vgl. AIB # 58), die den höchst emotional geführten »Historikerstreit« um die Singularität der nationalsozialistischen Judenverfolgung auslösten. Nunmehr, zum 20. Jahrestag des »Historikerstreits« erheben sich Stimmen, die »Gerechtigkeit für Ernst Nolte« (Kronenberg) fordern, der in den damaligen Auseinandersetzungen Opfer einer linken »Verdächtigungskultur« geworden sei, deren »geschichtspolitischer Bannstrahl« heute »prekär« erscheine.

Jedoch ging es in den damaligen Kontroversen trotz der Fokussierung auf Ernst Nolte weniger darum, dessen Auffassungen empirisch zu stützen oder zu widerlegen. Den eigentlichen Hintergrund des »Historikerstreits« bildete vielmehr die Frage, an welchen Referenzpunkten sich die nationale Identität der Bundesrepublik 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges orientieren sollte.

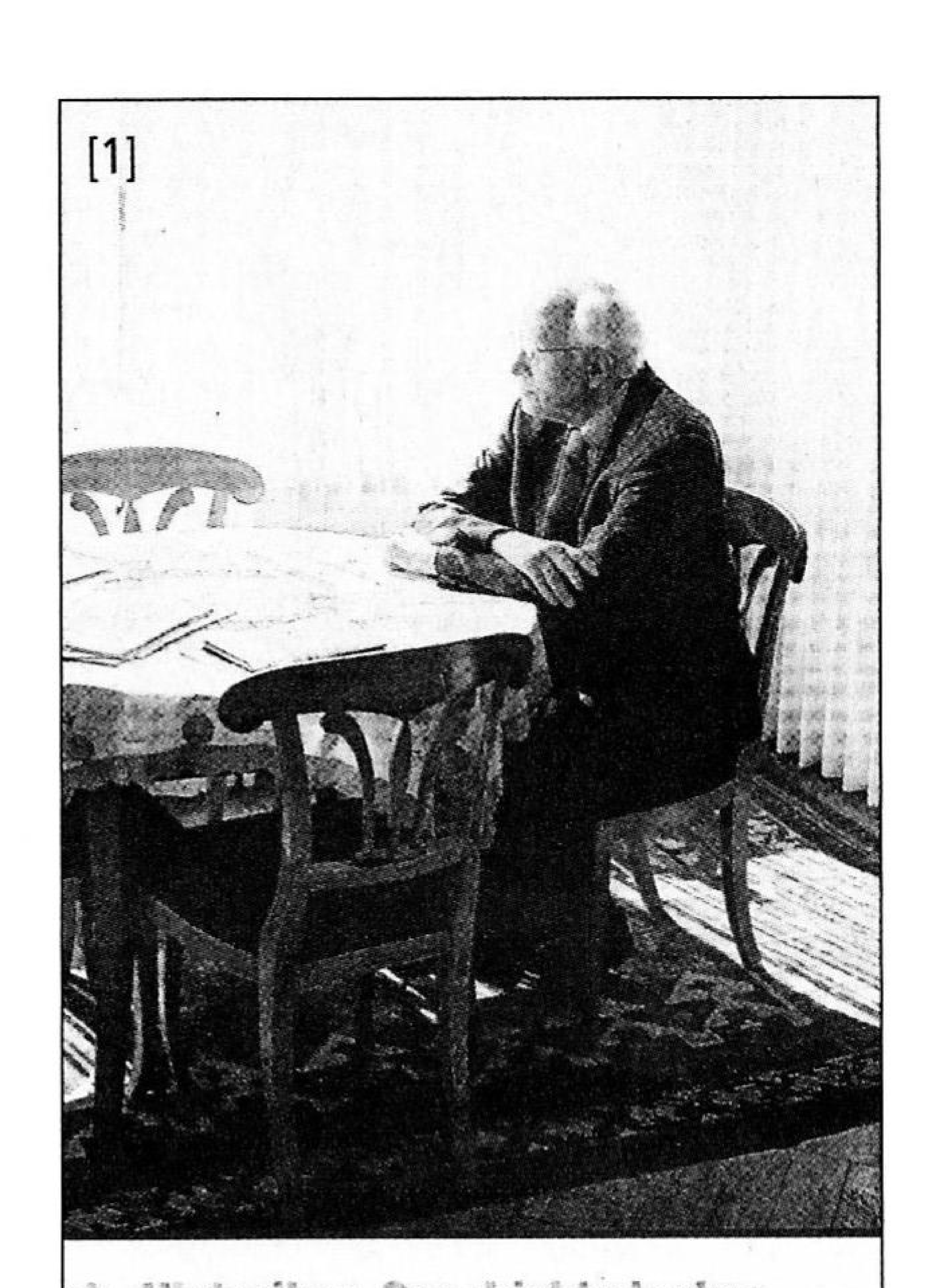
Während die einen darauf drängten, den Nationalsozialismus zu »historisieren« und dessen fortwährende Präsenz in der politischen Kultur der Bundesrepublik zurückzudrängen, sahen die anderen genau darin einen neokonservativen Versuch, die »erst nach – und durch Auschwitz« gewachsene Bindung an »universalistische Verfassungsprinzipien« zu kappen. Demnach war, wie der Historiker Hans-Ulrich Wehler resümierte, der »Historikerstreit« eine vor allem geschichtspolitische Kontroverse um die »kulturelle Hegemonie« in der Deutung der jüngeren deutschen Geschichte.

»Konservative Tendenzwende« – Die Rahmenbedingungen des »Historikerstreits«

Als der »Historikerstreit« im Sommer 1986 in den großen Tages- und Wochenzeitungen seinen Lauf nahm, war dies der Höhepunkt bereits länger geführter Kontroversen um einen »normalisierten« Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Seit Mitte der 1970er Jahre hatten linksliberale Intellektuelle wie etwa Jürgen Habermas auf eine sich abzeichnende konservative »Tendenzwende« hingewiesen. Die Aufbruchstimmung, die mit der 68er-Bewegung sowie dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 verknüpft gewesen war, ebbte allmählich ab. Hatten die hegemonialen gesellschaftlich-politischen Diskurse bis dahin unter dem Leitbegriff der »Emanzipation« gestanden, gewannen nun im Zeichen eines um sich greifenden Krisenbewusstseins Fragen nach der »Identität« der Deutschen zunehmend an Bedeutung.

Die Wiederentdeckung der Geschichte wurde so zu einer der zentralen Ressourcen eines aufblühenden neuen Nationalbewusstseins. Kennzeichnend hierfür war die verklärende Bezugnahme auf frühere Epochen deutscher Geschichte, die als eine angeblich »bessere«, vor allem aber »unbelastete« Vergangenheit idealisiert wurden. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung nicht zuletzt in zahlreichen publikumswirksamen historischen Ausstellungen, wie z.B. über »Preußen« in Berlin (1981).

Auf politischer Ebene stellte der Machtwechsel in Bonn im Herbst 1982


[1]

ph, Historiker, Geschichtsdenker

uftschutzbunker. 1952 Promotion über Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx", anschließend Gymnasiallehrer in Nordrhein-Westfalen.

Epoche" wurde Nolte 1963 b Vorschlag des Historikers Theo Köln im Fach Geschichte habilit Marburg und – von 1973 bis zu

den vorläufigen Abschluss der konservativen »Tendenzwende« dar. Schon unmittelbar nach dem Regierungsantritt der CDU/CSU/FDP-Koalition hatte Bundeskanzler Kohl eine umfassende »geistig-moralische Wende« proklamiert, von der sich viele auch einen »normalisierten« Umgang mit der deutschen Vergangenheit versprachen. Tatsächlich zielte die Geschichtspolitik des Kanzlers darauf, die Präsenz der NS-Vergangenheit zurückzudrängen und die Verbreitung identifikationsfähiger Geschichtsbilder zu fördern. Diese sollten u.a. in einem »Haus der Geschichte der Bundesrepublik« sowie in einem zentralen Nationalmuseum in Berlin zum Tragen kommen.

Der Verdacht, dass es Kohl darum ging, einen »Schlussstrich« unter die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu ziehen, schien sich anlässlich der Israel-Reise des Kanzlers im Jahr 1984 zu erhärten. Im Hinblick auf die in der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen reklamierte Kohl während seines Staatsbesuchs für sich und den überwiegenden Teil der deutschen Gesellschaft »die Gnade der späten Geburt«. Im Mai 1985 schlug der geschichtspolitische Skandal von Bitburg[1] vor allem auf internationaler Ebene hohe Wellen. Publizistischen Flankenschutz erhielt die Bundesregierung im konservativen Feuilleton. Die Auseinandersetzungen um den Umgang mit der Vergangenheit nahmen hier Züge eines Kulturkampfes an. In diesem Sinne kam der Feststellung des als Berater Helmut Kohls wirkenden Historikers Michael Stürmer geradezu programmatische Bedeutung zu, »dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«.

»Eine Art Schadensabwicklung«? Die Konfliktlinien des »Historikerstreits«

Diese Entwicklungslinien waren es, die Jürgen Habermas im Blick hatte, als er im Juli 1986, »apologetische Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung« konstatierte und damit den entscheidenden Impuls für den »Historikerstreit« lieferte. Als Protagonisten eines Geschichtsrevisionismus, der darauf abziele, die NS-Vergangenheit zu »historisieren«, identifizierte Habermas neben Michael Stürmer auch die Historiker Klaus Hildebrandt, Andreas Hillgruber und Ernst Nolte. Besonders die Thesen der beiden letztgenannten sollten in den folgenden Monaten die zentralen Konfliktpunkte des »Historikerstreits« bilden.

Hillgruber, damals Ordinarius für Geschichte an der Universität Köln, hatte Anfang 1986 ein Buch mit dem Titel »Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums« veröffentlicht. Thema des Bandes sind die Ereignisse an der zusammenbrechenden Ostfront im Winter 1944/1945. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Massenflucht großer Teile der deutschen Bevölkerung vor der heranrückenden Roten Armee, müsse sich, so resümierte Hillgruber, »der Historiker [...] mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren.«

Unternahm Hillgruber damit den Versuch, die Wehrmacht des »Dritten Reichs« zu rehabilitieren, ging es Ernst Nolte um eine grundlegende Neuinterpretation der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Seine Thesen, die er im Juni 1986 in der FAZ veröffentlichte, hatte er bereits in den Jahren zuvor publiziert. Doch erst im Kontext der geschichtspolitischen Kontroversen um einen »normalisierten« Umgang mit der NS-Vergangenheit wurde Noltes Deutung des Holocaust von einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen.

Ein zentraler Wesenszug des Nationalsozialismus sei, so argumentierte Nolte, dessen radikaler »Antimarxismus« gewesen. Dieser resultiere aus einer nicht zuletzt bei Adolf Hitler zu beobachtenden Furcht vor den »asiatischen Taten« des sowjetischen Bolschewismus. Die unter sowjetischer Verantwortung begangenen Massenmorde und die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten sah Nolte durch einen »kausalen Nexus« miteinander verknüpft.

Seine Kernthesen formulierte er in suggestiven Fragen: »Vollbrachten die Nationalsozialisten [...] eine ‚asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords' der Nationalsozialisten?«

Dieser Interpretation zufolge stellen die unter bolschewistischer Herrschaft begangenen Verbrechen nicht nur einen historischen Vorgriff auf die nationalsozialistische Vernichtungs- →

1| In Bitburg besuchten Helmut Kohl und Ronald Reagan gemeinsam den Soldatenfriedhof »Kolmeshöhe«, auf dem unter anderem 49 SS-Angehörige beerdigt sind.

[1], [2] Faksimile aus »Die Welt« vom 24. Juni 2006.

[2]



politik dar. Der Holocaust erscheint vielmehr als putativer Notwehrakt des NS-Regimes, das, nach Noltes Auffassung durchaus zu Recht, eine existentielle Bedrohung durch den Bolschewismus fürchtete. Diese Betrachtungen enthielten zwei Aspekte, die einer relativierenden Deutung der nationalsozialistischen Massenverbrechen Vorschub leisteten: Erstens verlieh Nolte »Auschwitz« eine scheinbare Plausibilität, indem er den Versuch unternahm, den Handlungsmotiven der Nationalsozialisten einen rationalen Kern zuzuschreiben. Zweitens konnte seine Interpretation der Judenvernichtung als »asiatische Tat« auch als der Versuch gelesen werden, den Holocaust partiell aus der deutschen Geschichte herauszulösen. Diese »Entsorgung der Vergangenheit« (Wehler) bot wiederum einen Ansatzpunkt, den Nationalsozialismus emotionslos zu »historisieren«.

Lagerbildung – Die Kontrahenten des »Historikerstreits«

Die Thesen von Hillgruber und Nolte stießen nicht nur bei Jürgen Habermas, sondern auch bei einer Reihe linksliberaler Historiker auf Widerspruch. Auf der anderen Seite formierte sich eine Phalanx konservativer Publizisten und Geschichtswissenschaftler, die für Hillgruber, Nolte, Hildebrandt und Stürmer Partei ergriff. Die dichotome Lagerbildung der jeweiligen Protagonisten war somit von Beginn an ein zentrales Kennzeichen des »Historikerstreits«.

Bemerkenswert war jedoch die generationelle Geschlossenheit der Kontrahenten, von denen die meisten den Jahrgängen zwischen 1923 und 1930 entstammten. Der »Historikerstreit« wurde vorwiegend von Vertretern der so genannten Flakhelfergeneration ausgetragen. Diese repräsentierten jene Alterskohorte, die, aufgewachsen in der Zeit des Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg noch aus eigenem Erleben kannten. Sie hatten ihre wissenschaftliche Karrieren erst in der Bundesrepublik begonnen und waren seit den 1960er Jahren an den Universitäten in einflussreiche Positionen gelangt.

Die Fraktionierungen während des »Historikerstreits« entstanden nicht zufällig. Sie spiegelten vielmehr die zwei sich methodisch konträr gegenüberstehenden Lager wieder, die seit Mitte der 1960er Jahre das Profil der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft prägten. Für Ernst Nolte und Andreas Hillgruber ergriffen vor allem Historiker Partei, die als Vertreter einer klassischen Politik- und Diplomatiegeschichte gelten konnten. In deren Verständnis von Geschichte kam besonders den Entscheidungen »großer (Staats)männer« sowie außenpolitischen Konstellationen zentrale Bedeutung für den Ablauf historischer Prozesse zu. Den Gegenpol bildeten Historiker, die diese personenzentrierten Ansätze in Frage stellten und sich demgegenüber als Protagonisten einer Historischen Sozialwissenschaft begriffen. Ihr Forschungsinteresse galt vor allem den historischen Prägekräften sozio-ökonomischer Strukturen.

Seit dem Ende der 1960er Jahre hatte es mehrfach heftige Kontroversen zwischen Politik- und Strukturgeschichtlern gegeben, wobei die Konflikte meist in historischen Fachzeitschriften ausgetragen worden waren. In dieser Perspektive war der »Historikerstreit« eine weitere Aktualisierung der seit zwei Jahrzehnten schwelenden Auseinandersetzungen, um hegemoniale Positionen innerhalb der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft und die daran geknüpfte geschichtspolitische Deutungsmacht. Für das eigentliche Geschehen im Holocaust interessierten sich demnach auch die linksliberalen Kritiker von Nolte und Hillgruber bestenfalls am Rande. Zwar wurde heftig über die Vergleichbarkeit und die Singularität des Holocaust gestritten, neue historische Erkenntnisse förderte die Kontroverse jedoch nicht zutage.

Diese Beobachtungen mögen zum einen erklären, weshalb sich eine jüngere Generation von Historikern, die seit Mitte der 1980er Jahre verstärkt zu den unterschiedlichen Facetten nationalsozialistischer Vernichtungspolitik zu forschen begann, kaum an den Kontroversen des »Historikerstreits«

beteiligte. Zum anderen wird deutlich, dass aufgrund der Lagerbildung entlang eines zwei Jahrzehnte schwelenden Machtkampfes, Positionierungen jenseits der beiden Pole kaum festzustellen waren.

Die Kritik der Alltagsgeschichte

Grundsätzliche Kritik an den Thesen von Nolte und Hillgruber, wie auch an den Geschichtsbildern ihrer Gegner äußerten jedoch die Protagonisten der sich etablierenden Alltagsgeschichte sowie die Aktivisten zahlreicher Geschichtswerkstätten, die seit dem Ende der 1970er Jahre im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden waren. So wurden die geschichtsphilosophischen Betrachtungen Noltes über den »kausalen Nexus« zwischen dem Archipel Gulag und »Auschwitz« ebenso zurückgewiesen, wie der von Hillgruber in seinem Bändchen »Zweierlei Untergang« formulierte Anspruch, er habe eine Erfahrungsgeschichte der deutschen Bevölkerung in der Endphase des Zweiten Weltkrieges schreiben wollen. Dessen Schlussfolgerung, der Historiker müsse sich mit dem »Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten« und den »Anstrengungen des deutschen Ostheeres« identifizieren, rief etwa die scharfe Kritik der Alltagshistorikerin Adelheid von Saldern hervor: »Hillgruber liefert ein gutes Beispiel dafür, wie sich Werte und Normen verschieben, wenn man sich bei der historischen Erfahrungsanalyse vom Nationalen als einem Wert an sich leiten lässt.« Gleichzeitig warfen Vertreter der Alltagsgeschichte den Sozial- und Strukturhistorikern vor, durch »generalisierende Abstraktionen« historische Prozesse und Ereignisse zu beschreiben, ohne die daran beteiligten Akteure in den Blick zu nehmen. Das »Hinnehmen und Mitmachen der Vielen« (Alf Lüdtke) in der Zeit des Nationalsozialismus würde somit hinter entpersonalisierenden Strukturanalysen verschwinden. Auf den Verlauf des »Historikerstreits« konnten diese Interventionen freilich nur marginalen Einfluss nehmen.

Der historische Ort des »Historikerstreits«

Rückblickend ist festzustellen, dass sich im »Historikerstreit« geschichtspolitische und wissenschaftsimmanente Konfliktlinien bündelten, deren Ausgangspunkte weit vor den Kontroversen der Jahre 1986/1987 lagen. Die Auseinandersetzungen eskalierten jedoch nicht zufällig im Zeitraum zwischen dem 40. Jahrestag des Kriegsendes und dem 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1989. Den eigentlichen Hintergrund bildete die zunehmend dringlich empfundene Frage, an welchen Referenzpunkten sich die nationale Identität der Bundesrepublik orientieren sollte. Die Haltung der meisten an der Debatte beteiligten Historiker war in hohem Maße selbstreferentiell: Weitgehend unter sich, wenn auch in der Arena einer breiten medialen Öffentlichkeit, stritten die etablierten Vertreter des Fachs um die geschichtspolitische Deutungskompetenz. In diesem Sinne stellte der »Historikerstreit« eine Kontroverse dar, die aus den spezifischen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Konstellationen in der »alten« Bundesrepublik der 1980er Jahre resultierte.

Die epochalen Umbrüche der Jahre 1989/1990 veränderten jedoch den geschichtspolitischen Referenzrahmen vollständig. Die Vorstöße, nun auch zu einem »normalisierten« Umgang mit der NS-Vergangenheit zu gelangen, ließen nicht lange auf sich warten. Der »Historikerstreit« erfuhr dabei jedoch keine Neuauflage. Zwar spitzte Ernst Nolte seine Thesen über die Beweggründe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in einer Reihe weiterer Publikationen zu, breite Resonanz erzielten seine Veröffentlichungen allerdings nicht. Zu deutlich hatte sich der 1991 emeritierte Historiker den Positionen eindeutiger Holocaust-Leugner angenähert. Die eingangs zitierte Feststellung, Ernst Nolte sei mit seinen Thesen »20 Jahre zu früh« gewesen, verweist hingegen auf sich gegenwärtig im europäischen Kontext vollziehende geschichts- und erinnerungspolitische Umbrüche, die tatsächlich zu einer »Historisierung« und Entkonkretisierung der NS-Vergangenheit führen könnten. Im Rahmen einer sich herausbildenden »identitätsstiftenden« gesamteuropäischen Geschichtspolitik könnten die nationalsozialistischen Verbrechen stärker als bisher mit den Gewalt- und Diktaturerfahrungen in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas in Beziehung gesetzt werden. Die Zusammenschau der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts würde somit den negativen Referenzpunkt einer gemeinsamen europäischen historischen Meistererzählung bilden. Das Bewusstsein für die Präzedenzlosigkeit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik droht hierbei freilich verloren zu gehen.

Ernst Nolte spielt als Stichwortgeber für die hier skizzierten erinnerungskulturellen Transformationsprozesse keine Rolle mehr. Dennoch sehen ihn seine Adepten durch eben diese Entwicklungen bestätigt. Nolte habe sich, so urteilt der FAZ-Redakteur Lorenz Jäger, trotz seiner zwanzig Jahre währenden Isolierung »auf eine eher stille Weise [...] durchgesetzt.« Ernst Nolte avanciert in dieser Sichtweise zu einem Visionär, der im »Historikerstreit« zum »Hauptangeklagten« erklärt worden sei, nunmehr aber seinen Freispruch durch die Geschichte erhalten habe. In der gegenwärtig zu beobachtenden »Historisierung« des »Historikerstreits« sind die damaligen Konfliktlinien weiterhin virulent. Der Kulturkampf um Deutungsmacht erfährt seine Fortsetzung. Der »Historikerstreit« scheint demnach auch nach 20 Jahren noch nicht vorbei zu sein. ■

Literatur:
Frei, Norbert: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005
Gerstenberger, Heide/Schmidt, Dorothea (Hg.): Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, Münster 1987.
Große Kracht, Klaus: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005.
Herbert, Ulrich: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94-113.
»Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987.
Schneider, Michael: »Volkspädagogik« von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die »Historisierung« des Nationalsozialismus und die »selbstbewusste Nation«, in: Archiv für Sozialgeschichte XXXV (1995), S. 532-581.
Wiegel, Gerd: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, Köln 2001.



[1]

Die Geschichte einer Radikalisierung

Ernst Nolte und der Holocaust

Im Zentrum des 1986 geführten Historikerstreits stand mit dem Historiker Ernst Nolte eine schillernde Figur der bundesdeutschen Historiographie. Als Quereinsteiger und Außenseiter des Faches war es Nolte mit seinen Arbeiten zum deutschen Faschismus mehrfach gelungen, neue und unkonventionelle Blicke auf den Gegenstand seiner Forschung zu werfen. Dabei bekam er zunächst Applaus aus unterschiedlichen politischen Richtungen. Für die Verwendung des Faschismusbegriffs in seinem ersten großen Werk »Der Faschismus in seiner Epoche« von 1963 wurde er von der Linken geschätzt, seine am Totalitarismusmodell orientierte Relativierung deutscher Verbrechen brachte ihm Applaus von rechts. Politisch war Nolte immer eindeutig auf der Rechten zu verorten, was sich schon in seinen frühen politischen Aktivitäten gegen die marxistisch orientierte so genannte Marburger Schule an der Universität in Marburg zeigte. Unverkennbar ist jedoch eine Radikalisierung seiner eigenen Position, die ihn in den neunziger Jahren schließlich in die Nähe der Holocaustleugnung führte.

Dr. Gerd Wiegel

Mit dieser Radikalisierung katapultierte er sich aus dem Zentrum eines konservativen geschichtspolitischen Vorstoßes, als der der Historikerstreit begriffen werden muss, in eine randständige Position. Anders als bei vielen Adepten Noltes, die einer in den neunziger Jahren zeitweilig aufstrebenden »Neuen Rechten« zuzurechnen sind, handelt es sich bei Nolte um einen rechtskonservativen Intellektuellen von unbestreitbarem intellektuellen Format, an dessen Thesen sich die aufgeklärte Linke immer gerieben hat.

Mit seinen Büchern »Der Faschismus in seiner Epoche« (1963), »Deutschland und der Kalte Krieg« (1974) und »Marxismus und industrielle Revolution« (1983), beansprucht Nolte eine Trilogie der modernen Ideologien geschrieben zu haben. Die dem Historikerstreit folgenden Bücher »Der Europäische Bürgerkrieg 1917-1945«, »Streitpunkte« (1993) und »Historische Existenz« (1998) behandeln alle den Vergleich von Faschismus und Bolschewismus und führen damit die Kontroversen des Historikerstreits fort.

Nolte beansprucht für sich, eine konsistente wissenschaftliche Position von Anfang an vertreten zu haben, die Kontroversen um seine Arbeiten seien Ausdruck einer Linksverschiebung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik. Ein genauer Blick auf seine Arbeiten zeigt jedoch, dass sich hier deutliche Radikalisierungen und Akzentverschiebungen ausmachen lassen, die im Folgenden an wenigen, vor allem auf seine Wertung des Holocaust bezogenen Punkten illustriert werden sollen.

Noltes bekanntes und im Historikerstreit geäußertes Verdikt, der Holocaust habe sein logisches und faktisches Prius im stalinschen Gulag, sei also ein sekundäres, abgeleitetes Phänomen, erscheint in seinem Werk nicht voraussetzungslos, wenngleich es eine deutliche Umwertung früherer Ansichten ist. In »Der Faschismus in seiner Epoche« betont Nolte die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenmorde, die er hier noch für unvergleichlich hält. Hitlers Rassenantisemitismus wird auf Gobineau, Lapouge und H.S. Chamberlain zurückgeführt, womit der Holocaust in eine eigenständige historische Tradition gestellt wird.

Eine erste Umwertung dieser Sichtweise nimmt Nolte in »Deutschland und der Kalte Krieg« vor. Dem kommunistischen Feindbild »Kapitalismus« wird auf nationalsozialistischer Seite der Antisemitismus gegenübergestellt. Nicht mehr die Unterschiede, sondern die Gleichartigkeiten werden betont. Nolte spricht hier davon, dass Antisemitismus und Holocaust »in der richtigen Perspektive gesehen - nichts anderes war als der zweite und ohne den ersten nicht verständliche, dabei um vieles irrationalere und gleichwohl auf entsetzliche Weise modernere Versuch, Probleme, die mit der Industrialisierung zusammenhängen, durch die Beseitigung einer großen Menschengruppe zu lösen.« Gekappt wird hier die spezifische deutsche Tradition des Antisemitismus, und an ihre Stelle rücken die allgemeinen Probleme der Industrialisierung. Warum diese »Probleme« gerade in Deutschland zum Holocaust führten, wird nicht begründet.

Ein weiterer Schritt zur Relativierung deutscher Schuld am Holocaust findet sich in einem 1980 vor der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung gehaltenen Vortrag. Neben dem eingeschränkt positiven Bezug Noltes auf A.J.P. Taylor und David Hoggan, die sich in den sechziger Jahren mit der Leugnung deutscher Kriegsschuld hervortaten, bezieht er sich hier auf eine These David Irvings – der damals noch kein bekennender Neofaschist war –, die er sich zu eigen macht: Die Äußerung Chaim Weizmanns, des damaligen Vorsitzenden des Jüdischer Weltkongresses, von 1939, die Juden würden an der Seite Englands kämpfen, käme es zum Krieg, habe Hitler dazu berechtigt, die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu betrachten und sie zu internieren. Diese von Nolte übernommene Sichtweise, die er auch im Historikerstreit 1986 vertrat, erinnert in fataler Art und Weise an klassische Formen der Schuldumkehrung, wie sie von neofaschistischer Seite vorgebracht werden.

Mit dem dem Historikerstreit folgenden Buch »Der europäische Bürgerkrieg« verabschiedete sich Nolte endgültig von Bewertungen, wie sie noch im »Faschismus in seiner Epoche« vorlagen. Die Eigenständigkeit des Holocaust geht nun völlig im Schreck- und Vorbild des Bolschewismus auf, die Gaskammern werden zur technischen Innovation. Der auf den Holocaust bezogene Begriff »Genozid« wird von Nolte in einer Weise ausgeweitet, die Hans Mommsen zu der Vermutung kommen lässt, Nolte wolle »die fundamentale Bedeutung der mit dem Begriff Auschwitz verknüpften systematischen Vernichtung des europäischen Judentums herunterspielen.« So erscheint der alliierte Bombenkrieg als »unverhüllt genozidal«, der so genannte Bromberger »Blut-

→

[1] 7. Mai 2005, Berlin: Prof. Dr. Ernst Nolte spricht auf einer Veranstaltung des »Institut für Staatspolitik«. (Vgl. AIB # 63)



[1]

juelich/ip-photo.com

[1] Die FAZ veröffentlichte 1986 Noltes Neuinterpretation der nationalsozialistischen Judenvernichtung.

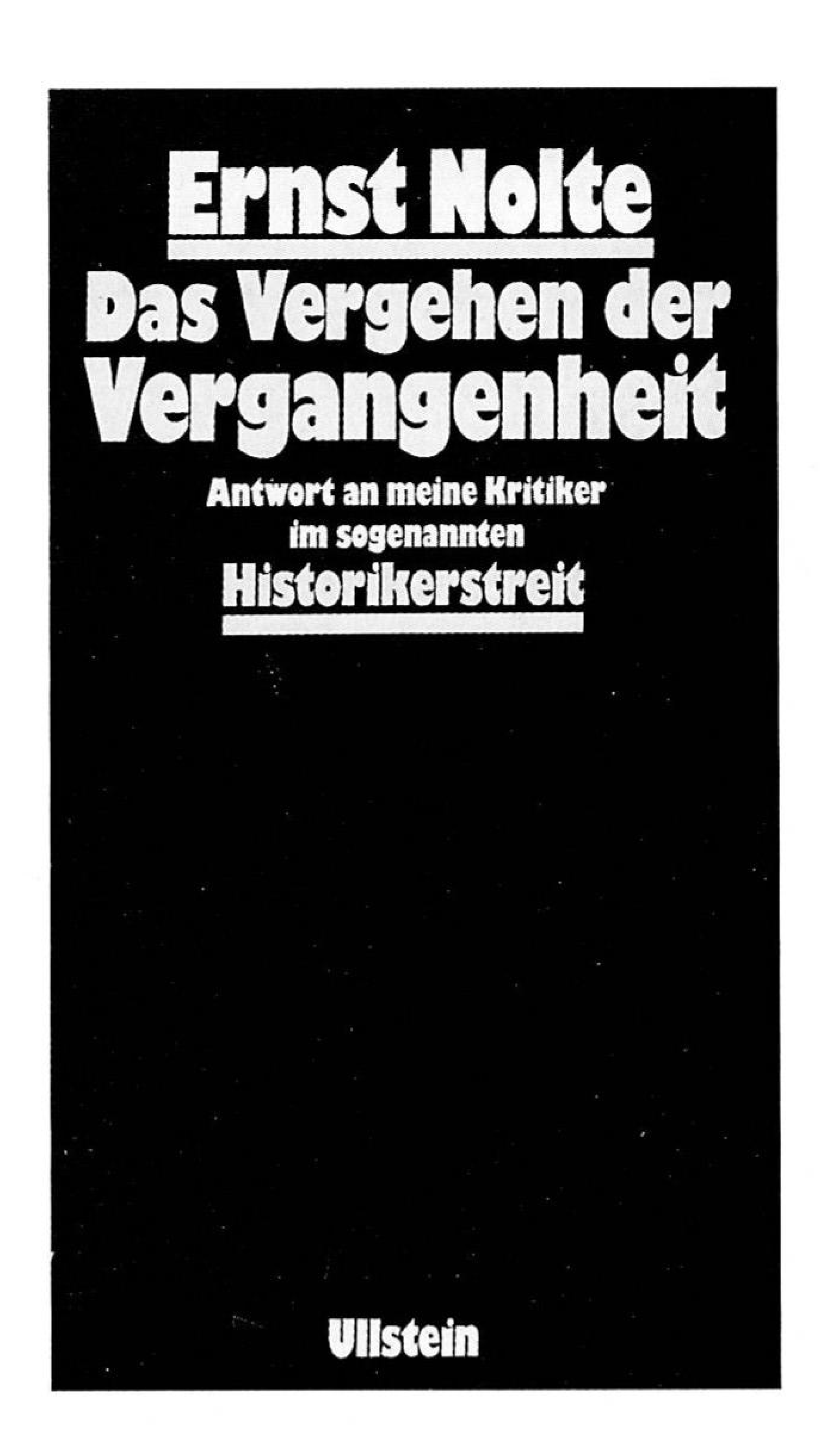
➔ sonntag« als »tendenzieller Genozid«. Funktion dieser Begriffsausweitung ist die relativierende Einebnung des faschistischen Genozids, der so nur noch als einer unter vielen erscheint.

Im »Europäischen Bürgerkrieg« bezieht sich Nolte erstmals positiv auf bekannte Holocaustleugner und Neofaschisten, deren Schriften und Arbeiten er durchaus ehrenwerte Motive unterstellt und mit denen sich die Wissenschaft befassen müsse: so will er ernsthaft über die These, die z.B. die Existenz der Wannsee-Konferenz bestreitet, diskutieren, womit Nolte sich den zweifelhaften Verdienst erworben hat, als erster anerkannter Wissenschaftler die Holocaustleugnung in den Rang diskutierbarer Ansichten gehoben zu haben.

Dieser letzte Punkt wird in den »Streitpunkten« von 1993 weiter zugespitzt. Die Position, das neofaschistische Schrifttum könne als unwissenschaftlich ignoriert werden, verwirft er und fordert die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Holocaustleugnern, denen er im Gegensatz zu den etablierten Forschern eine größere Beherrschung und Kritik des Quellenmaterials unterstellt. Im Verbot der Holocaustleugnung sieht er einen Anschlag auf die Wissenschaft, womit er sich auf ein Urteil gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert bezog, der für die mehrfach wiederholte öffentliche Leugnung des Holocausts zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nolte sieht also im Vorgehen gegen aktive Neofaschisten eine Behinderung der Wissenschaft.

Ohne selbst zur aktiven Leugnung überzugehen, versucht Nolte mittels Fragen, gesicherte Ergebnisse der Wissenschaft in Zweifel zu ziehen und so eine Relativierung dieses wichtigen faschistischen Verbrechens zu betreiben. Für ihn typisch, antwortet er auf die Frage im Spiegel-Interview von 1994, ob er Zweifel an der gezielten Massenvernichtung der Juden durch Gas habe: »Das ist ein besonders heikler Punkt. Ich kann nicht ausschließen, daß die meisten Opfer nicht in den Gaskammern gestorben sind, sondern die Zahl derer vergleichsweise größer ist, die durch Seuchen zugrunde gingen oder durch schlechte Behandlung und Massenerschießung. Ich kann nicht ausschließen, daß die Untersuchung der Gaskammern auf Blausäurespuren, die der amerikanische Ingenieur Fred Leuchter als erster vorgenommen hat, wichtig ist.«

Nun könnte man die hier aufgezeigten Entwicklungen im Werk Ernst Noltes als Ausdruck des Abdriftens eines Einzelnen in die Nähe der neofaschistischen Holocaustleugnung an-



sehen, doch ganz so isoliert scheint mir der Fall Nolte nicht zu liegen. Sieht man sich die Bruch- und Umschlagpunkte die ich skizziert habe an, dann lassen sie sich mit politischen Entwicklungen verbinden, die für Noltes Werk und dessen Veränderungen generell, nicht nur in Bezug auf den Holocaust, wichtig sind. Die erste deutliche Akzentuierung nach rechts erfolgt 1974 und sie kann als Reaktion auf die Linksverschiebung innerhalb der Faschismusforschung, aber auch auf Noltes persönliche Erfahrung im Zuge der Studentenbewegung 1968 in Marburg zurückgeführt werden. Der marxistischen Faschismustheorie wird eine »genetische« Totalitarismustheorie entgegengesetzt, die beide Totalitarismen nicht mehr auf eine Stufe stellt, sondern in ein historisches Abhängigkeitsverhältnis setzt.

Die weiteren Zuspitzungen dieser Sichtweise in den achtziger Jahren fallen mit zwei Momenten zusammen: Einerseits erscheint die Politik der Stärke des Westens gegenüber den realsozialistischen Staaten nicht mehr ohne weiteres konsensfähig, verwiesen sei hier nur auf die breiten Proteste der Friedensbewegung. Andererseits bedurfte die von der konservativen Regierung vorangetriebene Renationalisierung einer Entlastung auch des historischen Bewusstseins, d.h. einer Relativierung der herausgehobenen Bedeutung des Faschismus. Für beide Bedürfnisse, deutlicher jedoch für die Untermauerung des Feindbildes im Osten, ließ sich Nolte gut gebrauchen, weshalb seine Position im Historikerstreit auch von Fest bis Hildebrandt verteidigt wurde. Der nationalistische Schub von 1989/90 hat jedoch, wenn man so will, auch zu einer Übersteigerung der Nolteschen Zuspitzungen geführt. Seine weiter betriebene Annäherung an die neofaschistische Holocaustleugnung hat ihn beim etablierten Konservatismus in Ungnade fallen lassen. Gerade seine Position und Darstellung zum Holocaust brachte ihm scharfe Kritik auch durch die FAZ ein, und Positionen, die nicht weit von denen von 1986/87 entfernt sind und damals viel Lob fanden, werden nun verworfen. Nolte selbst reflektiert diese Veränderungen im Nachwort seines 1995 erschienenen Buches »Die Deutschen und ihre Vergangenheit« auf seine Art. Einen scharf gegen ihn gerichteten FAZ-Kommentar anläßlich seines Fernsehauftritts zur Diskussion um den Film »Schindlers Liste« wertet er als Bruch und Ausdruck der political correctness der FAZ. Einen weiteren Grund vermutet er in »Einflußnahmen im Hintergrund« und kommt dann unweigerlich auf Ignatz Bubis und dessen Aussagen gegen ihn zu sprechen. Eine andere Erklärung, als dass »der Jude« ihn aus der FAZ gedrängt haben könnte kommt ihm offensichtlich nicht.

Mit der in den neunziger Jahren durchgesetzten Anerkennung des Holocaust als negativer Staatsraison und der gleichzeitigen Etablierung einer »Parallelerzählung«, in der es vor allem um eine deutsche Opfergeschichte im Zusammenhang mit dem alliierten Bombenkrieg und den Vertreibungen im Osten geht, hat sich die Noltesche Art des Revisionismus als nicht mehr funktional erwiesen. Dennoch wird ihm aus konservativen Kreisen nach wie vor Referenz erwiesen. Mit der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der konservativen Deutschlandstiftung im Jahr 2000 hat auch der etablierte Konservatismus seinen stillen Frieden mit Nolte geschlossen. ■

Streit um Gedächtnis

Gespräch mit Dr. Nicolas Berg über den »Historikerstreit«, die Unschärfe der Interpretationsvokabeln und die Perspektiven der Holocaustforschung

Dr. Nicolas Berg ist Historiker und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte an der Universität Leipzig. Er ist Autor des Buches »Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung«, Wallstein-Verlag, Göttingen 2003 und hat vor kurzem ein Buch mit dem Titel »Luftmenschen – Zur Geschichte einer Metapher« abgeschlossen (erscheint im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, August 2006).

AIB: Auf welchem Stand befand sich die bundesdeutsche Holocaustforschung zu Beginn des »Historikerstreits« im Jahr 1986?

Berg: Sie stand an einem Anfang oder Neuanfang. Es ist bezeichnend, dass es Mitte der 1980er Jahre in Deutschland den Begriff »Holocaustforschung« noch nicht gab oder nicht in dem heute selbstverständlich gewordenen breiten Sinne des Wortes. Und mit dem Begriff fehlt auch die Sache. Es gab natürlich Informationen über das »Dritte Reich« – sowohl in den Universitäten als auch in Schulen. Aber es gab kaum empirische Forschung über das, was heute »Vernichtungspolitik« genannt wird. Bücher, wie zum Beispiel die beiden jüngsten von Dieter Pohl oder Peter Longerich, schrieben seinerzeit Außenseiter des Faches oder Forscher im Ausland. Von beiden Gruppen gingen wesentliche Impulse für die Erkenntnis des Ganzen aus, diese Impulse mussten aber erst intellektuell nach Deutschland übersetzt werden. Dafür war hier die Bereitschaft nötig, Traditionskritik nicht zu schnell und pauschal zu delegitimieren – und somit abzuwehren. Noch einmal: Die wichtigen Bücher wurden vor 1986 entweder nicht in Deutschland oder nicht im Rahmen der Universität verfasst. Zur ersten Gruppe zähle ich zum Beispiel die seit den 1990er Jahren als »Klassiker« angesehene Arbeit von Raul Hilberg , die dieser in den frühen 1950er Jahren vorgelegt hatte. Zur zweiten Gruppe gehören die Dokumentationen von Joseph Wulf in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren.

Stand am Ende des »Historikerstreits« irgendein Ergebnis, das Sie als wissenschaftlichen Ertrag bezeichnen würden? Welchen geschichtspolitischen und wissenschaftlichen Stellenwert nimmt der »Historikerstreit« im Vergleich zu anderen historischen Kontroversen ein? Ich denke hier vor allem an die Diskussionen um die Wehrmachtsausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung und die Auseinandersetzungen um Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« in den 1990er Jahren oder aber auch an die Fischer-Kontroverse in den 1960er Jahren über die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg?

Es gab ein Ergebnis, wenn auch nicht im vordergründigen Sinne als Ertrag der Forschung. Die Debatte hinterließ nicht mehr Wissen, das macht sie aus heutiger Sicht kritikwürdig. Es wurde über Meinungen und Wertungen gestritten – was legitim ist, aber nicht, wenn es auf Kosten der zur Diskussion stehenden Zusammenhänge geht. Das aber war genau der Fall. Der »Historikerstreit« war weniger eine Auseinandersetzung um Erkenntnis als vielmehr ein Streit um Gedächtnis. Das Paradoxe war: Gerade dies wurde von den Beteiligten nicht erkannt, die immerfort meinten, ihre politische Position schütze sie gleichsam vor Fehlern beim Sprechen über den Gegenstand. Heute wird zunehmend deutlich, dass man am Beispiel des Holocaust kaum seine wie immer gut gemeinte politische Meinung exemplifizieren kann.

So passt auch der Streit als Ganzes nicht mehr sauber in das traditionelle politische Kategorienmuster. Weder die Linke noch die Konservativen konnten ihre Meinung zum Nationalsozialismus und dessen Verbrechenspolitik so vorbringen, dass sie gleichsam korporativ auf der anderen, der »richtigen« Seite standen. Der »Historikerstreit« ist auch die letzte große Intellektuellen-Debatte der alten Bundesrepublik – und ein wesentliches Ergebnis dieser Auseinandersetzung besteht eben darin, dass im Hinblick auf Nationalsozialismus und Völkermord auch ein bestimmter Argumentations- und Debattenstil an sein Ende gekommen war. Dieser war in der Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre dominant gewesen, wurde im »Historikerstreit« noch einmal wiederbelebt, konnte aber in den verschiedenen Täterkontroversen der 1990er Jahre – Wehrmachtsausstellung und Goldhagen-Debatte – nicht mehr beibehalten werden.

Auffallend ist, dass sich am »Historikerstreit« vorwiegend Angehörige der

»Flakhelfergeneration« beteiligten, also eine Alterskohorte, die während der 1920er und frühen 1930er Jahre geboren worden war. Weshalb entwickelte sich der »Historikerstreit« zu einer derart heftig geführten innergenerationellen Auseinandersetzung?

Ja, auch das gehört zu einem genauen Blick auf diese Debatte. Und hier wird deutlich: Alle Verlautbarungen in der Sache blieben seinerzeit seltsam leer und vage. Die Kritiker Noltes verglichen die Vernichtung der Juden auch – nur eben mit anderen Zusammenhängen. Die Angegriffenen verteidigten sich mit einem gekränkt vorgetragenen Nationalstolz – und bestätigten so noch im Nachhinein die Kritik. Es wurde immer unübersichtlicher und diese Unübersichtlichkeit hat nicht nur konjunkturelle Gründe, sondern mit der Sache zu tun. Vierzig Jahre nach dem Ende des »Dritten Reiches« wurde deutlich, dass Deutschland als Ganzes – Land, Gesellschaft und Intellektuelle – noch nicht einmal begonnen hatte, dieses Ereignis in der Dimension zu bedenken, die in dem Begriff vom »Zivilisationsbruch« enthalten ist. Und ein Teil der Antwort hierauf ist der von Ihnen angesprochene enge generationelle Rahmen. Es stritten sich die Angehörigen der Jahrgänge Mitte der 1920er bis Mitte der 1930er Jahre. Alle hatten Erinnerungen an die eigene Kindheit, Jugend oder junge Erwachsenenzeit, ohne diese artikulieren zu können, denn es schien, als wären für die eigenen Erfahrungen im Nationalsozialismus und für das wissenschaftliche Sprechen über ihn zwei Sprachen geschaffen worden, die nicht zueinander fanden.

Kommen wir zu aktuellen Entwicklungen. Zeichnet sich 60 Jahre nach dem Ende des »Dritten Reiches« eine geschichtspolitische Neubewertung des Nationalsozialismus unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen ab? Als Stichworte seien hier genannt: Das Sächsische Gedenkstättengesetz sowie der so genannte »Nooke«-Antrag zur Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in denen nur noch pauschal von den »Opfern beider Diktaturen« die Rede ist?

Oberbegriffe wie »Totalitarismus« oder auch »Faschismus« eignen sich gut dafür, entweder das Konkrete oder aber das Verschiedene abzuwehren – zumal ihnen auch eine wissenschaftliche Aura eigen ist. Doch auch nichtwissenschaftliche Begriffe, wie zum Beispiel »Opfer«, werden immer öfter für ähnliche Zwecke verwendet; die Debatte um das geplante »Zentrum für Vertreibung« zeigt deutlich: Je größer der Abstraktionsgrad, desto unschärfer wird das, was ausgesagt wird. Insgesamt trifft das aber mehr für den öffentlichen Diskurs zu als für die Wissenschaft. In ihr hat sich in den letzten Jahrzehnten eine größere Skepsis gegenüber den ganz großen Interpretationsvokabeln entwickelt.

In den 20 Jahren seit dem »Historikerstreit« hat sich die Holocaustforschung ausdifferenziert und weiterentwickelt. Zahlreiche Detailstudien haben unsere Kenntnisse über die in der Geschichte präzedenzlosen deutschen Verbrechen erweitert. Kultur-, alltags- und mentalitätsgeschichtliche Ansätze eröffneten verstärkt seit den 1990er Jahren Einblicke in die Weltbilder und Handlungsmuster unterschiedlicher Täter oder Tätergruppen. Andere Aspekte, etwa Entstehungsbedingungen, Ausdrucksformen und Reproduktionsweisen volksgemeinschaftlichen Bewusstseins innerhalb der deutschen Gesellschaft bzw. bei »ganz normalen« Deutschen sind dagegen noch weitgehend unerforscht. Was werden die Perspektiven und Fragestellungen der künftigen Holocaustforschung sein?

Für die deutschsprachige Wissenschaftsentwicklung gilt: Die bedeutenden Studien von Ulrich Herbert, Götz Aly, Michael Wildt oder Peter Longerich, aber auch die Arbeiten von den jüngeren Kollegen wie Thomas Sandkühler, Christian Gerlach, Sybille Steinbacher, Karin Orth oder Isabel Heinemann – um nur einige zu nennen –, haben unser Wissen vom nationalsozialistischen Mord an den europäischen Juden auf eine neue Ebene gehoben. Mit diesen und einer ganzen Reihe weiterer Bücher hat die deutsche Geschichtswissenschaft Anschluss an die internationale Forschung gefunden. Es könnte nun sein, dass nach einer ungefähr zwei Jahrzehnte dauernden empirischen Phase in Zukunft diejenigen Arbeiten wichtiger werden, die synthetisch verfahren und größere Zusammenhänge aufzeigen. Grundsätzlich aber würde ich mir wünschen, dass beides – empirische Forschung und interpretatorische Durchdringung – in ein und derselben Arbeit stattfänden. Das sind noch immer die besten weil aufschlussreichsten Bücher gewesen. Im internationalen Zusammenhang werden Studien zur Wahrnehmung und zum Verständnis der unterschiedlichen gedächtnisstrategischen »Zähmungen« weiterhin von hoher Brisanz und Relevanz sein, etwa zur arabischen Perzeption des Holocaust. Auch erkenntnistheoretische Fragestellungen zum Verhältnis von Subjektivität und Objektivität, zur Perspektivität des historischen Wissens zwischen Individuum und Kollektiv oder von unterschiedlichen Repräsentationsformen der Erinnerung dürften die Forschungsagenda der nächsten Jahre bestimmen.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

Tattoos und mehr...

Über Outlaws, Insider und Modetrends

Über Jahrzehnte galt das Tragen von Tätowierungen in Europa als Zeichen für Kriminalität und Devianz. Tatsächlich fanden sie sich vor allem bei den »Outlaws«, womit nicht Verbrecher gemeint sind, sondern Menschen jenseits enger bürgerlicher Vorstellungen. Tattoos trugen Fahrende Gesellen, Seeleute und Gefängnisinsassen. Etwas von dieser Exklusivität und der Abgrenzung vom »Normalen« haben sie auch heute noch. Dies kommt zum Ausdruck, wenn zum Beispiel die RechtsRock-Band Knock-Out auf ihrem neuen Album singt »Ich bin tätowiert – mein Leben lang markiert. Für immer involviert bei den Außenseitern. Nicht akzeptiert – von der Gesellschaft isoliert. Steh ich im Abseits und scheiß auf eure Welt – die mir eh nicht gefällt.« Man stilisiert sich selbst zum Outlaw.


juelich/jp-photo.com

Tatsächlich sind Tattoos heute aber in weiten Kreisen, gerade unter jungen Leuten, gesellschaftsfähig, ein modisches Accessoire. Und so findet sich in den Regalen der Bahnhofsbuchhandlungen gleich ein ganzes Sortiment farbiger Tattoo-Magazine. Das hat jedoch nicht dazu geführt, dass die Tätowierungen in ihren klassichen Bereichen an Bedeutung verloren haben. Noch immer sind sie Zeichen von Zugehörigkeit, Abgrenzung, politischer Orientierung und Teil der Identität ihrer zumeist männlichen Träger. Auch im politischen Bereich haben Tattoos eine lange Tradition, man denke nur an die Blutgruppentätowierungen der SS-Männer oder die unter Zwang eingestochenen Häftlingsnummern der KZ-Insassen. Heute haben Tattoos gerade in der subkulturell codierten Szene der rechten Skinheads bzw. des RechtsRock eine hohe Bedeutung. Der Boom der modischen Tattoos ermöglicht es Aktivisten aus der extremen Rechten, ihre Motive und ihr Handwerk einem größeren Publikum zu präsentieren. Ökonomisch wichtige Strukturen in Form eigener Studios werden aufgebaut. Diese entwickeln sich darüber hinaus nicht selten zu Treffpunkten der lokalen Szene. Und solche Studios ermöglichen den Kontakt zu vielen Menschen, bei denen sie durch ihre handwerklichen Fähigkeiten Anerkennung finden und die sie dann auch mit ihren politischen Ansichten agitieren können. In diesem Artikel wollen wir der Funktion und der Bedeutung der Tattoos für die extreme Rechte und deren Agieren im öffentlichen Raum nachgehen.

Wer, Wie, Was

Woher kommt der Name, was sind Tattoos, welche Geschichte und Bedeutung haben sie ? Dass Tattoos Bilder oder Schriftzüge sind, die mittels unter die Haut eingebrachter Farbe entstehen, ist allgemein bekannt. Schon bei der Herkunft des Namens und der Schreibweise herrscht Uneinigkeit. Zumeist wird die Herkunft der Tattoos durch exotisch-archaisch anmutende Bilder der Südsee oder anderen »Stammeskulturen« zugeordnet. Historisch falsch, da sich Tattoos bei Funden weltweit nachweisen lassen, auch in hiesigen Gefilden. Hier sei nur darauf verwiesen, dass auch der »Ötzi« tätowiert war. Die Tattoos als archaische Stammes-Symbole zu

beschreiben, lädt diese jedoch in der modernen Industriegesellschaft mystisch auf und vergrößert die Distanz zum Leben hier und jetzt, erhöht also die Exklusivität der Tattoos. Auch die Herkunft des Begriffs »Tattoo« wird einerseits in Polynesien vermutet, andererseits als aus der englischen Militärsprache entlehnt. So mystisch verklärt Tattoos sind, so haben sie doch eine klare Funktion.

Auf ewig zusammen

Bekannt sind Liebesschwüre, die unter die Haut gestochen oftmals die Liebesbeziehungen überdauern. Zu den Eigenschaften, welche Tattoos ihren besonderen Reiz geben, gehört aber eben ihr dauerhafter Charakter. Tattoos entfernen zu lassen ist schwierig und teuer, lange Zeit war es nahezu unmöglich. Daher ist eine Tätowierung so etwas wie ein »Bekenntnis fürs Leben«. Tätowierungen eignen sich daher gerade dort, wo ein besonders enger und dauerhafter Zusammenhalt dargestellt werden soll, oder eine extreme Bindung zum Ausdruck gebracht werden soll. Historisch ist dieses im politischen Kontext in der SS zu finden, deren Mitglieder ihre Blutgruppe unter die Arme gestochen bekamen. Dieses war nicht vor allem ein Hilfsmittel, um für eine schnelle medizinische Versorgung zu sorgen, sondern ein unauslöschliches Erkennungszeichen und Bekenntnis. Die grausamste Form als Zeichen von Unterdrückung und Entmenschlichung war es, den KZ-Gefangenen Zahlen einzutätowieren und ihnen mittels dieser Körperverletzung klar zu machen, dass sie nicht mehr über den eigenen Körper verfügen und für die faschistischen Machthaber nur eine Nummer darstellen.

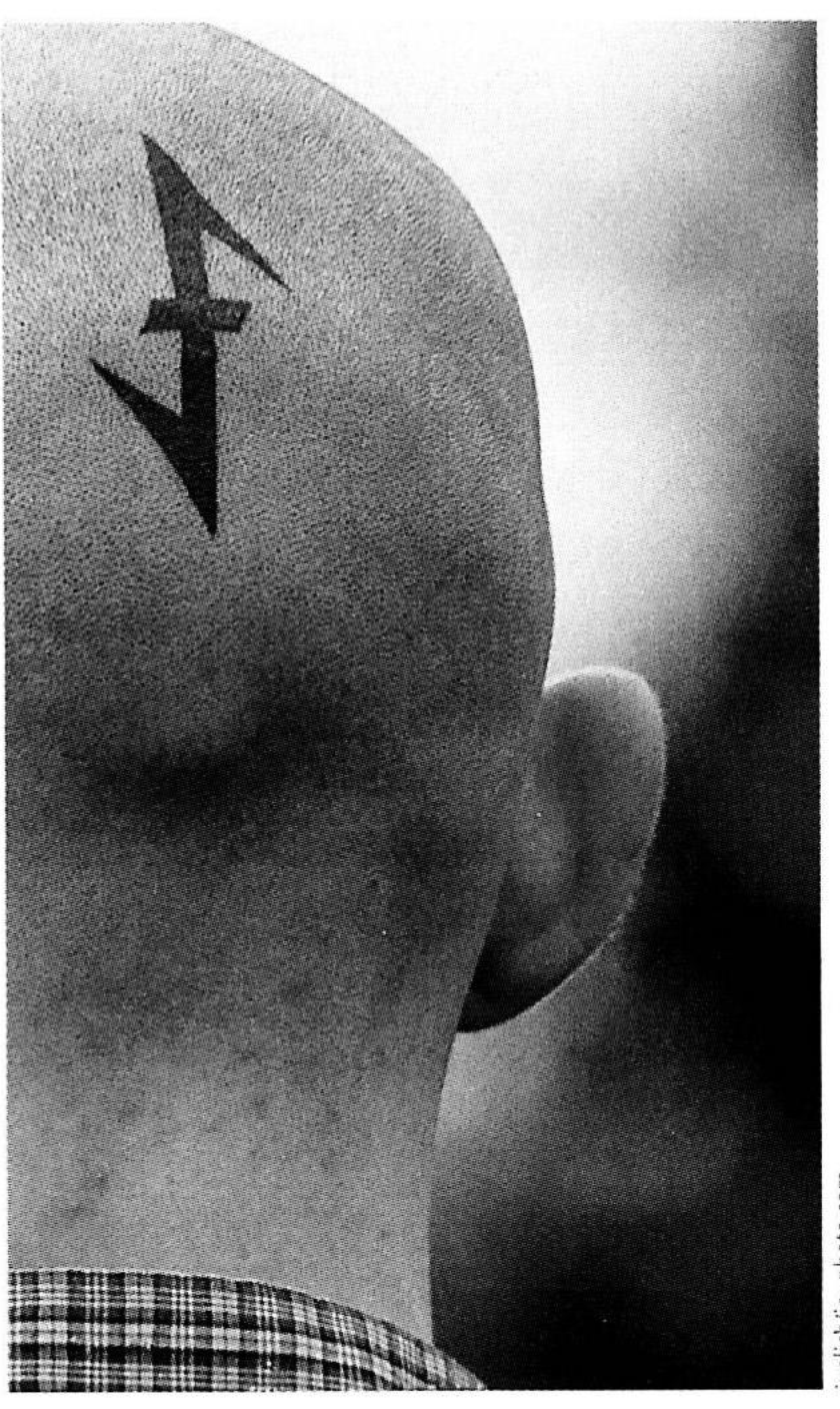
Mitgliedschaften müssen besiegelt werden, ein nicht zu leugnendes Zeichen, also eine Tätowierung ist gerade bei informellen Gruppen wie bei Rockern aber auch bei politischen Untergrundgruppen eine gute Möglichkeit hierfür. Im Rahmen des Prozesses gegen die zum Blood & Honour Umfeld gehörende Gruppe Combat 18 Pinneberg wurde öffentlich, dass auch deren Mitglieder eine einheitliche Tätowierung, eine schwarze Billiardkugel mit einer 28 trugen. Probleme traten erst auf, als eines der Mitglieder sich zurückzog. Prompt bekam er Besuch, der ihm klar machte, dass eine solche Tätowierung zu verschwinden habe. Häufiger finden sich Tatoos bei informellen Cliquen, wie z.B. bei der »24 Road Crew«, einer Clique rund um die aus dem Rheinland stammende RechtsRock-Band Barking Dogs. Die Mitglieder der Road Crew haben alle eine annähernd gleiche Tätowierung. Die Band widmete der Crew das Lied »Tattooed Rebels«. Gerade bei Skinheads und im RechtsRock finden sich heutzutage die meisten politischen Tätowierungen.

Politische Botschaften die unter die Haut gehen

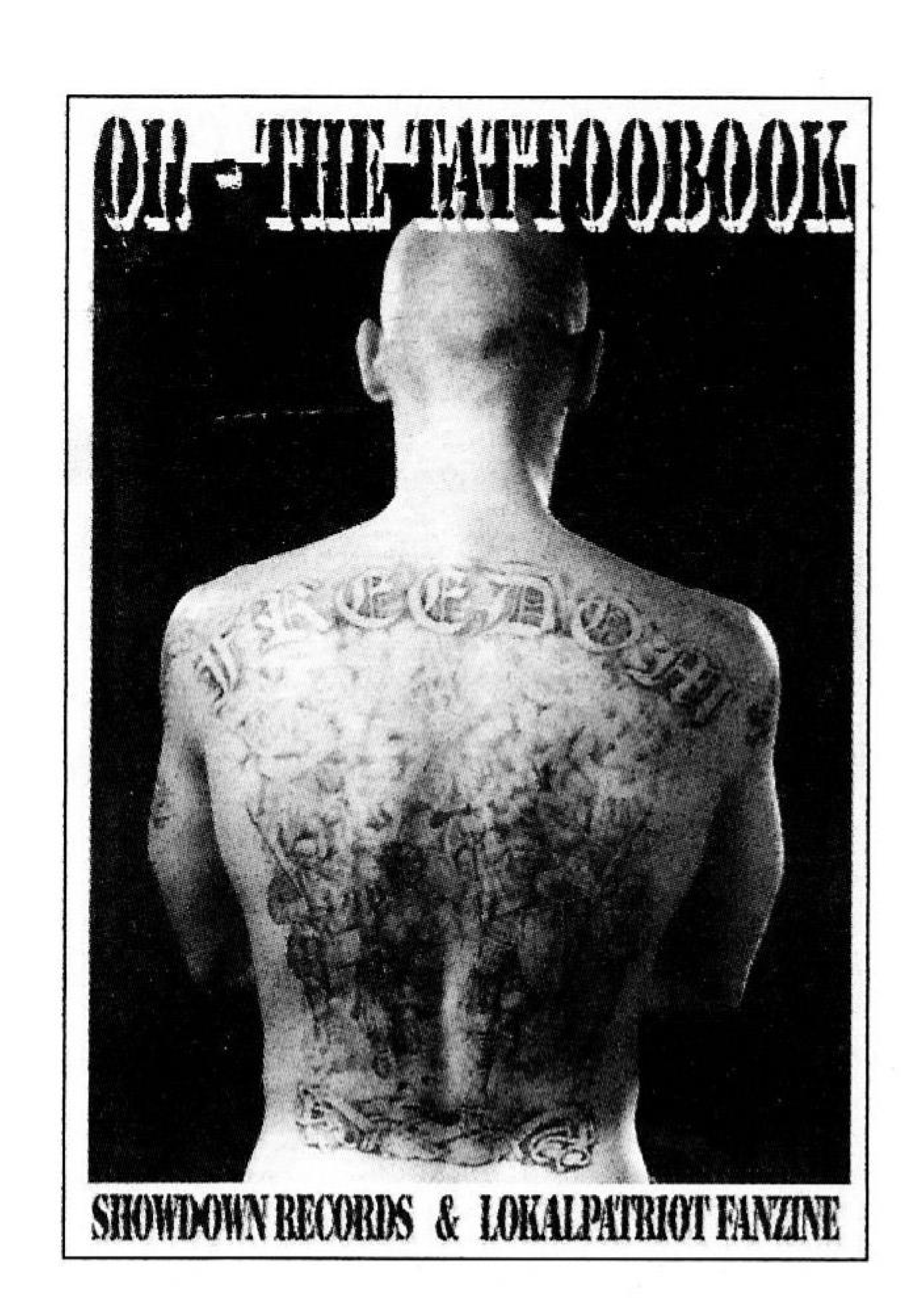
Politische Botschaften wurden mittels Tätowierungen schon seit der Französischen Revolution übermittelt, als sich Revolutionäre egalisierende und zugleich das revolutionäre Bekenntnis ausdrückende Symbole als Tattoos einstechen ließen. Große Verbreitung fanden Tattoos mit politischen Botschaften erst mit dem Aufkommen der proletarischen Skinheadbewegung in England Ende der 70er Jahre. Bei den sich selbst als »Underdogs« verstehenden Skinheads dieser Zeit gehörten Tattoos zum Lebensgefühl, dem »Way of Life«. War diese Bewegung in den ersten Jahren politisch diffus, so orientierten sich ab Anfang der 80er Jahre Großteile der Skinheads sowohl in England als auch auf dem Kontinent nach rechts. Tätowierungen gehörten aber immer noch zum Selbstverständnis.

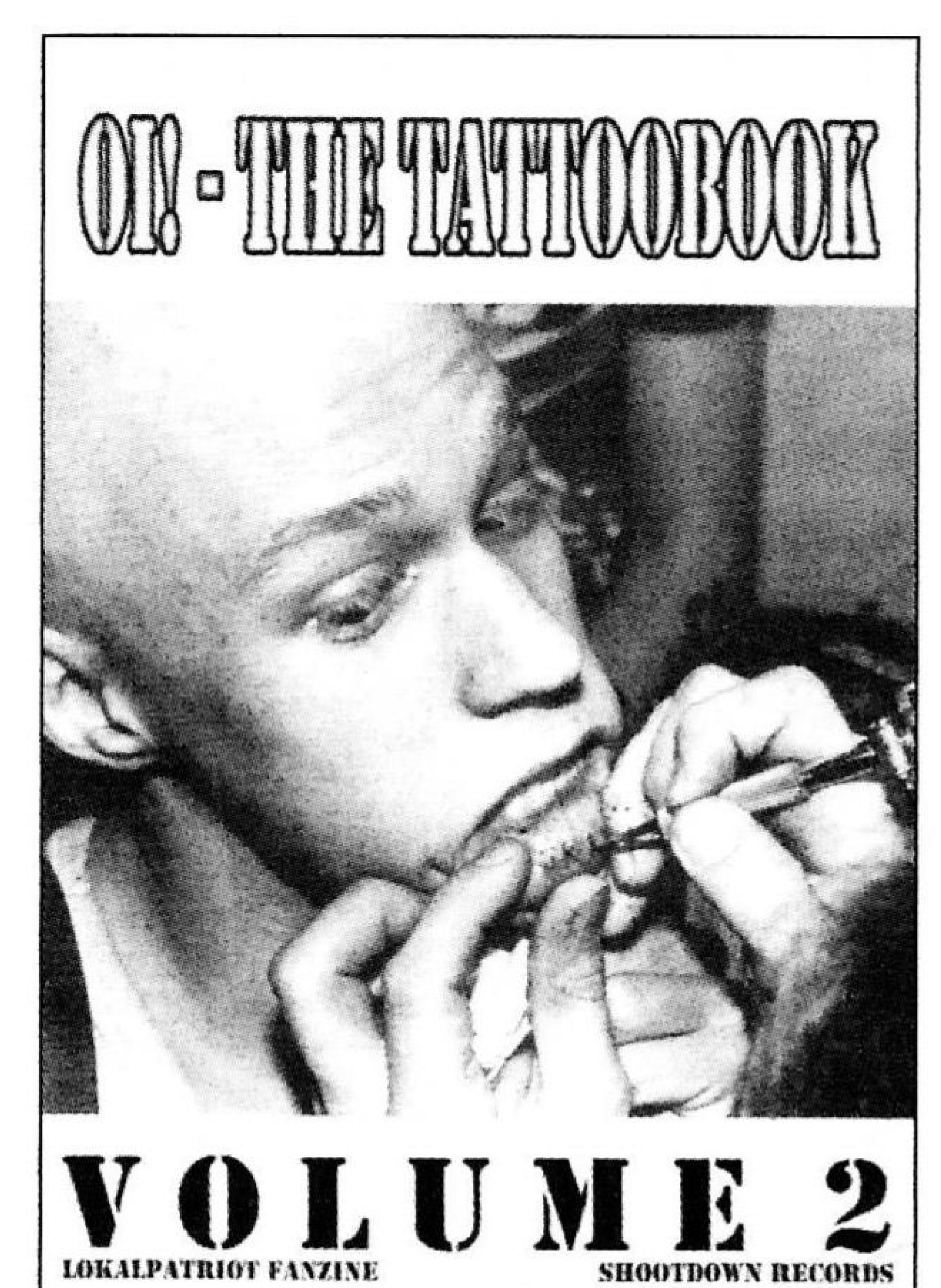
»Tätowiert und Kahlgeschoren« lautet der Titel des Debütalbums der RechtsRockband »Body Checks«, »Die Glatze poliert Du bist dreckig, kahl und hundsgemein. Und bist oben an den Schultern tätowiert Gehaßt und gejagt, und trotzdem voller Stolz« sang Störkraft »Dein Schädel ist geschoren, deine Arme tätowiert, so gehst du in die Kneipe, was immer auch passiert« formulierte es Reichssturm, »Kahlgeschoren und Tätowiert. Der Niederrhein wird tyrannisiert« sang Division Germania, »Rechtsrocker sind die Macht, kahl geschoren und tätowiert« gröhlte Oidoxie. Tätowierungen gehören einfach dazu. Der stigmatisierenden Wirkung war man sich jedoch auch damals schon bewußt. »Egal was man auch tut, kahlrasiert und tätowiert, heißt für sie assozial« formulierte Störkraft, »Für euch sind Skinheads nur Mörder, tätowiert und radikal« die Vollstrecker. Eine jedoch bewusst in Kauf genommene Selbststigmatisierung, die Bekenntnis-Charakter besitzt und nur all zu oft die Realität trifft. »In keiner anderen Jugendszene sind Tätowierungen so selbstverständlicher Bestandteil des Alltags, in Liedern und im ganzen Auftreten« stellt Erik Meisterhoff 2001 im Vorwort des von ihm zusammen mit dem Ex-B&H-Kader Bernd Peruch herausgegebenen ersten von zwei Tattoobüchern fest.

➔



juelich/ip-photo.com





Oi – The Tattoobook

Betrachtet man die beiden Büchlein, so ergibt sich ein erster Einblick in die Motive, welche sich Rechte unter die Haut stechen lassen, sie ermöglichen auch einen ersten Blick auf jene, die hinter den Tätowiermaschinen stehen, also die Tätowierer und ihre Struktur.

Betrachtet man die in den Büchern abgebildeten Motive, so ergeben sich einige Schwerpunkte. Neben klassischen Motiven wie Drachen, Teufeln oder Spinnennetzen findet man in den Büchern vor allem klassische Skinheadmotive, also den Crucified Skinhead, Motive aus dem Kultfilm Clockwork Orange oder Stiefel. Teilweise sind diese durch Zugabe von Symbolen eindeutig zu verorten, so durch Keltenkreuze, schwarz-weiss-rote Fahnen oder Ähnliches. Die Symbole, von der White Power-Faust über die Schwarze Sonne, die Irminsul bis zum Thorshammer bilden einen weiteren Schwerpunkt. Ebenfalls häufig zu finden sind heidnische Motive oder Wikinger, oftmals kämpfend und drohend dargestellt. Zu den wohl häufigsten Motiven aus dem RechtsRock gehören Abbildungen des Skrewdriver-Sängers Ian Stuart. Er findet sich fast ebenso häufig wie unterschiedlichste Motive aus dem Formenkreis der Nazi-Wehrmacht. Daneben finden sich noch einige modische Tribals und Motive, welche von der Gestaltung her in die Hard Core-Szene gehören, was nicht weiter überrascht, hat sich doch auch hier eine größere rechte Anhängerschaft entwickelt. Verbotene Motive wie Hakenkreuze finden sich in dem Buch aus verständlichen Gründen nicht, wer sich jedoch mal einen Neonaziaufmarsch im Sommer aus der Nähe anschaut, der wird einige abgeklebte Tätowierungen sehen, bei denen sich unter den Pflastern verbotene Symbole befinden. Auch diese bringen manches Mal unerwarteten Ärger mit sich, und zwar nicht nur juristischen. So berichtet der inzwischen angeblich ausgestiegene Neonazi Michael Bar, dass ihm in der Haft ein tätowiertes Hakenkreuz von Mithäftlingen mittels eines Tauchsieders weggebrannt wurde.

Die Aktivisten

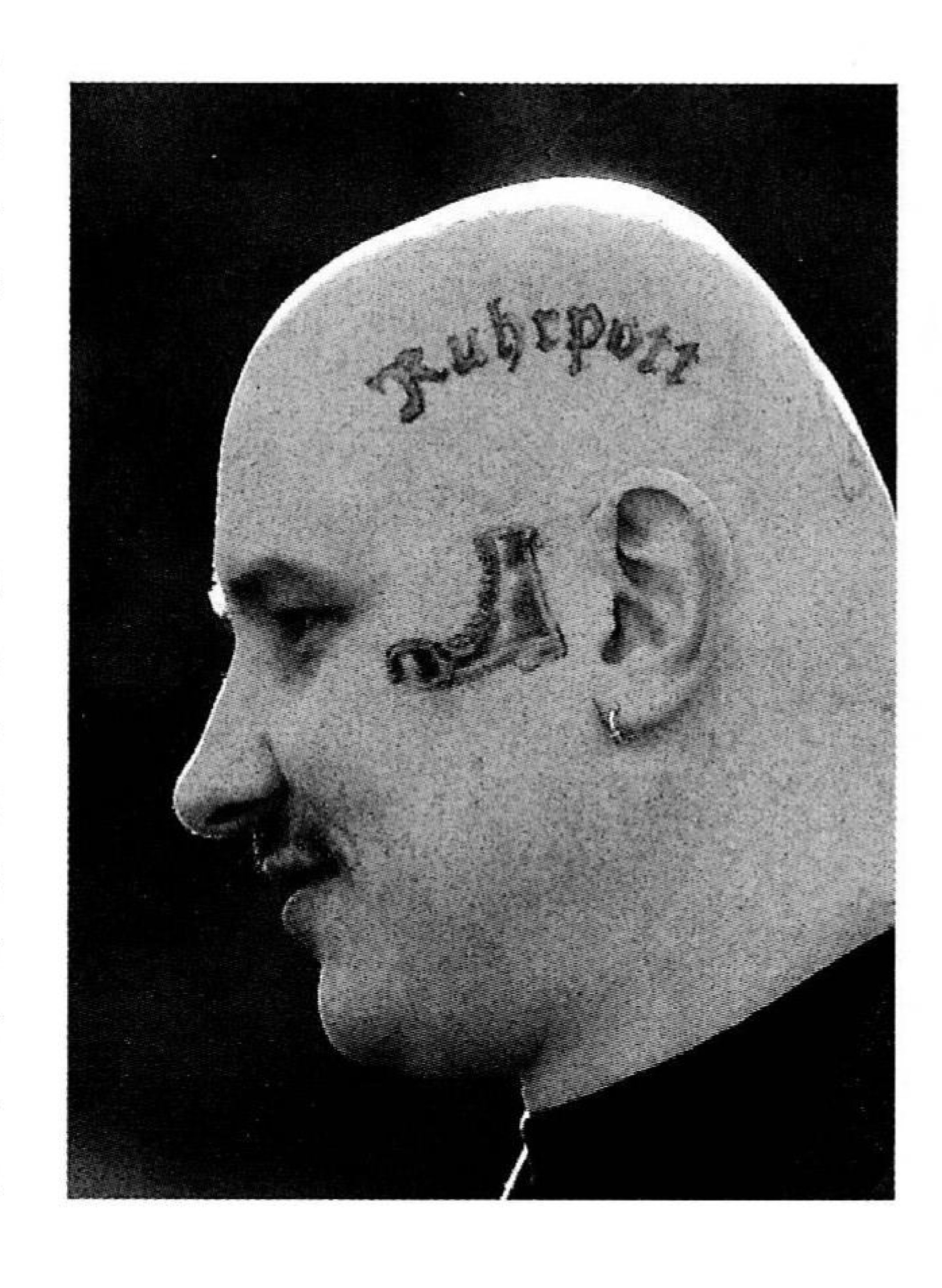
»Get yourself tattooed« heißt ein RechtsRock-Song von Ken Mc Lellan und Stigger, welcher die damalige Praxis in der Szene wiedergibt. In den 80er Jahren standen in der Szene keine professionellen Tätowierer zur Verfügung und so griff man selbst zur Nadel. Die Ergebnisse waren bescheiden. In den letzten Jahren hat sich das verändert. Einige rechte Tätowierer haben sich professionalisiert und eigene Studios eröffnet. Diese sind teilweise zu Kristallisationspunkten der rechten Szene geworden.

Letzte Zuflucht

Als bundesweites Beispiel zur Überschneidung von Nazi- und Tattoo-Szene sei hier das Hildesheimer »Last Resort« Tattoostudio angeführt. Das von Hannes Knoch geführte Studio gehörte im April 2002 zu den durchsuchten Objekten bei den bundesweiten Razzien wegen der Weiterführung von Blood & Honour. Betrachtet man im Internet die Galerie, findet man sowohl heidnische Wikingermotive, aber auch Wehrmachtssoldaten oder ein Ian Stuart-Bild. Sie zeigen, was hier für die rechte Lebenswelt produziert wird.

Dark Image

Das Tattoo-Studio in Rinteln ist mit einigen Bildern in den Tattoo-Books vertreten. Das B&H-Tattoo, das dem Sänger der B&H-Band Nemesis gestochen wurde, ist bis heute im Internet zu sehen. Die Website des Studios ist inzwischen auf Marco Martin, den Betreiber des rechten Black-Metal Labels Christhunt, angemeldet. Frank vom »Dark Image« Studio gehört nicht zuletzt durch seine offen neo-nazisti-




juelich/fp-photo.com

schen Motive zu den auffälligsten abgebildeten »Künstlern«.

Dark Sun

Das Dark Sun Tattoo Studio in Nottuln bei Coesfeld wird von Dylan Briggs betrieben. Lassen sich auf der »Dark Sun« Homepage noch dezente Kostproben von Dylans Talent finden, so finden sich im »Oi ! – The Tattoobook« die politisch eindeutig rechten Motive.

Tattoo-Digger

Sowohl mit einer Werbung für sein seit 1993 bestehendes Studio in Halberstadt als auch mit einer ganzen Reihe von Tattoos ist Digger, alias Olaf Dankworth im »OI ! – The Tattoobook« präsent. Mal ist von ihm ein Landser-Symbol abgebildet, mal ein Wikinger, mal ein Skrewdriver-Emblem. Digger weiss, wo er seine Kunden findet, so fand sich Werbung für sein Studio z.B. auf der CD der RechtsRockband »Skinheads Sachsen Anhalt«. Scheinbar erfolgreich, Ableger entstanden in Wernigerode und Aschersleben.

Mystic Art Tattoo

Nicht besonders auffällig sind die im Buch abgebildeten Tattoos von Veit, welcher jedoch nicht aus Zufall in diesem Kontext auftaucht. Veit Kelterborn ist ein Liedermacher der rechten Szene, welcher auch überregional bekannt ist. Er betreibt ein Studio in Rudolstadt. Dieses ist nach außen hin unauffällig, in seiner Galerie finden sich keine rechten Motive.

Mückes-Tattoo

In der rechten Szene ebenfalls bekannt und im Tattoo-Buch vertreten ist Mückes Tattoo und Piercing Studio in Chemnitz. Hinter der »Art of Lars M.« verbirgt sich Lars Mücke, dessen Website gleich zeigt, was die Kunden oder der Betreiber neben den Tattoos noch schätzen, ein Link führt zum RechtsRock-Label Backstreetnoise.

Neben diesen durch ihre im »OI ! – The Tattoobook« abgebildeten Arbeiten bekannten Studios gibt es allerdings auch noch unzählige andere, die zur rechten Szene gezählt werden müssen, oder die zumindest Tattoos mit einem rechten Hintergrund anfertigen. Diese sollen in den nächsten Ausgaben auch noch dargestellt werden. Das Problem mit rechten Tattoos lässt sich aber nicht nur auf einen kleinen Kreis an Studios begrenzen, sondern verbreitert sich zusehends weit über den Bereich der extremen Rechten hinaus.

Rechts wird Mode – Tattoos auch

Die Tätowierer-Szene, welche noch vor einigen Jahren fest in der Hand diverser Rockergruppen war, ist breiter und diffuser geworden. Zudem hat auch die Akzeptanz rechter Motive zugenommen. Beispielhaft läßt sich die mangelnde Abgrenzung an einem Interview im Tätowiermagazin verdeutlichen. Ende 2005 stellte das Tätowiermagazin, eine der großen, bundesweit vertriebenen Zeitschriften in dieser Sparte, den Tätowierer Marcel Datz, genannt Datzmann, unter dem Motto »a Tattoo Star is born« vor. Datz, der ein Studio in Reichenbach betreibt, gehört inzwischen zu den bekanntesten grau-schwarz Tätowierern Deutschlands und gewann eine ganze Reihe von Auszeichnungen. Auf seinem Hals trägt er das Kürzel WAW, für »Weißer arischer Widerstand« eingestochen. Der Autor thematisiert dieses auf Wunsch der Redaktion. Datz sagt dazu: »ich bin Skinhead und Nationalist und bekenne mich zu meiner nationalen Einstellung. Das sollen die Leute ruhig wissen. Aber ich gehe damit niemandem auf den Sack.« Der Autor stellt sich selbst die Frage »Macht sie (die nationale Einstellung, d.A.) seine Tattoos schlechter? Sollte man ihn wegen seiner politischen Gesinnung schief ansehen, gar ächten?« und beantwortet diese mit »Ich meine, Nein, obwohl ich rechtsradikales Gedankengut für dumm und gefährlich halte.« Durch die Trennung zwischen den Tattoos und den vertretenen Inhalten läßt sich der Künstler Datzmann feiern, während man den Neonazi Datzmann einfach ignoriert. Datzmann ist kein Einzelfall, immer wieder finden sich in den Tätowiermagazinen, die in den Bahnhofskiosken zu kaufen sind, Fotos mit eindeutig rechten Motiven oder Werbung für deren Studios. Ein Problembewußtsein muß hier scheinbar erst noch hergestellt werden.

Gänsehaut

Betrachtet man die Entwicklung innerhalb der Tätowier-Szene, so ist festzustellen, dass eine ganze Reihe rechter Tattoo-Studios gegründet wurden. Teils mit offen rechtem Hintergrund und somit vor allem für die engeren Szenekreise interessant, teils unauffällig »normal« wirkend, was dazu führt, dass diese auch von an modischen Tattoos interessierten aufgesucht werden. Die Zahl und die Bedeutung der rechten Tattoo-Studios kann zur Zeit von uns noch nicht eingeschätzt werden. Hier stehen wir noch am Anfang. Daher bitten wir euch, uns Informationen oder Zeitungsartikel über Studios mit rechtem Hintergrund zukommen zu lassen. Bitte verseht alles was ihr uns schickt oder mailt mit einer Quellenangabe, sonst sind diese Informationen schlecht zu verwenden. ■

»Auf gute Zusammenarbeit«

Das »Aktionsbüro Westdeutschland«

Mit dem »Aktionsbüro Westdeutschland« (AB-West) existiert erstmalig eine neonazistische Struktur, die über einen längeren Zeitraum hinweg die Aktivitäten diverser nordrhein-westfälischer »Freier Kameradschaften« koordiniert. Wenngleich nur wenige Gruppen im AB-West organisiert sind, so zeichnet dieses doch zurzeit für den Großteil der Aufmärsche und Aktionen in NRW verantwortlich.

In Anlehnung an das »Aktionsbüro Norddeutschland« hat es auch in anderen Bundesländern immer wieder Versuche »Freier Kameradschaften« gegeben, ihre Aktivitäten zu koordinieren. In NRW blieben derartige Versuche lange Zeit ohne Erfolg, bekannteste Beispiele für gescheiterte Projekte sind das »Nationale Bündnis Westdeutschland im bundesweiten Bündnis Freier Nationalisten und Aktionsgruppen« und der »Widerstand West«.

Erklärtes Ziel des 2004 gegründeten »Aktionsbüros Westdeutschland« ist es, »den Freien Widerstand in Rheinland-Westfalen zu festigen und die regionalen Strukturen zu verbessern«, so der Pulheimer Axel Reitz und der Dortmunder Pascal Zinn in einem Gründungspapier. Erstmals im Juni 2004 öffentlich in Erscheinung getreten und von »Führungsaktivisten aus Dortmund, Köln, Hamm und Wuppertal« gegründet, soll dieses zu einem »festen Knotenpunkt des Freien Widerstandes im Westen« werden. Neben der Vernetzung der einzelnen „Kameradschaften« soll das AB-West »mithelfen das wichtigste Mittel unseres politischen Ausdrucks, die Demonstrationen und Kundgebungen, gründlich vor- und nachzubereiten, um so blindem Aktionismus entgegen zu wirken und diesen in vernünftige Bahnen zu lenken«. Man wolle die Gruppen zu einer »aktiven Kampfgemeinschaft formen, in welcher nicht gegen, sondern miteinander gearbeitet wird«. Dem »Aktionsbüro« solle vor allem die Aufgabe zukommen, »zu koordinieren, zu vernetzen, in Marsch zu setzen und zu informieren.«

Von Beginn an beteiligte sich jedoch nur ein kleiner Teil der nordrhein-westfälischen »Freien«. Als Gruppen wurden zunächst die »Kameradschaft Dortmund«, die »Kameradschaft Hamm«, die »Kameradschaft Köln« und der weitgehend mit ihr personenidentische Kölner »Stützpunkt« des »Kampfbundes Deutscher Sozialisten« (KDS), der in der Wuppertaler Region beheimatete »Freundeskreis Nationaler Politik« (FNP), der »Leverkusener Aufbruch« sowie die »autonomen nationalisten westliches ruhrgebiet« (a.n.w.r.) als AB-West-Mitgliedsgruppen geführt.

An die Stelle des FNP traten später die »Autonomen Nationalisten Wuppertal | Mettmann« (anwme) um Jens Bucheli. Der »Leverkusener Aufbruch« um Matthias Nagelschmidt schied aus unbekannten Gründen aus dem »AB-West« aus, der KDS wird seit einiger Zeit nicht mehr explizit aufgeführt. Neu hinzugekommen sind die »Kameradschaft Josef Terboven« aus Essen um Julian Engels, die aus dem zwi-



[1] »AB-West«-Demonstration am 16. April 2005 in Essen.



[2] Aufmarsch unter dem Motto: »Nie wieder Krieg, nach unser'm Sieg« am 3. September 2005 in Dortmund.

schenzeitlich aufgelösten Essener KDS-Stützpunkt hervorging, sowie Dustin »Zappel« Guskes Projekt »Infoportal Hamm«. Zwischenzeitlich wurde auch das »Kameradschaftliche Bündnis Hamm« (KBH) als Mitglied geführt. Die Hauptaktivisten des KBH und des »Infoportals Hamm« sind allerdings auch in der »Kameradschaft Hamm« um Sascha Krolzig zu finden, die als die aktivste neonazistische Gruppe in der Hammer Region zu bezeichnen ist. Ergänzt wird die Liste der AB-West-Gruppen seit kurzem durch die neugegründete Gruppe »Autonome Nationalisten Neuss«. Aus der Auflistung der AB-West-Gruppen gestrichen wurden kürzlich die a.n.w.r., wobei davon auszugehen ist, dass deren Protagonisten um den Duisburger Steffen Pohl weiterhin eng mit den AB-West-Strukturen kooperieren und in die Entscheidungsfindungen eingebunden sind. Ebenso verhält es sich bei der zeitweise unter dem Namen »autonome nationalisten östliches ruhrgebiet« (a.n.ö.r.) agierenden Gruppe um die Dortmunder Dennis Giemsch, Dietrich Surmann und Alexander Deptolla. Aktueller Stand ist, dass laut Homepage des AB-West sieben Gruppierungen als Mitglieder geführt werden: Die »Kameradschaften« Köln, Dortmund, Hamm und »Josef Terboven«, die anwme, das »Infoportal Hamm« und die »Autonomen Nationalisten Neuss« (Stand: 1. Juni 2006).

Aktivitäten und Auftreten

Bislang machte das AB-West vor allem durch zahlreiche Aufmärsche von sich reden, wobei die Teilnehmerzahl zwischen 50 und 300 Personen schwankt. Wenngleich man sich als NRW-weite Struktur begreift, zeigte sich an den bisherigen Aktionen eine regionale Beschränktheit. So führte das »AB-West« vor allem Aufmärsche in den Städten seiner Mitgliedsgruppen durch, in Duisburg, Hamm, Dortmund, Essen, Leverkusen, Köln und Wuppertal. In jüngster Zeit versucht man jedoch auch, mit Aktionen wie Aufmärschen am 18. Februar 2006 in Münster und am 26. März 2006 in Gütersloh, auch im Münsterland und in Ostwestfalen-Lippe Präsenz zu zeigen und lokale neonazistische Strukturen wie z.B. die »Kameradschaft Gütersloh« zu unterstützen.

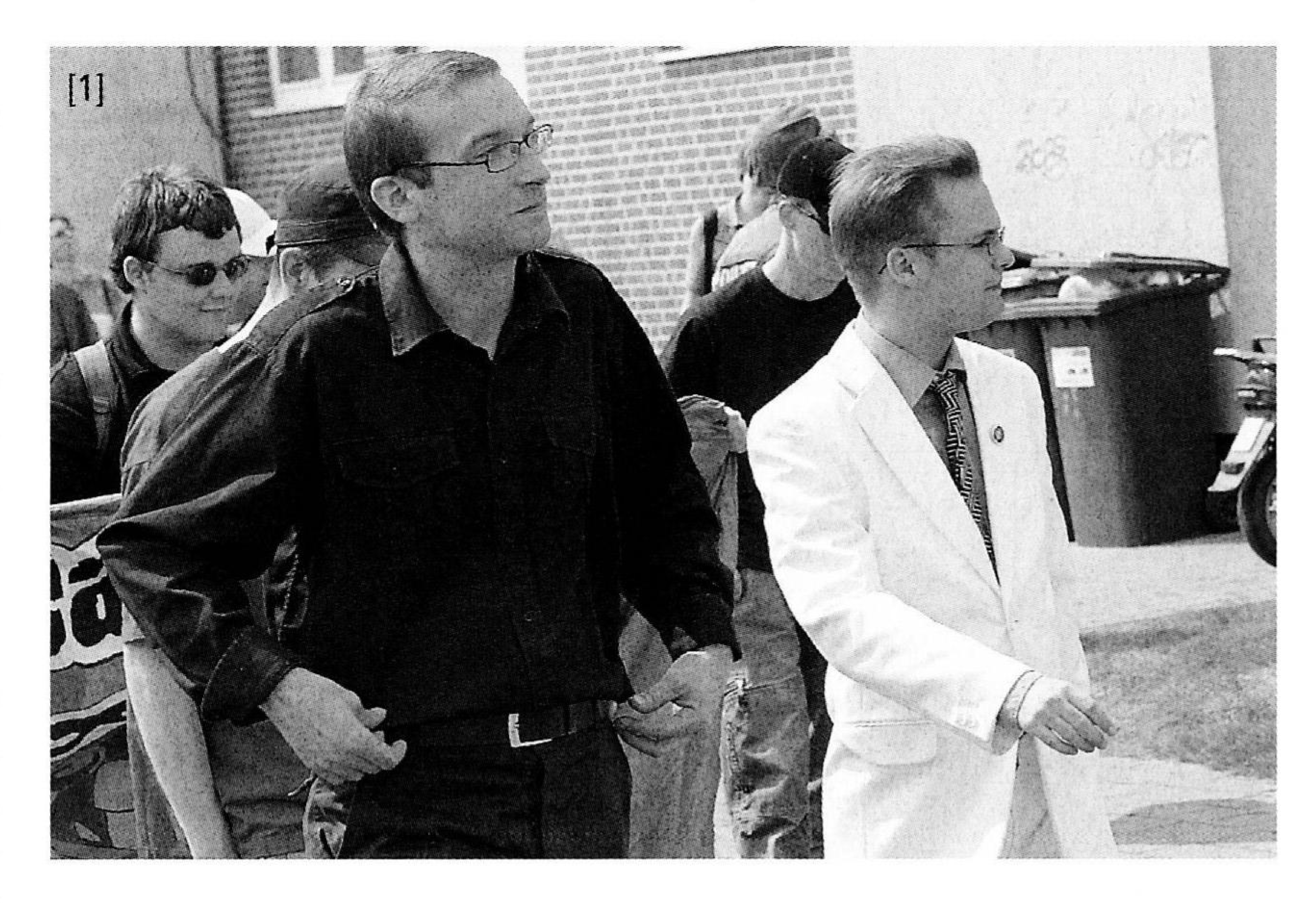
Kennzeichnend für einen Großteil der AB-West-Gruppen ist eine Abkehr von dem in weiten Teilen der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene nach wie vor dominanten Skinhead-Style. Es gehe darum, »alle relevanten Teile der Jugend und der Gesellschaft zu unterwandern und für unsere Zwecke zu instrumentalisieren. Es spielt keine Rolle welche Musik man hört, wie lang man seine Haare trägt oder welche Klamotten man anzieht«, so die anwme. Ideologisch bleibt selbstverständlich alles beim Alten. Bei den a.n.w.r. liest sich das wie folgt: »Fundamentaler Antrieb für unser Handeln ist die gottgegebene Verbundenheit zu unserer Art. Rasse und damit untrennbar verbunden Kultur stellen die tragenden Pfeiler eines Volkes dar. Diese Pfeiler unserer rassisch-kulturellen Geschichte und archetypisch nordischen Lebensweise drohen seit der Christianisierung Europas einzustürzen. Eine Regeneration Europas Mitte des letztens Jahrhunderts, als sich Mitternacht gegen Sinai erhob, scheiterte am 8. Mai 1945. Seither ist gerade in den westlichen Industrienationen eine gravierende Degeneration an Mensch und Kultur zu verzeichnen.«

Die »Autonomen« aus dem AB-West findet man seit einiger Zeit bei ihren Aktionen zumeist schwarz gekleidet in den vorderen Reihen, wo sie noch recht unbeholfen die Konfrontation mit den polizeilichen Einsatzkräften suchen. Einige ihrer »Lautsprecher« wie Giemsch, Deptolla und Pohl betätigen sich zudem als »Anti-Antifa«-Fotografen und versuchen, linke GegendemonstrantInnen abzulichten. Auch an diversen militanten Angriffen der jüngsten Zeit waren »Autonome Nationalisten« beteiligt.

Alle zwei bis drei Monate hält das »Aktionsbüro« interne Treffen ab, bei denen vergangene und zukünftige Aktionen besprochen und Absprachen getroffen werden. Zudem betreiben Aktivisten des »AB-West« eines der zentralen Internetprojekte der bundesweiten neonazistischen Szene. Wie die Hacker der Internetseite »freier-widerstand« erklärten, taten sich als Administratoren drei besonders hervor: »Steffen Pohl aka [xxx] aus Duis-

➔

burg, Dennis Giemsch aka Freiheit aus Dortmund sowie Manuel Bayrl aka riot aus Ettlingen«. Letzterer fehlt ebenfalls bei nahezu keiner Aktion des »AB-West«, zumeist in Ordner-Funktion, hin und wieder auch als Redner. Es darf als sicher gelten, dass er zwischenzeitlich seinen Wohnsitz von Baden-Württemberg nach Dortmund verlegt hat.



[1] Daniel Gräf (vorne links) wird als Vertreter des Neonazis Axel Reitz (rechts) gehandelt.

Begrenzt handlungsfähig

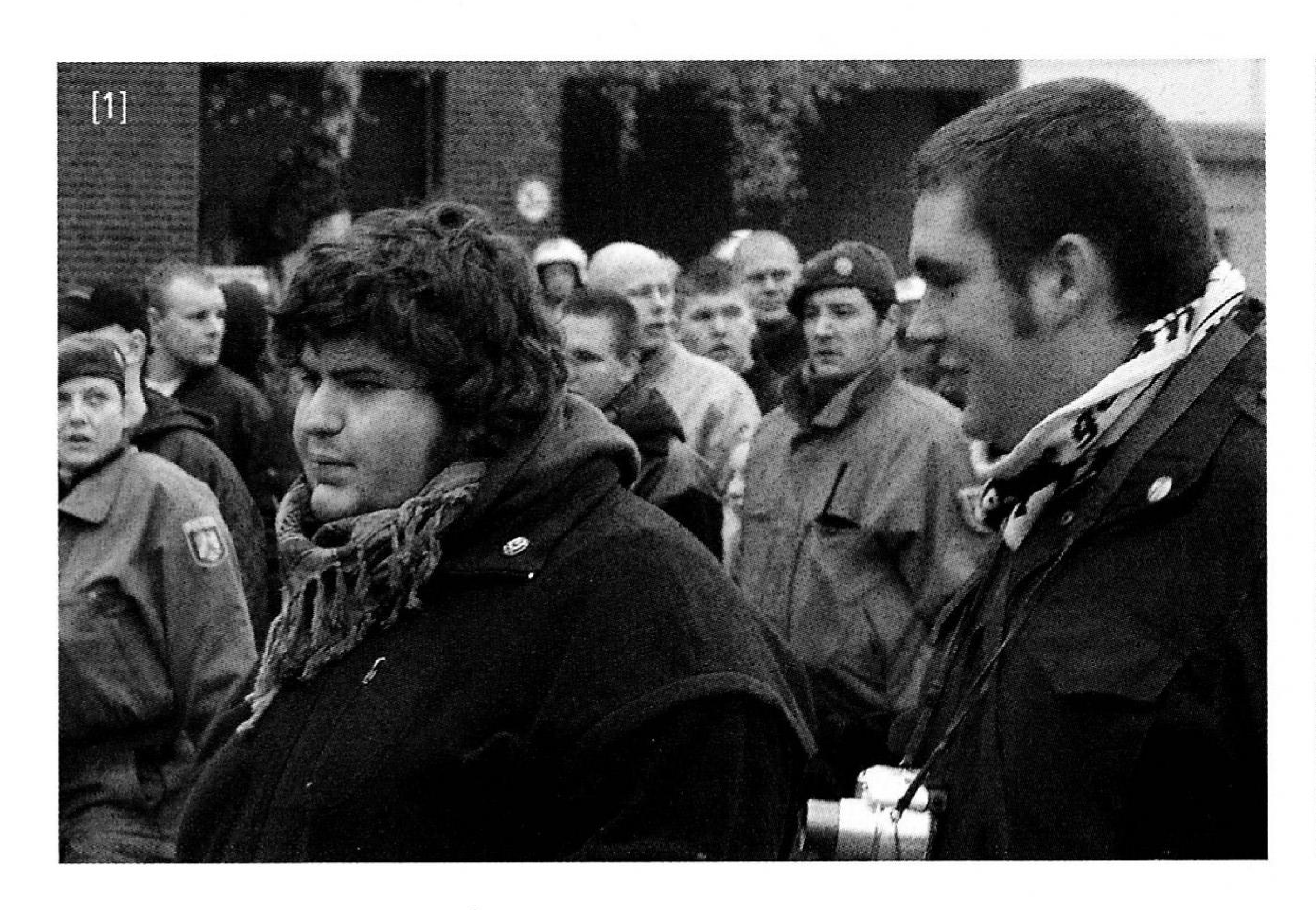
In stärkerem Maße als früher beteiligen sich »Kameraden« aus NRW an bundesweiten Aktionen, so bedankte sich der »Freundeskreis Halbe« »für ihre Anwesenheit [...] Aber auch für ihre finanzielle und persönliche Unterstützung im Rechtskampf für und um Halbe.« Man organisiert gemeinsame Busfahrten wie beispielweise am 8. Mai 2005 nach Berlin und zum Heß-Gedenken nach Wunsiedel. Gute Beziehungen außerhalb von NRW pflegen die »Autonomen Nationalisten« des AB-West zu ihren Berliner »Kameraden« um Sebastian Schmidtke sowie zu den ebenfalls auf dem »Autonomen«-Trip befindlichen »Autonomen Nationalisten München« um Hayo Klettenhofer und den aus Essen zugezogenen Phillip Hasselbach. Auch zur »KS Moselland« um den Trierer Peter 'Knolle' Hallmann hat man gute Verbindungen.

Ihr Ziel, »die Kräfte des freien Widerstands auch in Rheinland-Westfalen bündeln und zu einer aktiven Kampfgemeinschaft formen, in welcher nicht gegen, sondern miteinander gearbeitet wird«, haben die Verantwortlichen bisher aber nicht erreichen können. Zwar lässt sich eine steigende Tendenz von Aufmärschen beobachten, die zur Verfestigung der Szene und einer Steigerung der Attraktivität für neue »Kameraden« dienen können, doch kann das AB-West nicht für die Gesamtheit der Szene sprechen. Zwar stellt man die meisten Aktionen in NRW auf die Beine, doch ist der Einfluss bisher begrenzt auf den Großraum Ruhrgebiet. Der Grund hierfür dürfte vor allem in der Tatsache liegen, das hier mit Ausnahme der »KS Dortmund« um Siegfried Borchardt ausschließlich Gruppen vertreten sind, die sich mehr oder weniger als Verfechter der Idee der »Autonomen Nationalisten« (AN) verstehen. Das Politikverständnis und Auftreten der AN unterscheidet sich von jenem etablierter älterer Gruppen der »Freien«, wie der »Freien Kameradschaft Bielefeld« um Bernd Stehmann, der »Kameradschaft Rhein-Sieg« von Ralph Tegethoff und der »Kameradschaft Düsseldorf« um Sven Skoda. Auch Borchardt geriet bereits das eine oder andere Mal in Konflikt mit den ihm zu ungestümen »Autonomen Nationalisten«, zeigt sich aber angesichts deren zahlreicher Aktivitäten in punkto Demo-Outfit und »black-block«-Gehabe tolerant, so lange seine Macht nicht in Frage gestellt wird. Auf der anderen Seite wurde der schon zu FAP-Zeiten aktive Bonner Stephan Sieben zur Empörung von Reitz und Konsorten durch seinen »Kameradschaftsführer« Ralph Tegethoff aus der Gruppe geworfen, weil er mit Irokesenhaarschnitt und Che-Guevara-T-Shirt zu Aktionen erschien.

Der Zwietracht zwischen jüngeren Möchtegern-Revoluzzern und alteingesessenen Strukturen ist deutlich spürbar. Insbesondere auf Alt-Kader wie Christian Malcoci und auf seinen Zögling Sven Skoda ist man beim »AB-West« nicht immer gut zu sprechen – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich diese beiden als Führungselite der »Freien« in NRW verstehen, eine Rolle, die das »AB-West« jedoch für sich selbst in Anspruch nimmt. Hinzu kommt, dass Malcoci und Skoda zu Recht als Repräsentanten des NPD-nahen Flügels der »Freien Kameradschaften« wahrgenommen werden, zu dem das »AB-West« in einem gespannten Verhältnis steht. Dieses bedeutet aber nicht, dass AB-West-Gruppen Aktionen von Skoda und Malcoci boykottieren. Als am 3. Juni 2006 zirka 270 Neonazis dem Ruf Skodas nach Düsseldorf folgten, um dort wenige Tage vor dem WM-Start unter dem Motto »Das System ist der Fehler!« zu demonstrieren, waren sämtliche AB-West-Gruppen mit ihrem Führungspersonal vor Ort vertreten. Reden durfte indes keiner von ihnen, lediglich Krolzig bekam die Aufgabe übertragen, sich während des Aufmarsches über Mikrophon als Einheizer zu betätigen.

AB-West und NPD

»Das mittelfristige Ziel ist es dem Widerstand im Westen ein stärkeres Profil zu verleihen in klarer Abgrenzung zur NPD, wobei eine punktuelle





[1] »AB West« Führungspersonal: Manuel Bayrl (links) und Jens Bucheli (rechts).

[2] »AB West« Nachwuchsführer Sascha Krolzig.

Zusammenarbeit selbstverständlich nicht ausgeschlossen, sondern erwünscht ist«, hieß es in einer Selbstdarstellung des »Aktionsbüros«. Einerseits gehören die im »Aktionsbüro« organisierten Gruppen zum NPD-skeptischen Worch-Flügel der »Freien Kameradschaften«, andererseits pflegt man eine gute Zusammenarbeit, für die insbesondere der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und Landesgeschäftsführer Claus Cremer aus Bochum-Wattenscheid steht. Cremer, Beauftragter des Landesverbandes für die Kooperation mit den »Freien Nationalisten«, sucht ganz bewusst die Nähe zum AB-West, schließlich ist die Partei in NRW aufgrund ihrer Mobilisierungs- und Personalschwäche auf Unterstützung angewiesen. In einer Neujahrsbotschaft an die Adresse des AB-West erklärte Cremer dann auch im Namen der NPD-NRW, es habe sich 2005 gezeigt, »daß es trotz aller vermeintlichen Unterschiede oftmals möglich ist, gemeinsam an einem Strang zu ziehen«, man müsse versuchen, »diesen Weg auch in Zukunft weiter auszubauen und trotz manch harscher Kritik auf beiden Seiten (manchmal zurecht, manchmal zu unrecht) versuchen, daß Trennende zu überwinden und das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen«. Das »AB-West« konnte sich der Schmeichelei nicht entziehen und bedankte sich artig mit den Worten: »Auf weiterhin gute Zusammenarbeit«. Beim Aufmarsch des »Aktionsbüros« am 27. November 2004 in Duisburg hatte das noch anders geklungen, durfte Schmidtke doch lautstark gegen jede Zusammenarbeit mit der NPD wettern und »Wer hat uns verraten? Nationaldemokraten! Wer verrät uns nie? Die Autonomie!« skandieren.

Indirekt waren zeitweise sogar einige NPD-Verbände Mitglieder des »AB-West«. Sowohl der NPD-Kreisverband Unna/Hamm als auch der NPD-Ortsverband Warendorf gehören dem vorübergehend als AB-West-Mitgliedsgruppierung geführten »Kameradschaftlichen Bündnis Hamm« an.

Ausblick

Interessant dürfte es werden, wie sich das AB-West ohne ihren bisherigen Vorturner Axel Reitz entwickeln wird, tritt dieser doch in Kürze eine 33-monatige Haftstrafe an (vgl. AIB # 70), nachdem seine Berufung vom Bundesgerichtshof endgültig abgelehnt wurde, das Urteil des Landgerichtes Bochum also nunmehr rechtskräftig ist. Es dürfte kein Zufall sein, dass Worch und Reitz seit einiger Zeit einen »neuen« Mann ins Spiel bringen: den Celler KDS'ler Daniel Gräf, der sich in NRW erstmalig im Frühjahr 2005 mit einer Rede auf einem Aufmarsch in Essen profilieren durfte und seitdem bei keiner AB-West-Demo fehlt, zumeist als Redner, in letzter Zeit auch als Versammlungsleiter. Erst kürzlich verlegte er seinen Wohnsitz nach Wuppertal. Doch ebenso wie in der Celler Region ist Gräf auch in NRW nicht unumstritten – insbesondere bei einem Teil der »Autonomen Nationalisten«. Der Möchtegern-Intellektuelle gilt nicht zu Unrecht als arrogant und Wichtigtuer. Zudem steht er im Verdacht, in jungen Jahren zeitweise »ausgestiegen« zu sein und Szene-Informationen an die Linke weitergegeben zu haben (ausführlicher Artikel über Gräf in: LOTTA #23, Sommer 2006, S. 29).

Vor dem Hintergrund vorhandener Meinungsverschiedenheiten und der zahlreichen persönlichen Eitelkeiten innerhalb des AB-West ist es also fraglich, ob es gelingen wird, »alte Streiterein, persönliche Befindlichkeiten dem großen und Ganzen unterzuordnen, um in das Blickfeld des Widerstandes nicht mehr die einzelnen Streitereien und Kleinkriege einzelner Führer und Gruppen zu rücken«, wie in einer Erklärung des AB-West heißt. ■

Dieser Artikel ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Artikels aus LOTTA antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 22. S. 27 ff.

www.free.de/lotta



Zwischen »Latschdemos« und »Schwarzem Block«

Schon mehrfach berichtete das AIB über die Bedeutung von Demonstrationen für die neonazistische Erlebniswelt (vgl. AIB # 64). In den vergangenen zwei Jahren kam es zunehmend zu szeneinternen Auseinandersetzungen über den Charakter von Neonazi-Demonstrationen. Während einige Demonstrationen als Form der politischen Kommunikation mit »normalen« Bürgern begreifen, sehen andere in ihnen den Ort um die Konfrontation mit AntifaschistInnen und der Polizei zu suchen. Gerade bei der Frage der Gewalt kochen die Emotionen zwischen den verschiedenen Flügeln hoch, wenn durch antifaschistisches Engagement Neonazi-Aufmärsche gestoppt oder verhindert werden. Eng verbunden ist dieser Konflikt mit der Strömung der »Autonomen Nationalisten« und deren Wunsch nach einem militanten »Black Block« auf Neonazi-Demonstrationen (Vgl. AIB # 69), da gerade diese Personenzusammenschlüsse ein gewalttätiges Auftreten bei Demonstrationen propagieren.

Beispiel Berlin

Berlin im August 2005: Rund 700 Neonazis haben sich zu einer Demonstration unter dem Motto »Meinungsfreiheit für Alle – Paragraph 130 abschaffen!« zusammengefunden. Kurz zuvor war der Neonaziaufmarsch zum Gedenken an den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess in Wunsiedel verboten worden. Doch weder das Gedenken an Rudolf Hess, noch die Forderung nach Meinungsfreiheit prägt das Auftreten des »Berliner Blocks« auf der Demonstration. Der Großteil der Berliner Demonstranten scheint primär an körperlichen Auseinandersetzungen mit



AntifaschistInnen und der Polizei interessiert. Dementsprechend auch die Parolen in Richtung der AntifaschistInnen: »Haut sie, haut sie, haut sie auf die Schnauze«, »Auf die Fresse, auf die Fresse« und »Schläge für alle und zwar umsonst«. Obwohl der Neonazi-Redner Lutz Giesen mehrfach zur Disziplin aufruft, wird erfolglos versucht, zu linken Gegendemonstranten durchzubrechen. Die Reden über »Rudolf Hess« und den »Paragraphen 130« stoßen auf wenig Interesse. Stattdessen tönen weiterhin Gewaltfantasien gegen Links aus dem Berliner Block: »Gegen linkes Gezeter, 9 Millimeter«, »Schnabeltasse wunderbar, kommt zur Jugend Antifa« und »Wenn wir wollen schlagen wir euch tot«. Selbst der Demonstrationsanmelder Sebastian Schmidtke kann sich nur noch schwer zusammenreißen und ist selbst an Ausbruchsversuchen in Richtung Gegendemonstranten beteiligt. Der Berliner Neonazi-Kader René Bethage versucht daher mittels Megaphon den Berliner Block zu einem vernünftigen Demonstrations-Auftreten zu bewegen. Doch seine Anweisungen werden ignoriert und der Berliner Block steigert sich in immer offenere Agressivität hinein. Die wenigen Bürger nehmen letztendlich nur noch eine Horde halbvermummter Jugendlicher wahr, die ihnen Parolen wie »Bordsteinfressen nur für Zecken« entgegenruft.

»Black Block« ?

Ein geschlossenes, gewalttätiges Auftreten vermummter Demonstranten auf Neonazi-Aufmärschen ist seit dem (gescheiterten) NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2004 in Berlin als Wunschbild in Teilen der Neonazi-Szene präsent. Auch wenn in diesem Fall der Durchbruchsversuch nach einigen Metern wieder zum Stehen kam, galt das militante Auftreten innerhalb der Szene zumindest als Teilerfolg.

Kurz darauf veröffentlichte das neonazistische Aktionsbündnis Mittelhessen ein Konzeptpapier für einen »nationalen schwarzen Block«. Dieser soll sich demnach auf Neonazi-Demonstrationen formieren, um eigenständig, offensiv und entschlossen gegen »Willkür« vorzugehen, das heißt, um gemeinsam Polizeiketten zu durchbrechen.[1] Selbst der Hamburger Neonazi-Kader Christian Worch, welcher seit Jahren zahlreiche Demonstrationen organisiert, äußerte Verständnis für die »Autonomen Nationalisten« und deren militantes Auftreten. Diese agierten seiner Meinung nach lediglich etwas radikaler und entschlossener als die Masse der Demonstranten, blieben dabei jedoch noch immer innerhalb des Rahmens der herrschenden Gesetze. Für Worch stand daher fest: »Wir reden hier also nicht von einer juristischen Gefährdung unserer Demonstrationen durch Gewaltbereitschaft oder gar konkrete Gewalttaten, sondern vornehmlich über eine Stilfrage.«[2]

Eben diese Stilfrage in Form des Auftreten bei Demonstrationen thematisierte das neonazistische Aktionsbüro Süddeutschland aus München in einer Stellungnahme zum Thema »Autonome Nationalisten«. Die einzige mögliche politische Botschaft, der einzige Inhalt der »Autonomen Nationalisten« ließe sich demnach auf hooliganhaftes Verhalten – die pure Gewaltanwendung gegen Personen oder Sachen – reduzieren.[3]

Die »Autonomen Nationalisten« würden demnach bei Demonstrationen glauben, für Deutschland kämpfen zu können, indem sie sich in Hooliganmanier auf den vermeintlichen Feind stürzen. Sie seien dabei nicht mehr in der Lage, politische Inhalte an die eigentliche Zielgruppe – das deutsche Volk – zu transportieren und würden nicht den notwendigen »Identifikationsfaktor« bei der Bevölkerung für sich verbuchen können, so die Kritik. Adressat sei nur noch die Antifa und die Botschaft würde sich allein auf Gewalt beschränken. Ähnlich sehen es auch andere neonazistische Führungskader. Der westdeutsche Neonazi-Führer Lars Käppler rief zwar anläßlich einer NPD-Wahlkampfaktion seine Anhänger auf, »dem linken Verbrecherpack die Stirn zu bieten«, stellte jedoch klar: » (...) nicht nur das ist unser Anliegen, vor allem und in erster Linie geht es uns darum, die Deutschen zu erreichen, die es noch sein wollen«[4]

Thomas Wulff aus Norddeutschland stellte anläßlich einer gestoppten NPD-Demonstration in Richtung der Militanzbefürworter klar: »Die Kund- →

1| Broschüre »Schwarzer Block – Eine notwendige Klarstellung« des Aktionsbündnis Mittelhessen, 6. Mai 2004.
2| Stellungnahme »Über freien und autonomen Nationalismus« von Christian Worch, 25. Januar 2005.
3| Stellungnahme zum Thema »Autonome Nationalisten« des Aktionsbüro Süddeutschland, Sommer 2005.
4| Aufruf für eine Kundgebung in Heilbronn von Lars Käppler, 1. Februar 2006.





diese mittelmäßige Demonstrations-Auseinandersetzung in pathetischen Worten als kriegsähnliche Situation dargestellt: »(...) wenn dir die Tränen vom Reiz ihres Gases ins Gesicht strömen, wenn sie dich zu Boden prügeln und auf dich eintreten, wenn sich dein Blut mit dem von Tausenden gefallenen Soldaten im Boden vermischt, dann befindest du dich in Halbe.« Intern löste der Polizeieinsatz eine Diskussion über Militanz auf Demonstrationen bis in die Führungsebene der Kameradschafts-Szene aus. Der Demonstrations-Organisator Christan Worch erklärte das erfolglose militante Vorgehen der Demonstranten rein rational und nüchtern als aussichtslos: »(...) man kann auch mit zweitausend Mann nicht eine fünffach gestaffelte Polizeikette hinter Sperrgittern wegdrängen; das ist einfach physisch unmöglich« und kommt zu dem Schluss: »Also bleibt nur der Rechtsweg.«[7]

In einer folgenden Stellungnahme gibt man sich mit einer juristischen Auseinandersetzung nicht zufrieden. Halbe soll als Ausgangspunkt einer zunehmenden Radikalisierung dienen: »Aber wer die Bedingungen und Reaktionen am Beispiel Halbe studiert, wird zu dem Ergebnis kommen müssen, dass dem Frieden und der Rechtssicherheit im Lande auf diese Weise kein Dienst erwiesen worden sein dürfte (...) Man führt die Menschen auf einen Weg, der Gewalt bedenklich näher, und schreit entsetzt auf, wenn absehbare Folgen eintreten sollten«[8] Als Antwort auf diese Position kursiert innerhalb der Neonazi-Szene eine Antwort aus dem Umfeld des neonazistischen »Freundeskreis Halbe« als weit verbreitete Rundmail. In dieser erklärt der Autor ganz offen: »Aber diesen Standpunkt den ich öffentlich vertrete deckt nicht das was ich denke«. Warum diese Person aus dem Organisatoren-Umfeldes des Halbe-Aufmarsches öffentlich etwas anderes zum Thema Militanz auf De-

→ gebungen der auf parlamentarischer Ebene kämpfenden Organisationen werden auch zukünftig immer im Rahmen der gegebenen Möglichen durchgeführt werden. Wer anderes erwartet oder propagiert, wird sich zusätzliche Spielfelder schaffen müssen«[5]

Praxistest Halbe

Nahezu traumatisch für zahlreiche Neonazis muss der gescheiterte Durchbruchversuch bei dem Neonaziaufmarsch im vergangenen Herbst in Halbe gewesen sein. (Vgl. AIB # 70) Neonazis hatten mehrfach versucht, die polizeilichen Trennlinien zu durchbrechen. Hierbei wurden unter den Parolen »Die Straße frei der deutschen Jugend!« und »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« gegen die eingesetzten Polizisten Flaschen geworfen; es kam zu gezielten Tritten, Faustschlägen und Anrempelungen. Zudem wurden durch Neonazi-Demonstranten Reizstoffsprühgeräte gezielt gegen Polizisten eingesetzt und eine Beamtin durch Schläge mit einer Fahnenstange verletzt. Daraufhin gingen einzelne Polizeikräfte mit Pfefferspray gegen die gewalttätigen Demonstranten vor und stoppten die Durchbruchsversuche.[6]

Einige Neonazis waren nach dem Praxistest ihrer theoretischen Demonstrations-Militanz-Diskussionen tief erschüttert. In einem Bericht wurde

5| »Erklärung des Versammlungsleiters der JN-Kundgebung am 8. Mai 2005 in Berlin« von Thomas Wulff, 10. Mai 2005. Fehler im Original.
6| Vgl. Landtag Brandenburg Drucksache 4/2324 – 4.Wahlperiode.
7| Stellungnahme »Halbe – wie geht es weiter?« von Christian Worch, 16. November 2005.
8| Stellungnahme »Gedanken zum Begriff Gewalt – Beispiel Halbe«, November 2005.
9| HK steht für Hakenkreuz. Fehler im Original.

monstrationen vertritt als sie denkt, wird kurz darauf deutlich: »(...)Ein Durchbruchsversuch muss von einer geschlossenen Gruppe ausgehen und nicht von einzelnen (...) Ich bin der erste der sagen würde wenn 200 Leute dastehen würden und die entschlossen wären (...) der das Signal zum Angriff geben würde wenn Du willst sogar mit der HK-Fahen in der Hand«[9] Doch später schließt sich der Autor der Position von Worch an und kommt zu dem Schluss: »Ein Durchbruch sollte auch von Erfolg sein. Und hier muss man eiskalt militärisch gesehen abwegen. Verheize ich meine Leute oder nicht. Die erste Sperre wäre vielleicht überwunden worden an der zweiten wäre man gescheitert (...)« Anschließend wird militantem Agieren auf Demonstrationen perspektivisch eine Abfuhr erteilt: »Zum anderen kommt hinzu das die Bewegung zukünftig sich jede Demonstration abschminken kann wenn Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Demonstrationen zum Tagesgeschäft wird. (...) Und es würde da ein Schaden für unsere Bewegung entstehen wenn uns die Möglichkeit genommen wird öffentlich auf der Straße auf unsere Ziele hinzuweisen.«



Fazit

Zu einem geschlossenen, militanten Vorgehen durch eine breite Masse neonazistischer Demonstrations-Teilnehmer auf Aufmärschen ist die Neonazi-Szene im Moment weder willens noch in der Lage. Die meisten Neonazi-Führungskader stehen aus politischen Überlegungen einem durchgehend militanten Auftreten bei Demonstrationen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Für ein entschiedenes Vorgehen gegen die ersten Versuche, einen »nationalen Schwarzen Block« auf Nazi-Aufmärschen zu bilden, sind die meisten Neonazi-Demonstrations-Organisatoren jedoch auch noch nicht bereit. Zum einem erhoffen sie sich so Vorteile bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber der Polizei, wenn diese wegen antifaschistischen Blockaden Aufmärsche nicht loslaufen lässt. Zum anderen bilden die kurzen »Actioneinlagen« mittlerweile ein entscheidendes Mobilisierungspotential. Gerade jugendliche Neonazis und vor allem die Anhänger der »Autonomen Nationalisten« haben durch die Häufigkeit und die mittlerweile hohe Anzahl von Neonazi-Demonstrationen das Interesse an diesen verloren. Langweilige »Latschdemos« mit den immer gleichen Reden üben für sie kaum noch einen Reiz aus, da ihnen subjektive Erfolgserlebnisse wichtiger als politische Inhalte sind. Die »Autonomen Nationalisten« bieten durch das propagierte Kräftemessen mit Polizei und AntifaschistInnen jedoch wieder einen spürbaren Eventcharakter bei Demonstrationen. Der »Black Block« ist somit in manchen Regionen zu einem Teil der jugendlich-neonazistischen Erlebniswelt geworden. Während die NPD aufgrund ihres legalen Status dieses Bedürfnis kaum befriedigen kann, steht für Christian Worch und die »Freien Kameradschaften« trotz aller Kritik die Akzeptanz einer »militanten Minderheit«[10] auf Demonstrationen als mögliche Option im Raum. So sieht Worch mindestens teilweise nachvollziehbare Gründe für das Bedürfnis nach einem »Schwarzen Block«, die nüchtern analysiert werden müssten.[11] Die spannende Frage bleibt jedoch, was folgt, wenn auch die ständig scheiternden Durchbruchversuche des »nationalen schwarzen Blocks« keinen Funfaktor und kein subjektives Erfolgserlebnis mehr bieten. ■

10| So Christian Worch in einer Stellungnahme zu einer Demonstration in Magedeburg, 15./16. Januar 2005.

11| Stellungnahme »Über freien und autonomen Nationalismus« von Christian Worch, 25. Januar 2005.

Musterbeispiel Weitlingkiez

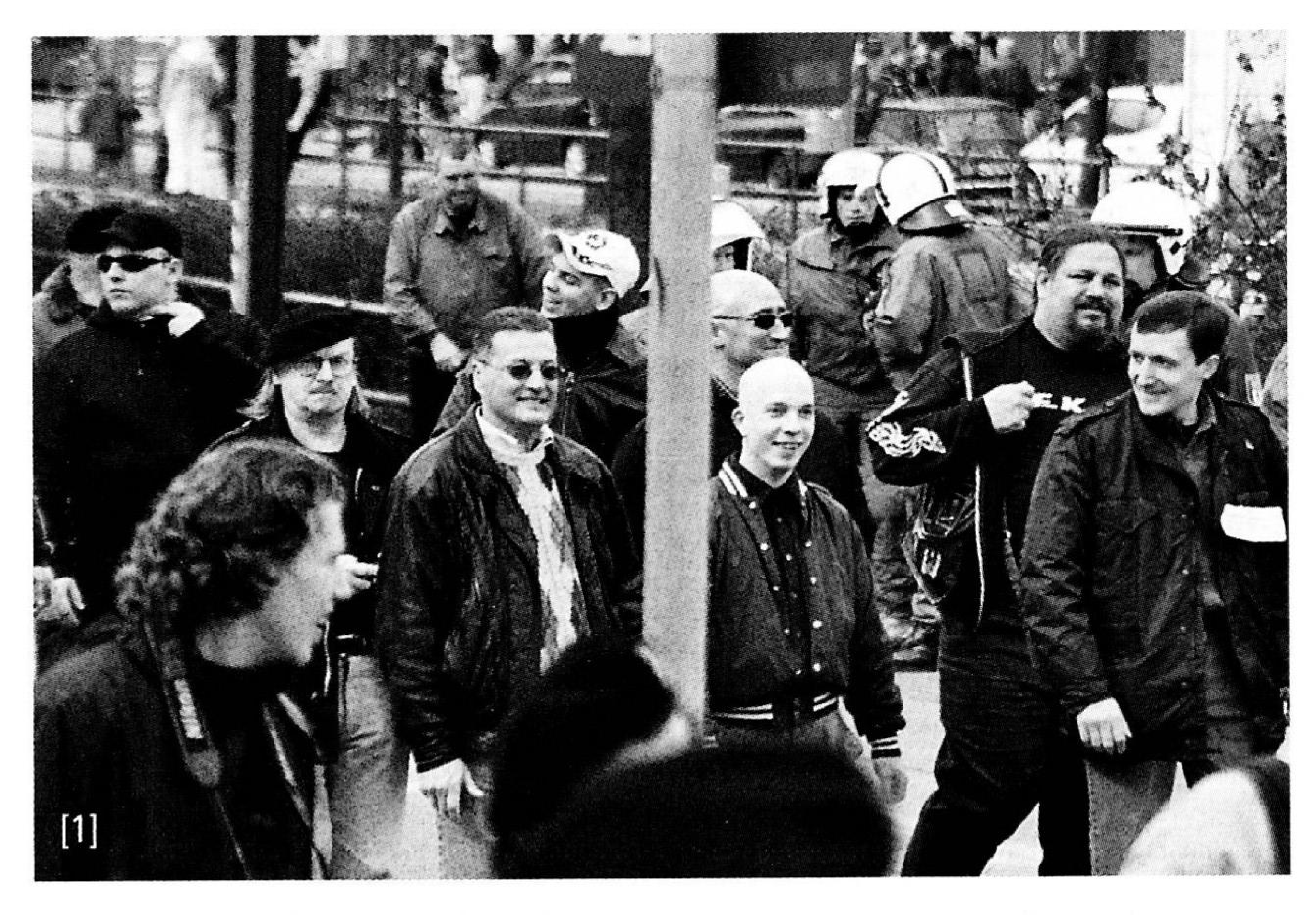
Rechte Alltagskultur mitten in Berlin

Giyasettin Sayan fährt am Freitag, dem 19. Mai dieses Jahres mit seinem Auto nach Hause zu seiner Wohnung im Berliner Bezirk Lichtenberg. Nach dem Aussteigen wird er nach eigenen Angaben von zwei Männern angegriffen und als »Scheiss Türke« beschimpft. Anschliessend schlagen die Angreifer dem Politiker mit einer Flasche auf den Kopf und flüchten unerkannt. Sayan erleidet ein Schädel-Hirn-Trauma und muss stationär behandelt werden. In den Medien entbrennt daraufhin eine Diskussion um den Kiez hinter dem Bahnhof Lichtenberg. Handelt es sich hier um eine sogenannte »No-Go-Area« oder gar um eine »National befreite Zone«?

Ein Kamerateam des Lokalsenders RBB will dieser Frage nachgehen und unternimmt einen Selbstversuch. Der teilweise grotesk anmutende Beitrag wird dabei zu einer für sich sprechenden Realitätsbeschreibung, die sicherlich auf viele Regionen Deutschlands zutrifft. Am Anfang der fünfminütigen Dokumentation stoßen die Reporter gleich auf mehrere Neonazis, die im Weitlingkiez ihren Alltag verbringen. Dem Team schlägt dabei sofort Aggresivität und unverblümte Propaganda entgegen. Auf die Frage, was er denn von dem an Vortag verübten Anschlag auf den Linkspartei Politiker Sayan halten würde, antwortet einer der Neonazis vor laufender Kamera: »[..] Es war ein Hilfeschrei des erwachenden deutschen Volkes!« Nachdem die Reporter auf weitere Neonazis treffen, kommen ein paar Anwohner zu Wort. Sie sehen kein Problem mit Neonazis in ihrem Kiez und verweisen als Beleg auf eine Vielzahl ausländischer Geschäfte. Die Geschäftsinhaberin eines solchen berichtet dann aber von einer Vielzahl an Bedrohungen und Pöbeleien. Weiter die Straße runter befindet sich ein Sozialdiakonisches Ausbildungswerk in dem offensichtlich einige der rechtsradikalen Jugendlichen vom Anfang des Beitrages arbeiten. Ein Verantwortlicher dieser Einrichtung antwortet auf Nachfrage über seine rechte Klientel: »Wir haben keine Probleme mit rechten Jugendlichen [...] Wir haben Jugendliche die denken so, wie sie die Gesellschaft erleben [...] und sicherlich nicht so, wie die Politiker es gerne hätten.« Nach weiteren rassistischen Pöbeleien innerhalb der Ausbildungswerkstatt wird die Bezirksbürgermeisterin in der Weitlingstraße interviewt. Während des Gesprächs sammeln sich vermummte Kameradschaftsnazis um die Bezirksbürgermeisterin und schiessen Fotos. Unter ihnen Nicole Stenzel und Christian Bentz aus den Reihen der verbotenen Kameradschaft Tor. Noch während dieses Zwischenfalls kommt der Neonazi Peter Töpfer mit einem Fahrrad angefahren und bedroht die Bürgermeisterin. Bevor das Interview endet, wird es noch »unheimlicher«: Am Straßenrand hält Detlef Mirek, der Wirt der Kneipe »Kiste« mit seinem Kleinlaster und bittet den Reporter einzusteigen. Auf der Fahrt hagelt es ausländerfeindliche Parolen und der Reporter steigt zum Ende des Beitrages sichtlich schockiert aus.

Auch wenn dieser Beitrag extrem überladen anmutet, so spiegelt er doch sehr präzise den Alltag dieses Stadtteils wieder. Stadtteile wie der Weitlingkiez stellen sicher auch keine einmaligen Besonderheiten in Deutschland dar. Doch das besondere am Weitlingkiez ist die genaue Nachvollziehbarkeit der Ursachen. Es ist die Mischung aus ignoranter Wohnbevölkerung, rechter Jugendkultur und organisierten Neonazis, die dieses Viertel zum Angstraum macht.

Von Seiten der Neonaziszene hatte man dieses Quartier zunächst nur als Rückzugsraum auserkoren und diverse Kader verlegten ihre Wohnungen in die Weitlingstraße oder die direkte Umgebung. Nach einiger Zeit konnten sich auch mehrere Neonazi-Wohngemeinschaften etablieren und organisierte Neonazis bestimmten immer mehr das Straßenbild. Vor allem Aktivisten der Kameradschaft Tor siedelten in diese Region um und stiessen auf scheinbar ideale Bedingungen. Nicht nur, dass im Kiez bereits viele ihrer Kameraden wohnten und es bisher kaum antifaschistische Gegenwehr in der Gegend gab, vor allem die Aufgeschlossenheit einiger Gewerbetreibender liessen sie immer heimischer in der Weitlingstraße werden. Besonders hervor in punkto Gastlichkeit tat sich Detlev Mirek, der Wirt der Kneipe »Kiste«. Die Kneipe, in der



[1] Mit Bart (2. v.r.) Detlef Mirek: Gewerbetreibender in der Weitlingstrasse und rassistischer Gewalttäter. Hier auf einer NPD-Demonstration in Pankow.

eine Reichsschankverordnung hängt und deren Wirt mit rechten Aufnähern auf seiner Möchtegern-Rockerkutte rumläuft, bot den Neonazis von Anfang an einen Treffpunkt und Rückzugsraum. Mirek selbst ist Begründer der Kampagne »Fresst keine Döner«. T-Shirts mit dem Kampagnenmotto verkaufte er auch auf einem Weitlingstraßenfest, dessen Mitorganisator er war. Da verwundert es nur wenig, dass er auch wiederholt an rechten Demonstrationen teilnahm. Zudem wurde Mirek kürzlich, wegen einer fremdenfeindlichen Gewalttat, zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten verurteilt. Wenn in der Kiste einmal zu viel »normales« Trinkerpublikum anwesend ist, bevorzugen die Neonazis im Weitlingkiez die Kneipe Piccolo als Treffpunkt. In der Szenekneipe, die direkt hinter dem Bahnhof Lichtenberg liegt, sind sie unter sich und können ungestört ihre Dominanz im Kiez ausbauen. Des öfteren fungierte der kleine Laden als Sammelpunkt vor und nach Angriffen auf antifaschistische Veranstaltungen. Doch ganz ohne Gegenwind konnte sich die Kameradschft Tor im Kiez nicht ausbreiten. Gegenwind kam vor allem von einer weiteren im Kiez beheimateten Kameradschaft. Die Kameradschaft Spreewacht (KSW) ist eine klassische Skinheadkameradschaft und besteht vorwiegend aus älteren Mitgliedern. Ihr Aktivitätsfeld ist vor allem der Rechtsrock und in ihrem Clubhaus in der benachbarten Wönnichstraße 1 finden Partys und Trinkgelage statt. Ein hier geplantes Rechtsrockkonzert wurde im April durch die Polizei verhindert. Die KSW liegt im Streit mit der KS Tor, da man sich nicht über die Frage wer wichtiger für die Nationale Bewegung war – Adolf Hitler oder Ian Stuart – einigen konnte. Zwischen den Kameradschaften kam es dabei auch schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber dennoch scheint im Kiez genug Platz für Beide zu sein. Die rechte Subkultur im Bezirk wird durch den Laden Ostzone bedient, an den sich auch ein Tattoostudio angliedert. Neben Tatoos gibt es hier rechte Lifestyleartikel und Klamotten zu kaufen. Der den Hells Angels nahestehende Laden ist dabei ein klassischer Mischszenen-Laden, der nicht direkt der Neonaziszene zugeordnet werden kann. Es sind aber nicht nur die Wohnungen und die Infrastruktur der Neonazis, die diesen Kiez zu einem der bevorzugten Rückzugsgebiete in Berlin machen, sondern auch das totale versagen jeglicher Form von Zivilgesellschaft im Kiez selber. Auf dem Straßenfest in der Weitlingstraße hat sich niemand an Flugblättern und am Infotisch der NPD oder den rassistischen »Fresst keine Döner« Shirts gestört. Auch hier werden die Zusammenhänge eindeutig, wenn man etwas hinter die Kulissen schaut. Das Fest wurde vom lokalen Gewerbetreibenden-Stammtisch organisiert und durchgeführt; exponiertes Mitglied und Mitorganisator des Festes ist Detlef Mirek. Später am Abend tauchte dann auch noch die Kameradschaft Tor auf dem Fest auf und lieferte sich promp eine Auseinandersetzung mit der Polizei, infolgederen einige Mitglieder festgenommen wurden. Viele Anwohner sehen da schon eher ein Gefahr in asiatischen Imbissen und Läden, die sich im Kiez breitmachen würden. Neonazis gehören bereits soweit zum Alltag, dass sie scheinbar als »normale« Jugendliche wahrgenommen werden und nicht weiter stören. In der »Hirnholz Werkstatt« des Diakonischen Ausbildungswerkes werden diese Jugendlichen ausgebildet und scheinbar als Querdenker wahrgenommen (siehe oben). Im Sportjugendclub des Sozialarbeiters Peter Steger schließlich, werden Mitglieder der Kameradschaft Tor in Kampfsport unterrichtet – als soziales Projekt versteht sich. In dem vom Berliner Senat geförderten Projekt können sich die Neonazis austoben und es werden Freizeiten und Fahrten organisiert, angesichts der hier herrschenden Zustände jedoch offensichtlich ohne Erfolg. Dieses ist somit eines der wenigen verbliebenen Projekte, welches den pädagogisch lange gescheiterten Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit mit Neonazis verfolgt.

Die Weitlingstraße hat sich so innerhalb weniger Jahre vom rechten Problemkiez in eine regelrechte neonazistische Erlebniswelt verwandelt, in der hauptsächlich organisierte Strukturen den Ton angeben. Solange es keine wirkliche Gegenbewegung aus der – zum Teil migrantisch geprägten – Wohnbevölkerung gibt, wird es schwer werden, diese rechte Hegemonie zu durchbrechen. ■

Bereits die neonazistische »Nationale Alternative« (NA), die am 1. Februar 1990 von Neonazis aus der DDR in Ost-Berlin gegründet wurde, hatte ihren Schwerpunkt im Weitlingstrassen-Kiez. Sie besetzte ein Haus in der Türrschmidtstrasse 17 als Parteibüro. Da dieses Haus jedoch unter Denkmalschutz stand, bot die kommunale Wohnungsverwaltung den Neonazis diverse Austauschobjekte an. Diese entschieden sich für das Haus Weitlingstraße 122, welches mit tatkräftiger Unterstützung von westdeutschen und österreichischen Neonazis zur Zentrale ausgebaut wurde. Hierfür wurde ein eigener lokalpolitisch ausgerichteter Verein namens WOSAN (»Initiative für Wohnraumsanierung«) gegründet, welcher am 20. April 1990 als offizieller Verhandlungspartner einen Vertrag mit der lokalen Wohnungsverwaltung abschloss: Keine Mietansprüche seitens der Wohnungsverwaltung und die Option auf ein späteres Dauermietverhältnis für die Neonazis. Dank dieser optimalen Bedingungen in Lichtenberg werden kurz darauf auch die Häuser in der Weitlingstrasse 117 und 119 von Neonazis bewohnt. Erst nach einer breiten antifaschistischen Mobilisierungen gegen das Neonazi-Zentrum bekommt die Wohnungsbaugesellschaft langsam kalte Füsse und strebt die Räumung der Weitlingstrasse an. Die Neonazis bekamen als Gegenleistung für die Räumung dezentrale Wohnungen im Kiez angeboten.



Neonazis in Wunsiedel

Erst neulich ist Wunsiedel aus berufenem Munde großartig gelobt worden: Niemand geringerer als das bürgerliche Antifa-Sturmgeschütz Heribert Prantl selbst verortet beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement in der oberfränkischen 11.000-Einwohner-Stadt. Er schreibt am 5.Mai 2006 in den viel gelesenen Wochenendteil der Süddeutschen Zeitung: »Der Aufstand der Anständigen: Man findet ihn, zum Beispiel, in Wunsiedel, wo mit der Initiative ‚Wunsiedel ist bunt' und einem ‚Fest der Demokratie' der öffentliche Raum besetzt und die alljährlichen Neonazi-Umzüge zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß vertrieben werden.« Dass der SZ-Groß-Feuermelder natürlich bei seiner gesamtdeutschen Lageeinschätzung nicht allzu genau hinschauen kann, sei ihm verziehen. Und dass die engagierten WunsiedlerInnen aus dem genannten Bündnis tatsächlich Beachtliches geschafft haben, soll auch gar nicht geleugnet werden.

Friedrich C. Burschel

Aber dass sich jenseits des Heß-Gedenkmarsches unterdessen eine rührige Neonazi-Szene in der »Festivalstadt« Wunsiedel etabliert hat, erfährt man in aller Ausführlichkeit allenfalls vom »antifaschistischen recherche team – nordbayern« (art-nb), das seit einiger Zeit unermüdlich auf die Entstehung einer oberfränkischen Neonazi-Hochburg hinweist – und damit weitgehend ignoriert wird. Mehr noch: die »Mitte« der Wunsiedeler Stadtgesellschaft reagiert auf die Überbringer der Nachricht aggressiv ungnädig und auf die Nachricht selbst mit denselben sattsam bekannten Ausflüchten und Ab-



[1] Treffpunkt der Neonaziszene in Wunsiedel: Die Kneipe »Lokalbahn«.

wiegeleien, die seit der Wiedervereinigung im Lande ebenso zum kommunalen Gemeingut gehören wie die Entstehung zusehends selbstbewusster Neonazi-Kameradschaften. Lokalmedien, Polizei, Verwaltung und Politik schließen einfach die Augen und hoffen, die Realität dadurch unsichtbar zu machen.

Heribert Prantl konnte zum Beispiel nicht wissen, dass es an jenem viel gepriesenen »Tag der Demokratie« zu einem schweren Angriff von in Wunsiedel abgewiesenen Neonazis auf ein paar Jugendliche im Nachbarort gekommen ist, der bis heute offenbar keinerlei Konsequenzen hatte. Bine, eine 18jährige Wunsiedeler Fachoberschülerin, (Name geändert) berichtet: »Die Neonazis durften nicht marschieren. Abends waren Bekannte von mir in Tröstau. Da ist ein Jugendraum, in der direkten Umgebung gibt es nur einen Nachbarn, die Bewohner des Pfarrhauses, doch die waren, soweit ich weiß, an diesem Abend nicht da. Die Jugendlichen waren zu fünft dort oben. Sie feierten etwas. In der Feuerstelle hatten sie ein Feuer gemacht. Abends sahen sie Leute hochkommen (der Jugendraum liegt auf einem Hügel). Schon bald merkten sie, dass es sich bei den Leuten um Nazis handelte. Drei der fünf rannten weg. Plötzlich standen zwischen 20 und 30 Nazis oben am Jugendraum. Sie schlugen mit Bänken, Holzlatten und glühenden Holzscheiten auf die beiden ein. Eines der Opfer war selbst kein Deutscher, sondern Spätaussiedler. Die anderen drei, die weggelaufen waren, trafen weiter unten auf weitere Neonazis, ungefähr 20. Bei diesen war ein Mädchen dabei, das ihnen allen noch von früher bekannt war. Es stellte sich im Nachhinein heraus, dass die Neonazis, die oben am Jugendraum für Aufruhr gesorgt hatten, aus Thüringen kamen und nicht nach Wunsiedel reingelassen wurden. So ließen sie Ihre Wut an Jugendlichen aus. Bei einem der Verletzten, ihm wurde mit brennendem Holz ins Gesicht geschlagen, sind die Narben noch heute zu sehen. Die Fünf meldeten sich umgehend bei der Polizei, allerdings wurden Sie abgewimmelt und es kam meines Wissens bis heute zu keinem Verfahren gegen die Neonazis.«

Das bestreitet der stellvertretende Leiter der Polizeiinspektion Wunsiedel, Klaus Bernhardt. Er sei selbst bei einem Einsatz und der Festnahme einiger Verdächtiger in Tröstau dabei gewesen. Bleibt die Frage, weshalb die Jugendlichen den Eindruck haben, das von ihnen erlittene Unrecht, die Gewalt bleibe ungesühnt. Offenbar wird hier entweder gar nicht oder nur schleppend ermittelt, jedenfalls sind die Geschädigten bis heute wohl nicht als Zeugen vernommen worden. Vielleicht ist das ganze aber auch schon wegen »Geringfügigkeit« eingestellt. Angesprochen auf die Klagen junger, nicht-rechter WunsiedelerInnen über nächtliche Pöbeleien und Angriffe, kommt Bernhardt schon mal der Begriff der »Panikmache« über die Lippen, welche er gerade angesichts der bevorstehenden Fußball-WM für sehr bedenklich hält.

Die betroffenen jungen Leute berichten von weiteren nächtlichen Auseinandersetzungen mit Neonazi-Grüppchen und tätlichen Angriffen, etwa am 18. Juni und am 23. Dezember vergangenen Jahres: alles Geschehnisse, die öffentlich kaum oder gar nicht wahrgenommen wurden, obwohl es Verletzte gab. Die Lokalpresse macht mangels Pressemitteilung die Polizei dafür verantwortlich, der stellvertretende Bürgermeister von Wunsiedel und Sprecher des Bündnisses »Wunsiedel ist bunt«, Matthias Popp, sieht entsprechende Defizite bei der Lokalpresse: »Da ist die Lokalpresse in der Verantwortung.«

Für PI-Vize Bernhardt hält sich die seit nun gut 15 Jahren immer wieder gern genommene Einschätzung, dass der Rechtsextremismus bei »den jungen Leuten« einfach nur eine Episode der Jugendzeit sei, mithin ein Jugendproblem, das sich »irgendwann von selber« gebe.

→

[1]







[1] Regelmäßig finden in Wunsiedel Neonazi-Veranstaltungen und Rechts-Rock-Konzerte statt.

➔ Mehr noch, die Polizei müsse sich einfach an rechtsstaatliche Prinzipien halten und könne andere Meinungen nicht einfach verbieten. Und: »Es muss geredet werden!« Die Polizei sei bei den regelmäßigen Neonazi-Veranstaltungen in der alten Bahnhofsgaststätte »Lokalbahn« stets präsent und spreche nicht nur mit dem Wirt der Neonazi-Kneipe Andreas Heine, sondern auch mit den meist jugendlichen BesucherInnen. »Es ist noch nie etwas im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen passiert«, bilanziert Bernhardt zufrieden.

Dass diese Veranstaltungen überhaupt stattfinden, ist für viele Skandal genug. Ein Blick auf die Internet-Seite der »Lokalbahn« offenbart recht unverblümt, um was für ein Etablissement es sich da handelt. Im Grunde handelt es sich bei der Website wie wohl bei der ganzen Lokalität um eine Dependance der »Freien Kameradschaft Wunsiedel«. Wohl Mitte 2005 gegründet, tauchte das Fronttransparent der Wunsiedeler Neonazis entweder einzeln oder im Verein mit dem »Kameradschaftsbund Hochfranken« bei vielen einschlägigen Großereignisses der bundesdeutschen Szene auf: in Dresden am 11. Februar 2006 und am 11. März 2006 in Halbe. Erstmals traten die Kameraden mit ihrem Fraktur-„Logo" nach dem verbotenen Heß-Marsch beim »Ersatzgedenkmarsch« der NPD am 4. September 2005 in Erscheinung: Den Zug der 150 Neonazis führte der notorische Jürgen Rieger an, der hinterher noch im Szene-Anlaufpunkt »Lokalbahn« einkehrte.

Die Wunsiedeler Kameradschaft zeichnet offenbar auch für das »anspruchsvolle« Kultur- und Politprogramm in der relativ kleinen Gaststätte verantwortlich: Ob es sich wie am 10. Februar 2006 um einen Abend mit dem Vertrauten von NPD-Bundesvorsitzenden Voigt, Thomas »Steiner« Wulff, handelt oder um Rechtsrock-Konzerte mit Bands wie der Wunsiedeler Neugründung »Braune Brüder«, der Geraer Nazi-Combo »DNA« (Motto: »Hate Train Rolling« am 4. März 2006) oder den unvermeidlichen Neonazi-Barden »Michael & Annett« – die Kneipe hat sich zu einem überregionalen Szenetreff gemausert. Letzter Höhepunkt war ein für Samstag vor Ostern geplantes »Rock against Communism«-Konzert, das wegen Feiertags-Regelungen in den Kartagen schließlich auf Ostersonntag verlegt werden musste. (Immerhin 150 BürgerInnen protestierten dagegen.)

Die Ankündigung dieses inzwischen 6. Konzertes – übrigens werden alle Veranstaltungen in der »Lokalbahn«, und seien sie noch so braun, vom Wirt beflissen den Behörden gemeldet – war für das art-nb Grund genug am 15. April 2006 zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in Wunsiedel einzuladen, nicht nur um über den raschen Organisierungs-Schritte der Rechtsextremen in der Stadt zu informieren, sondern auch um auf die Hilflosigkeit »bürgerlicher Gegenwehr« hinzuweisen. Die Lokalpresse hielt die öffentliche Einladung der art-nb keiner Meldung für wert und überließ es ausgerechnet dem Neonazi-Gastronom darauf hinzuweisen: am 15. April 2006 erschien von Andreas Heine ein Leserbrief in der Lokalzeitung »Frankenpost«, der an Deutlichkeit, was die Gesinnung des Schreibers angeht, nichts zu wünschen übrig lässt. »Da das städtische Jugendzentrum offensichtlich nur Linksradikalen zur Verfügung steht – am heutigen Samstag findet eine so genannte Aufklärungsveranstaltung statt, die vom linksextremistischen antifaschistischen Rechercheteam Nordbayern durchgeführt wird –, sehe ich kein Vergehen darin, dass national Deutsche in meiner Kneipe friedlich feiern«, schreibt der Neonazi-Wirt offenherzig und darf mit Abdruck in der Lokalpostille rechnen. »Wer ständig Toleranz fordert, der sollte langsam damit beginnen, diese auch einmal selbst zu praktizieren«, fordert Heine und bedient sich hier eines gängigen rechtsextremistischen Diskussionsmodells.

Fragt man den verantwortlichen Redakteur der »Frankenpost« in Wunsiedel, Joachim Dankbar, ob einem Rechtsextremen wie Heine auch noch mit Leserbriefen ein Forum geboten werden müsse, wird dieser ungehalten. Sein Blatt stehe »auf der richtigen Seite« und für »Freiheit, Demokratie und liberales Bürgertum« ein, habe stets ausführlich zum Problem berichtet und auch in Kommentaren Position bezogen. Zu der Veranstaltung im städtischen Jugendzentrum waren dann zwar Bürgermeister Karl-Willi Beck und sein Stellvertreter Popp erschienen, einen Berichterstatter der »Frankenpost« suchte man vergeblich. Dankbar findet allgemein – ähnlich wie der Polizei-Vize – viele der Ju-

gendlichen würden sich bei dem Thema »Erhitzheiten und Erregtheiten« hingeben. Zwar gebe es in Wunsiedel ein Problem, »wie sich solche Jugendsubkulturen bilden«, aber von »No go areas« könne nicht die Rede sein.

»Ich habe keine Angst des Nachts durch Wunsiedel zu gehen«, erklärt denn auch Bürgermeister Karl-Willi Beck, der wegen seines imageträchtigen Agierens gegen den Heß-Gedenkmarsch bundesweite Bekanntheit genießt. Immerhin hatte er sich mit dem Slogan aus der linken Demo-Mottenkiste »Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht« den Heß-Verehrern mit einer Sitzblockade entgegengesetzt – solange es die Polizei erlaubte. Es ist ihm auch hoch anzurechnen, dass er – im Gegensatz zur Lokalpresse – den Weg in das Jugendzentrum zur art-nb-Veranstaltung fand und sich dort mit seinem Vize Popp der Diskussion stellte. Er meint es schon ernst. Aber mit einer astreinen CSU-Polit-Sozialisation fällt es natürlich schwer, etwas komplexere gesellschaftliche Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten zu durchschauen. Gegen Neonazis zu sein, das weiß inzwischen jeder, ist keine Kunst – wohl aber, die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wenn im Juz etliche junge Leute die Deckung verlassen und den Schutz der bewachten Veranstaltung nutzen, um sich – wie Bine und ihre FreundInnen – ihre Ängste und zum Teil durchaus nicht mehr witzigen Erlebnisse von der Seele reden, mit dem zitierten Satz zu antworten, ist einfach töricht.

Wie an vielen anderen Orten in Westdeutschland, wo man gerne in Sachen Rechtsextremismus gen Osten deutet, reagiert die Bürgerschaft im Bündnis »Wunsiedel ist bunt« – mit immerhin rund 50 Aktiven plus 20 Leuten in der Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus – erst Mal ganz passabel und organisiert Veranstaltungen mit einschlägigen Experten zum Thema: Da kommt jemand vom apabiz in Berlin und der geläuterte Ex-Neonazi Matthias Adrian von »EXIT«, da werden Diskussionen veranstaltet, Mahnwachen und eben »Tage der Demokratie«. Dass sie dann aber völlig überfordert ist, als bei einer Info-Veranstaltung im Juli 2005 unter den insgesamt 45 ZuhörerInnen immerhin 15 veritable Neonazis hocken, darunter NPD-Prominenz wie der Fraktionsmitarbeiter im sächsischen Landtag Sascha Rossmüller und bayerische Landesgeschäftsführer Axel Michaelis, liegt an der völlig falschen Einschätzung der rechten Szene. Während die Polizei schwadroniert, das Problem »im Griff« zu haben und rührige BürgerInnen hier immer noch glauben, mit den Neonazi-Kadern, die ein ums andere Mal die TeilnehmerInnen der Veranstaltungen in aller Seelenruhe abfotografieren, diskutieren zu müssen und sie von ihrem Irrweg abzubringen, kommen auf Wunsiedel noch ganz andere Probleme zu als nur die »Lokalbahn« und die selbstbewusst auftretende Kameradschaft zu.

Nach Recherchen des Juso-Bezirksverbandes Oberfranken und der art-nb gibt es jetzt eine weitere Kneipe in Wunsiedel, die in rechter Hand ist. Die einschlägige Klientel pendelt wohl gerne zwischen der »Lokalbahn« und dem »Treffpunkt« (in der Hornschuchstraße). Und NPD-nahe Personen haben offenbar beim Besitzer eines leer stehenden, ehemaligen Möbelhauses Interesse am Kauf der Immobilie bekundet. Etwas hilflos zog sich Beck auf die Bemerkung zurück, es handele sich dabei um ein »schwebendes Verfahren« und er werde dazu nicht Stellung nehmen, gab so aber indirekt zu, das an der Geschichte etwas dran ist. Die rund 50 BesucherInnen der Veranstaltung im Juz zeigten sich über diese widersprüchlichen Haltungen der Stadt erstaunt, denn es ist andererseits bekannt, dass die Stadt das Gebäude, in welchem das braune Nest »Lokalbahn« sitzt, von der Deutschen Bahn AG erwerben will, um das ganze Umfeld dort oben zu sanieren.

Das wäre für die Neonazi-Szene in Wunsiedel doch ein prächtiger Tausch: Statt des auf rund 100 Personen beschränkten Gasthauses ein veritabler Konzertsaal im alten »mobi-fix«-Möbelhaus. Dann hätte die bundesweit laufende »Immobilien-Offensive« der Neonazis nach den Pleiten in Grafenwöhr und Cham endlich auch in Bayern Fuß gefasst. ■



[1] Der CSU-Bürgermeister Karl-Willi Beck hat keine Angst, des Nachts durch Wunsiedel zu gehen.

Bildungsarbeit für die extreme Rechte

Die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft«

Felix Krebs

Seit über 40 Jahren betreibt die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft« (SWG) Bildungsarbeit im »vorpolitischen Raum« und bildet dabei laut Prof. Wolfgang Gessenharter ein wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und Rechtsextremisten. Auch dem Hamburger Verfassungsschutz-Vize Manfred Murck waren 2001 »personelle Überschneidungen zu rechtsextremen Organisationen bekannt.«

Immer wieder gelingt es den intellektuellen Rechten Veranstaltungen in öffentlichen oder gar staatlichen Räumen durchzuführen. Man war schon mehrmals zu Gast in der »Führungsakademie der Bundeswehr« (FÜAK) sowie zum Thema »Innere Sicherheit« im Hamburger Polizeipräsidium, hat gute Kontakte zur Bundeswehr und in das Hamburger Establishment. Die Vorträge der SWG werden, je nach Bekanntheit des Referenten, von 50 bis 300 Personen des konservativen bis neofaschistischen Spektrums besucht, die Auflagen der SWG-Zeitschrift »Deutschland-Journal/Fragen zur Zeit« haben laut Eigenangaben eine halbe Million erreicht, ihre Inhalte finden sich aber auch im Ostpreußenblatt wieder. In der aktuellen Ausgabe kann man schon mal folgenden Satz lesen. »Nur eins ist gewiß: die barbarische Ausrottung der Juden durch Hitler wurde übertroffen durch die Ausrottung der Deutschen von der Hand der 'demokratischen, friedliebenden' Mächte der Vereinten Nationen.« Die SWG behauptet bundesweit 5.000 Mitglieder zu haben und unterhält Sektionen in Kiel, Hannover und Braunschweig. In diesem Artikel geht es im wesentlichen um den bundesweiten Vorstand und die Hamburger Sektion der SWG.

Vom Gauleiter-Kreis zum extrem-rechten Bildungsverein

Am 15./16. Januar 1953 zerschlug die britische Hochkommission die letzte große Verschwörung alter Nazis nach 1945, den sogenannten Gauleiter-Kreis um den ehemaligen Reichspropagandaminister Werner Naumann. Mit Unterstützung von Kreisen der Industrie hatten Naumann und andere ein Netz zwischen ehemaligen Teilen der Wehrmacht, der SS, des Sicherheitsdienstes und ehemaligen NS-Propagandisten aufgebaut, ein ideologisches Konzept zur antikommunistischen Neuordnung Europas entworfen, sowie schwerpunktmäßig die nordrhein-westfälische FDP unterwandert. Diese Konspiration alter NS-Eliten, die versuchte neofaschistische Ideologeme in die Politik der noch jungen BRD zu lancieren, tagte unter anderem auch in Hamburg. Ihre Aufdeckung und Zerschlagung erregte damals großes Aufsehen.

Hugo Wellems ein ehemaliger Referent des Reichspropagandaministeriums, damals von jenem Werner Naumann geführt, gründete dann 1962 die SWG, welche getrost in diese Tradition gestellt werden kann. Ein rechter Insider erklärte 1972 »Mitglieder dieser Gesellschaft (gemeint ist die SWG) sind (...) Leute von Rang und Namen; insbesondere aber rekrutieren sie sich aus Mitgliedern des sogenannten Staatssekretär-Naumann-Kreises.« Wellems der 1930 der NSDAP beitrat und auch Mitglied der Legion Condor war, gründete die SWG gemeinsam mit zwei weiteren Altnazis, Karl Friedrich Grau und Arthur Mißbach, welche nach 1945 der CDU beitraten und zeitweise im Bundestag saßen. 1986 wurde der Hauptsitz der SWG nach Hamburg verlegt und hier wurden und werden nun regelmäßig Veranstaltung, aktuell im Haus der »Burschenschaft Germania Königsberg« durchgeführt. In den 80er Jahren stand Prof. Emil Schlee als stellvertretender Vorsitzender Wellems zur Seite, während er gleichzeitig Spitzenfunktionär der REPs war. Als Wellems 1995 starb, ging eine wichtige Integrationsfigur für das gesamte Lager von nationalkonservativ bis neofaschistisch verloren, so war Wellems zum Beispiel auch jahrzehntelang Heraus-

geber des revanchistischen Ostpreußenblattes (OPB).

An Wellems Stelle bei der SWG trat der Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, ein Militarist, der schon immer für eine Entlastung der deutschen Wehrmacht eintrat. Personell gibt es im aktuellen Vorstand Überschneidungen mit dem preussisch-nationalistischem »Bismarckbund« (BB) und der »Preussischen Allgemeinen Zeitung« (PAZ).

Ein rechter Multifunktionär ist das SWG-Vorstandsmitglied Roger Zörb. Der Rechtsanwalt und Alter Herr der schlagenden Verbindung »Corps Irminsul« fand sich 1991 im Adressbuch des Neonazi-Führers Michael Kühnen. Über sein Engagement mit Mitgliedern der neofaschistischen »Burschenschaft Germania Hamburg« in der Liste »Uni aktiv«, gelangte er schließlich in die aktuellen Vorstände von SWG und BB. Dass Zörb stellvertretender der Vorsitzender der »Wirtschaft- und Mittelstandvereinigung« der Hamburger CDU ist, störte diese bisher nicht.



Es geht auch friedlich

Eine wieder aktuell gewordene Erinnerung: Im November 1990 reiste der deutsche Europaabgeordnete Professor Emil Schlee nach Bagdad, um Staatspräsident Saddam Hussein zu bitten, deutsche Staatsbürger vor Ausbruch des ersten Golfkrieges aus dem Irak ausreisen zu lassen. Im Bild: Schlee und Saddam Hussein beim Händedruck. Die Intervention hatte Erfolg. 63 Europäer, darunter sieben Deutsche, konnten heimfliegen, bevor das Land von US-Raketen verwüstet wurde. Die „Geiseln", wie man sie damals nannte, hätten sonst getötet werden können. An der Reise nach Bagdad nahm auch der französische EU-Abgeordnete Jean-Claude Martinez teil (im Bild

[1] Der frühere SWG-Funktionär und Republikaner Prof. Emil Schlee im Gespräch mit Saddam Hussein. Faksimile Nation & Europa # 4/2003.

Im Gleichschritt rechts – SWG und das Militär

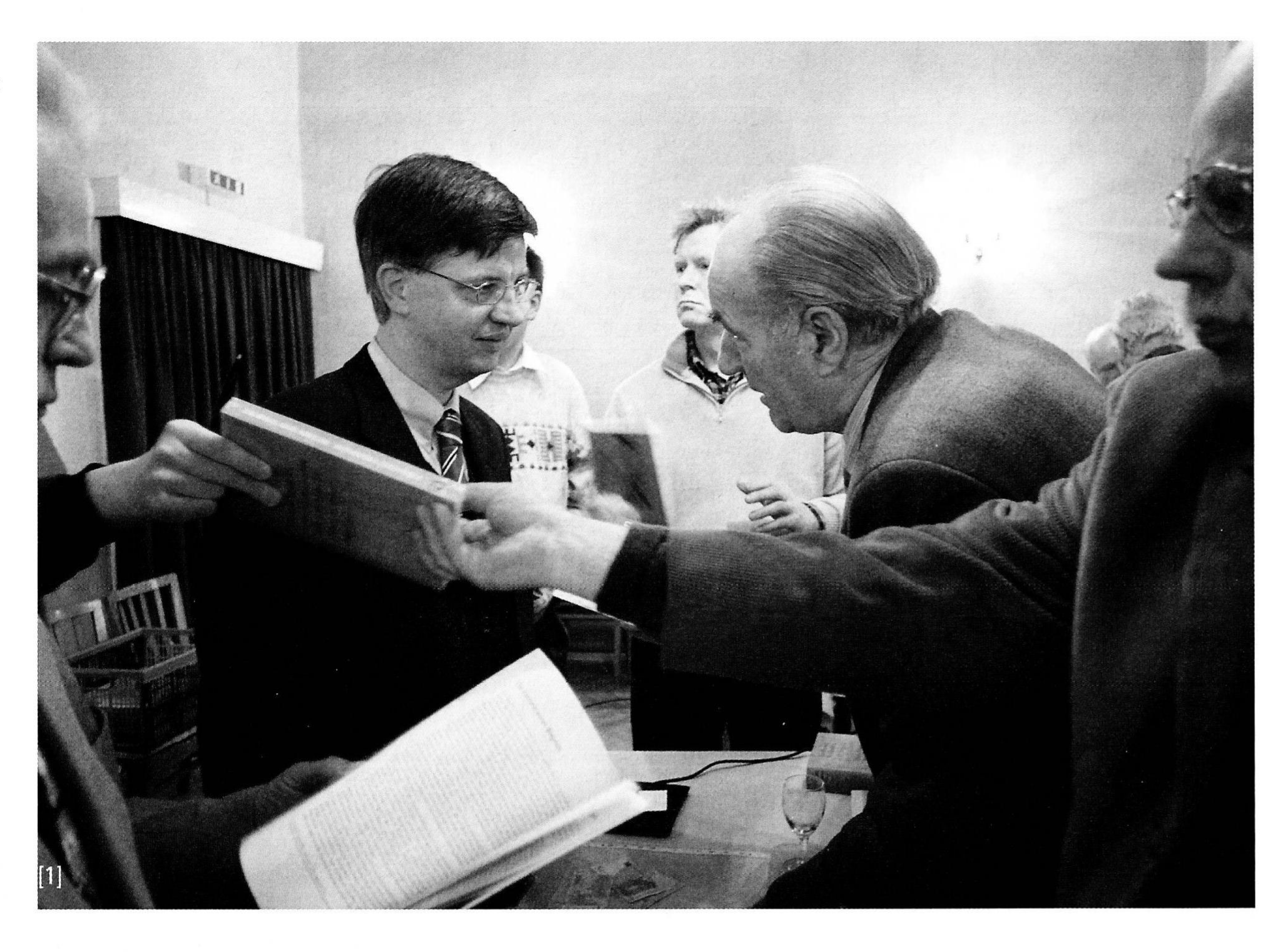
Sowohl personell als auch thematisch spielt das Militär bei der SWG eine besondere Rolle. Erst recht seit der Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht«, macht die SWG mobil zur Ehrenrettung der deutschen Soldaten, sowie zur Entlastung von Wehrmacht und SS und zur Relativierung des Nationalsozialismus. Alfred Schickel, Leiter der berüchtigten »Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt« schrieb und referierte regelmäßig zum Thema Geschichtsrevisionismus.

Titel einiger seiner Arbeiten für die SWG sind: »Probleme der Vergangenheitsbewältigung« oder »Roosevelts Weg in den Krieg«. Ein knallharter Revisionist ist auch Dirk Bavendamm, der 1995 über »Hitlers oder Roosevelts Krieg« lamentierte und bis 2004 Geschäftsführer der SWG war.

Roosevelt, so Bavendamm, hätte schon mittels des Versaillervertrages Deutschland zu knebeln versucht, hätte dann eine systematische Aufrüstung der USA gegen Deutschland betrieben, und Deutschland schließlich mittels Diplomatie und Geheimverträgen in den Zweiten Weltkrieg getrieben. Der Krieg den Deutschland dann 1939 begann, sei noch ein »alter Krieg«, quasi ein sauberer und ehrlicher, gewesen, erst der Kriegseintritt der USA 1941 hätten den Krieg zum »neuen Krieg«, zum totalen und auf Vernichtung angelegten Krieg werden lassen. »Dieser Krieg war räumlich und zeitlich im Prinzip überhaupt nicht mehr begrenzt, und er gipfelte in der fabrikmäßigen Vernichtung der europäischen Juden, im konventionellen und nuklearen Bombenkrieg gegen die deutsche und die japanische Zivilbevölkerung sowie in der ethnischen Säuberung der deutschen Ostgebiete.«

Ebenfalls 1995 trat dann mit Walter Post erstmals ein Geschichtsrevisionist bei der SWG gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrecher der Wehrmacht« an und propagierte seine Thesen unter dem Titel »Die Verunglimpfung der Wehrmacht.« Er unterstützte die Präventivkriegs-Thesen seiner Vorredner bei der SWG und widmete seinen Vortrag insbesondere der leider unvermeintlich brutalen Partisanenbekämpfung. Partisanen- und Geiselerschießungen seien nach Kriegsrecht erlaubt und gerechtfertigt.

»Die deutsche Besatzungsmacht im Osten erklärte die Juden als für den Partisanenkrieg verantwortlich, was entsprechende Massaker zur Folge hatte.« Die Versorgung in deutschen Kriegsgefangenenlagern sei vorbildlich gewesen, eventuelle Massensterben höchstens dem schlechten gesundheitlichem Zustand der Rotarmisten bei ihrer Gefangennahme durch die Wehrmacht geschuldet. Auch die millionenfache Deportation von sowjetischen Soldaten und Zivilisten zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich entschuldigt Post. Denn wie er richtig →


[1] Eine Saalveranstaltung der SWG am 4. März 2005 in Kiel mit Karlheinz Weißmann (links) zum Thema »Politik mit der Geschichte - die Vergangenheitsbewältigung als politisches Instrument«

erkennt: »Ohne die Ostarbeiter wäre der Krieg ab 1943 gar nicht mehr führbar gewesen.« Der von der gesamten nationalkonservativen und extremen Rechten gefeierte »Kronzeuge« gegen die Wehrmachtsausstellung Rüdiger Proske aus Hamburg referierte im Februar 1998 bei der SWG. Ebenfalls 1998 dozierte Franz Uhle-Wettler bei der SWG über seine »Gedanken zur Traditionswürdigkeit der Wehrmacht«, er ist der Bruder des SWG-Vorsitzenden und seit Jahren in der rechtsextremistischen Szene tätig. Er brachte es als Soldat immerhin bis zum Kommandeur der NATO-Verteidigungsakademie in Rom. Ein gutes Dutzend weitere ehemalige Militärs referierten ebenfalls bei der SWG.

Das Personal

Die besondere Nähe der SWG zur Bundeswehr und zur FÜAK im Besonderem erklärt sich über ihr Personal:

- Der Vorstands-Vorsitzende der SWG ist Brig.-Gen. a.D. Reinhard Uhle-Wettler, Autor etlicher Bücher zur Militärgeschichte.
- Sein Stellvertreter 1995 Joachim F. Weber, ehemaliger Redakteur beim Ostpreußenblatt und glühender Carl-Schmitt-Verehrer, wurde von der Bundeswehr 1996 zum Pressesprecher des IFOR-Kontingents in Kroatien befördert.
- Der militante Klerikale, Pater Lothar Groppe, jahrelang Beiratsmitglied der SWG, war zuvor Militärpfarrer sowie Dozent an der FÜAK.
- Der Regionalleiter der SWG für Hamburg, Oberst a.D. Manfred Backerra, war Chefdozent für Militärisches Nachrichtenwesen an der FÜAK.
- Bis 1996 lehrte Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof an der FÜAK. Er ist gern gesehener Gast bei der SWG, referierte 2003 zu seinem rechten Bestseller »Der Krieg der viele Väter hatte« und schrieb 1998 einen Beitrag für die SWG.

Aber nicht nur ehemalige Militärs dürfen bei den extremen Rechten in Hamburg referieren: Gerade frisch von der Front im Kosovo zurück, berichtete Brigadegeneral Helmut Harff, Kommandeur Deutsches Heereskontingent und Nationaler Befehlshaber im Einsatzgebiet, 1999 vor der SWG über : »Militärische Friedenssicherung – Erfahrungen aus dem Einsatz im Balkan«. Seine Quintessenz aus dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg: »Wer schneller schießt und besser trifft, der überlebt. Darum geht es hier.« Bei soviel Begeisterung für die »Heldentaten des deutschen Militärs«, wundert es nicht, dass die SWG vor wenigen Wochen erneut in die Schlagzeilen geriet: Am 15. Mai 2006 besuchte man zusammen mit dem BB das »Wissenschaftliche Institut für Marinegeschichte« von Peter Tamm (siehe AIB #71) aus der Angst, dass die Militaria-Sammlung nach dem Umzug in ein öffentliches Museum im Sinne der »political correctness« entschärft werden könnte. ■

»Hol dir den Kiez zurück – Lichtenberg gegen Rechts«

Der Lichtenberger Weitlingkiez ist eine Hochburg der extremen Rechten in Berlin. Gerade deshalb war der Kiez in den letzten Jahren mehrfach im Visier antifaschistischer Gruppen, die mit Demonstrationen, Kundgebungen, Infoständen und Veranstaltungen auf die Problematik im Weitlingkiez aufmerksam machten. Allein die letzten drei Jahre zog die traditionelle Silvio-Meier-Demo[1] in die Homezone der Neonazis. Gerade auch im Zuge der Mobilisierung zu der Demonstration kam es zu erheblichen neonazistischen Gewalttaten.

So wurde zum Beispiel ein Info-Stand des Silvio-Meier-Bündnis am Bahnhof Lichtenberg, direkt im Weitlingkiez, am Abend des 10. November 2005 von ca. 15 Neonazis mit Flaschen, Ketten und Stahlruten angegriffen. Mehrere AntifaschistInnen wurden verletzt. Als Ausgangspunkt für diesen und weitere Angriffe nutzten die Neonazis die Kneipe »Piccolo«. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre und aus den aktuellen Entwicklungen, so etwa der gesteigerten Militanz der Neonazis aus den mittlerweile verbotenen Kameradschaften Tor und BASO, haben sich die Antifa Hohenschönhausen [AH], die Antifaschistische Linke Berlin [alb] und die Jugend Antifa Berlin [jab], dazu entschlossen diesem Treiben etwas entgegenzusetzen und Kontinuität in die linke Intervention im Weitlingkiez zu bringen. Dies soll in Form einer Kampagne unter dem Titel »Hol Dir den Kiez zurück – Lichtenberg gegen Rechts« passieren. Ein Focus der Kampagne liegt auf den im Kiez ansässigen Kneipen »Kiste« und »Piccolo«. Durch diese Infrastruktur wird die Normalisierung von Neonazis im öffentlichen Straßenbild befördert. Weiterhin wird für bekannte Neonazis aus Parteien und Kameradschaften die Möglichkeit geschaffen, sich ungestört zu treffen und von dort aus gewalttätige Angriffe und andere politische Aktionen vorzubereiten und auszuführen. Die Schließung dieser Treffpunkte ist deshalb das Kampagnen-Ziel. Bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen zeigte sich, dass die Wahlkreise rund um die Weitlingsstraße vergleichsweise hohe Wählerstimmen bei extrem rechten Parteien verzeichneten. Ein weiterer Themenschwerpunkt wird somit der befürchtete Einzug der NPD in die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung sein.

Eine Kampagne gegen die verschiedenen Formen extrem rechter Infrastruktur erscheint den Antifa-Gruppen vor diesem Hintergrund als probates Mittel zur Bekämpfung – hat diese doch den Vorteil die vorhandenen Probleme über einen längeren Zeitraum in die mediale Öffentlichkeit zu bringen und in kontinuierlicher Form, mit verschiedenen Mitteln, neonazistische Strukturen zu thematisieren und zu bekämpfen. Dabei wurde von den Initiatoren darauf geachtet eine breite Streuung des antifaschistischen Engagements zu erreichen. Neben klassischen Angeboten für Antifas soll es auch Möglichkeiten geben un- oder anpolitisierte Jugendliche und BürgerInnen einzubinden und gegen Rechts aktiv zu werden. Dies soll durch verschiedene kulturelle Angebote geschehen. So wird es Veranstaltungen zu Neonazistrukturen in Lichtenberg, zu dem Begriff der sog. No-Go-Areas geben, es wird nazifreie Partys und Skateveranstaltungen geben, es werden historische Friedhofsführungen und Zeitzeugengespräche stattfinden und zum Abschluss wird es ein großes antifaschistisches Festival mit Konzert in der Weitlingstraße geben. Durch die Vielfalt der Angebote soll ein breites öffentliches Problembewusstsein gegen Neonazis und deren Lokalitäten geschaffen werden. Durch das vielfältige politische und kulturelle Angebot soll zudem der Raum für eine kontinuierliche linke Gegenkultur geschaffen werden.

Ein attraktives linkes Gegenangebot bietet die Chance die rechte Hegemonie vor Ort, auf längere Sicht zu brechen. Abzuwarten bleibt vor dem Hintergrund der Varianz und der Gewachsenheit der extrem rechten Strukturen vor Ort, wie die Reaktionen der Bevölkerung, aber auch der Neonazis auf die Kampagne aussehen. Festzuhalten ist an dieser Stelle aber schon eins: mit der Kampagne werden alle Strukturen und Lokalitäten der Neonazis im Weitlingkiez in die Öffentlichkeit getragen – es liegt gleichsam an vielen Menschen, sich zu beteiligen und gegen Neonazismus aktiv zu werden. Den Rahmen dazu soll die Kampagne bieten. ■

Internetadresse: www.lichtenberg-gegen-rechts.tk
Email: liberggegen-rechts@gmx.de

1| Der 27jährige Hausbesetzer und Antifaschist Silvio Meier wurde am 21. November 1992 in Berlin von Neonazis erstochen.

»Kein Bock auf Nazis«

In letzter Zeit ist es vermehrt zu einer hohen Präsenz neonazistischer Propaganda auf Schulhöfen und in Jugendeinrichtungen gekommen. Sowohl die NPD als auch Freie Kameradschaften fokussieren sich immer intensiver auf junge Menschen und versuchen diese mit Musik-CDs und Flugblättern im jugendlichen Stil für sich zu gewinnen. Um dem etwas entgegen zu setzen, hat das Projekt „Turn it down" in Zusammenarbeit mit dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum und dem Antifaschistischen Infoblatt eine SchülerInnenzeitung erstellt. Die Zeitung „Kein Bock auf Nazis" wird Anfang Juli in einer Auflage von 50.000 Stück erscheinen, des weiteren gibt es auch eine gleichnamige DVD, die dem AIB beiliegt. Es wurde sich zum Ziel gesetzt, Schülerinnen und Schüler über neonazistische Inhalte, Musik und Kleidung aufzuklären. Zudem sollen Ihnen Ideen und Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie selber gegen Neonazis aktiv werden können.



Ein wichtiger Ansatz hierbei ist es, junge Menschen über Neonazi-Kleidung und -Musik zu informieren. Der Artikel »Der Nazis neue Kleider« beschreibt die Entwicklung des Duktus von Neonazis in den 1990er Jahren bis heute. Es wird kurz konstatiert, wie sich die Neonaziszene von ihrem martialischen Skinheadoutfit löste und sich anderen Subkulturen öffnete und damit auch ihren einheitlichen Kleidungsstil ablegte. Zudem werden einige der neuesten und bei Neonazis sehr beliebten Kleidermarken, wie zum Beispiel »Thor Steinar«, vorgestellt und erläutert, welchen Stellenwert die Codierung von Kleidung für jugendliche Neonazis hat. Ein weiterer Anziehungspunkt für Jugendliche ist rechte Musik, daher gibt es einen kurzen Einblick über die Initiative Turn it



[1]

[1] Die Berliner Skatepunk-Band ZSK gehört zu den Initiatoren der »Kein Bock auf Nazis«-DVD.

Down, die über den stetig expandierenden Markt mit rechter Musik aufklärt. Mittelpunkt des Projekts ist eine Internetplattform, welche umfangreich über Rechtsrock und seine unterschiedlichen Erscheinungsformen, Bands, als auch deren Texte und Labels informiert. Zudem wird es so ermöglicht, dass alternative Jugendkulturen sich vernetzen und stärken können, um sich gemeinsam gegen rechte Strömungen innerhalb ihrer Subkultur durchzusetzen.

Jugendliche, die sich selten oder noch nie mit dem Thema beschäftigt haben oder oft nicht wissen, wie bestimmte Musik oder Kleidung einzuordnen ist, haben durch die Artikel und die weiterführenden Kontakte und Informationsanzeigen die Möglichkeit, sich selbständig damit auseinanderzusetzen und das erlernte Wissen gezielt gegen Neonazis an ihren Schulen oder in ihrem Umfeld einzusetzen. Aber nicht nur durch Kleidung oder Musik gelingt es neonazistischen Organisationen, neue Anhänger für ihre Ideologie zu gewinnen. Oft sind es die pseudoantikapitalistischen und -sozialen Parolen, die junge Menschen anlocken. Daher gibt es in der Zeitung einen Artikel, der sich intensiver mit Parolen von rechten Parteien und Gruppen auseinandersetzt und diese ins »rechte« Licht rückt.

»Kein Bock auf Nazis« auch auf DVD

Die DVD wurde gemeinsam von der Berliner Skatepunkband ZSK, dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum und »Turn it Down« produziert und ist im April diesen Jahres in einer Auflage von 30.000 Stück erschienen. Innerhalb kürzester Zeit war die DVD vergriffen und die Reaktion von Jugendlichen war meist sehr positiv. Unterstützt wurde die DVD von vielen prominenten Musikern, Fanzines und antirassistischen, antifaschistischen Organisationen und Gruppen. Zum Auftakt gibt es einen kurzen Überblick über die Auswirkungen von Neonazismus in Deutschland. Mit dabei sind unter anderen Bela B. von den Ärzten oder Breiti von den Toten Hosen. Dabei beziehen alle Akteure klar Position: Sie haben keinen Bock auf Nazis und appellieren gerade an Jugendliche, selbst aktiv zu werden. Eike von ZSK: »Wenn in meinem eigenen Ort oder bei mir in der Nähe ein Naziaufmarsch stattfinden soll, dann kriegt man das oft schon frühzeitig mit und es wird eigentlich immer eine Gegendemo stattfinden und es ist total wichtig daran teilzunehmen und irgendwie zu zeigen, dass diese Leute ihre menschenverachtende Ideologie nicht hier und auch an keinen anderen Ort zeigen sollen.« Im weiteren Verlauf schildern die einzelnen Musiker ihre Erlebnisse mit Neonazis und ihre Vorschläge für Gegenaktivitäten. Die anschließende Vorstellung von antifaschistischen Initiativen und deren Arbeit soll dafür Anknüpfungspunkte bieten. So wird ein Einblick ermöglicht und Tipps für politische Arbeit gegeben. Unter anderen stellt sich die Initiative des Festivals »Le monde est à nous – Die Welt gehört uns«, das jährlich im Berliner Bezirk Treptow stattfindet, vor. Eine der OrganisatorInnen erklärt, was die grobe Vorbereitung für ein solches Konzert ist und welche Möglichkeiten es zur Unterstützung gibt. Eine andere Gruppe, der sich vorstellt, ist die »Stop Thor Steinar« Kampagne. Ein Aktivist beschreibt den Werdegang einer solchen Kampagne mit den dazu nötigen Arbeitsschritten und eventuellen Schwierigkeiten. Es wird aber auch auf die Erfolge, wie das zeitweilige Verbot der Marke und die große Presseresonanz eingegangen.

Fazit

Die SchülerInnenzeitung und die DVD »Kein Bock auf Nazis« ermöglichen Jugendlichen eine unkomplizierte, aber intensive Auseinandersetzung mit rechtem Lifestyle und rechter Ideologie. Durch diese Form von Aufklärung wird es Neonazis erschwert, bei Jugendlichen und ihrem Umfeld Fuß zu fassen. Ihre Codes und Parolen werden enttarnt und ihnen somit keine Möglichkeit gegeben, sich mit ihrer Symbolik als »ganz normale Jugendliche« auszugeben. Es wird auch eine Basis für weiterführende politische Arbeit geschaffen, nicht zuletzt durch die vielen Hilfestellungen in den Randspalten und Artikeln und Kontakte, die veröffentlicht werden. So können sich die LeserInnen selbständig weiterinformieren und erhalten erste Hilfestellungen für ein weiterführendes politisches Engagement. Bundesweit können Lehrkräfte oder SchülerInnnen die Zeitung gratis beim Antifaschistischen Pressarchiv ab einer Auflage von 250 Stück bestellen und ihren KollegInnen und MitschülerInnen somit einen kompakten Einblick in die Thematik Rechsextremismus ermöglichen. Auch für Jugendeinrichtungen ist die Zeitung ein ideales Medium, um ihrer Klientel einen schnellen und kompakten Überblick zu verschaffen. Die DVD ist ebenfalls auf diesem Wege erhältlich, kann in geringeren Stückzahlen gratis bestellt werden und ist auf der Seite www.keinbockaufnazis.de kostenlos zum Runterladen bereitgestellt. ■

»NS-Verherrlichung stoppen!«

Kampagne gegen den Heß-Gedenkmarsch geht weiter

Erneut ruft die »Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!« zur Teilnahme am »Antifascist Action Day« gegen den jährlichen Neonaziaufmarsch zum Todestag von Rudolf Heß am 19. August 2006 im bayerischen Wunsiedel auf. Obwohl im letzten Jahr der Neonaziaufmarsch auch nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verboten blieb, beteiligten sich allein 2.000 AntifaschistInnen an der Demonstration und der Kundgebung der Kampagne, einige hundert Einwohner der Region beteiligten sich darüber hinaus an den Aktivitäten des Bündnisses »Wunsiedel bleibt bunt statt braun«.

Der Erfolg der Kampagne läßt sich nicht nur daran messen, dass es erstmals seit dem Relaunch der Heß-Märsche unter der Anmeldung durch den Neonazianwalt Jürgen Rieger im Jahr 2001 gelungen ist, eine erhebliche Anzahl von AntifaschistInnen im ganzen Bundesgebiet zu mobilisieren. Vielmehr ist es gelungen, die Auseinandersetzung um die Verherrlichung des Nationalsozialismus sowohl durch die Neonazis aber auch im Rahmen geschichtsklitternder Verbrämung der Deutschen zu den eigentlichen Opfern des 2. Weltkrieges zu einem bundesweiten Thema zu machen. Über 80 Veranstaltungen wurden im Rahmen der letzjährigen Mobilisierung bundesweit durchgeführt. Der Kampagne ist es damit gelungen, über die bloße Verhinderungsmobilisierung vieler antifaschistischer Aktionen hinauszugehen und politisch zu agieren.

Vor diesem Hintergrund hat die Kampagne nunmehr beschlossen, trotz des im letzten Jahr erfolgten Verbotes der Neonazi-Demonstration die eigene Mobilisierung mit voller Kraft voranzutreiben.

Der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch war für die deutsche und internationale Neonaziszene seit fast zwanzig Jahren einer der wichtigsten, jährlichen Termine. Kein anderer Marsch war gleichermaßen in der Lage, die sonst oft so zersplitterte NS-Szene zu vereinen und Menschen zusammenzubringen, die außer ihrem Glauben an den Nationalsozialismus nichts verbindet. Aus diesem Grunde war es auch der Heß-Marsch, zu dem zuletzt 2004 fast 5.000 Neonazis aus ganz Europa zusammenkamen und damit einen der für die Szene so seltenen Kristallisationspunkte entstehen ließ.

Das Verbot im Jahr 2005 erfolgte auf der Basis der zum 8. Mai 2005 veränderten Strafbarkeit der Volksverhetzung. Das Bundesverfassungsgericht wies einen Eilantrag des Anmelders Rieger mit der Begründung zurück, im Eilverfahren könne die Verfassungsgemässheit der neuen Regelung nicht ausreichend geprüft werden. Rieger müsse das Hauptsacheverfahren betreiben. Im Übrigen habe er den Marsch für viele Jahre im Voraus angemeldet, ein einmaliges Verbot könne daher seine Rechte nicht über das vertretbare Maß hinaus einschränken. Eine solche Begründung wird sich nicht über mehrere Jahre halten lassen. Zum Einen hat Rieger inzwischen Klage gegen die Entscheidung des Landkreises erhoben. Dies ist zwar erst Anfang dieses Jahres geschehen, die Zeitverzögerung hat jedoch der Kreis zu vertreten, weil er sich viel Zeit mit dem Erlaß des Widerspruchbescheides gelassen hat. Die Klage liegt jedoch bisher immer noch beim zuständigen Verwaltungsgericht. Juristische Anstrengungen, die Angelegenheit irgendwie direkt vor das Verfassungsgericht zu bekommen hat Rieger nicht unternommen. Auch das Verwaltungsgericht hat von der Möglichkeit, die Angelegenheit wegen einem Grundrechtsbezug direkt ans Verfassungsgericht abzugeben, keinen Gebrauch gemacht. Die weiteren Verzögerungen durch die Dauer des gerichtlichen Verfahrens, das vom Verwaltungsgericht gegebenenfalls zum Oberverwaltungsgericht gehen muß bis es zum Verfassungsgericht gelangt, hat Rieger nicht zu vertreten. Die Verfassungsgemäßheit der veränderten Vorschrift der Volksverhetzung ist unter Juristen umstritten. Problematisch ist vor allem, dass mit der »Verherrlichung des Nationalsozialismus« nunmehr eine Meinungsäußerung unter Strafe gestellt wird, und zur Einschränkung des Versammlungsrechts führt.

Es ist daher keineswegs ausgeschlossen, dass das Verfassungsgericht in diesem Jahr in einem neuen



Eilverfahren die Demonstration wiederum zulässt. Die internationale Neonaziszene geht ebenfalls davon aus, dass eine realistische Chance besteht, den Gedenkmarsch in diesem Jahr wieder durchzuführen. Auf der offiziellen Web-Site des selbsternannten »Wunsiedel-Komitees« sind seit April ein Aufruf für den 19. August 2006, und eine rechtliche Bewertung der Situation veröffentlicht. Darin wird ausgeführt:

»Ob es also überhaupt noch mal einen Heß-Gedenkmarsch geben wird, hängt damit einzig und alleine vom Ausgang des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht ab. Ob diese Entscheidung noch rechtzeitig vor dem 19. August 2006 fallen wird, kann derzeit nicht eingeschätzt werden. (...) Unsere Bitte an alle Aktivisten/-gruppen: Haltet Euch den 19. August 2006 unbedingt vorsorglich frei!«

Der Aufruf macht deutlich, wie bewußt den Verantwortlichen ist, dass eine endgültige Entscheidung über die Zukunft der Heß-Märsche bevorsteht. Sie mobilisieren »im Stillen«. Weil der Heß-Marsch jedoch seit vielen Jahren zu einem festen Großereignis innerhalb der Szene geworden ist, muss davon ausgegangen werden, dass diese in der Lage ist, innerhalb kürzester Zeit eine große Anzahl von Teilnehmern zu mobilisieren. Die antifaschistische Gegenmobilisierung der »Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!« hat in den letzten beiden Jahren erheblich dazu beigetragen, den politischen Druck gegen den Heß-Gedenkmarsch zu steigern und gezeigt, dass eine erfolgreiche Mobilisierung nach Wunsiedel möglich ist. Die Anwesenheit tausender von AntifaschistInnen erschwert die Durchführung des Heß-Marsches in doppelter Weise. Zum einen führt sie der (Welt-) Öffentlichkeit vor Augen, dass in Deutschland nach wie vor tausende bekennender Neonationalsozialisten aktiv und keineswegs so ausgegrenzt sind, dass sie keine Spielräume haben. Zum anderen führt der antifaschistische Widerstand zu logistischen Problemen – es ist einfach kein Platz für fast zehntausend Personen in der »traumhaften Kleinstadt im Fichtelgebirge«. Die Gerichte werden sich dieser besonderen Problematik nicht entziehen können.

Die Kampagne mobilisiert daher, wie gehabt, für den 19. August 2006 nach Wunsiedel. Wie im vergangenen Jahr wurde für den Juni zu einem bundesweiten, offenen Treffen eingeladen. Bereits jetzt sind daher lokale und überregionale Gruppen aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie sie sich in diesem Jahr in die Kampagne einbringen können. Sollte das Verfassungsgericht dieses Jahr die Neonazis marschieren lassen, kann nur eine optimal vorbereitete antifaschistische Demonstration und Kundgebung den notwendigen Druck aufbauen, damit der Tag ein Desaster für die Neonazis wird. Die inhaltliche Vorbereitung muss daher besonders ausgeweitet werden, damit möglichst vielen AntifaschistInnen klar ist, worum es an diesem Tag wirklich geht. Die Vorbereitung der Anfahrt sowie die Durchführung des »Antifascist Action Day« müssen ebenfalls die Fehler der Vergangenheit beherzigen. Diese gesamte Vorbereitung wird die Kampagne alleine nicht leisten können. Die Verantwortung für die endgültige und dauerhafte Verhinderung des Heß-Gedenkmarsches liegt damit bei den antifaschistischen Gruppen im gesamten Bundesgebiet. Die Chancen stehen insgesamt besser als jemals zuvor.

Darüber hinaus hat die Kampagne ihr inhaltliches Betätigungsfeld erweitert. Neben dem Heß-Marsch wird sie sich inhaltlich mit dem Neonaziaufmarsch in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten, mit dem Pfingsttreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald sowie mit dem Aufmarsch in Halbe zum Volkstrauertag beschäftigen. All dies sind Orte und Anlässe, bei denen ein Opfermythos zelebriert wird, der die Deutschen als die eigentlichen Opfer des Krieges darstellt, Tote gegeneinander aufrechnet und die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. Die inhaltlichen Verbindungen zwischen diesen Ereignissen sollen aufgezeigt werden. Neben den inhaltlichen Parallelen, ist es die Gemeinsamkeit des Großereignisses, durch die eine neonazistische Erlebniswelt mit einer besonderen Anziehungskraft geschaffen werden soll. Die antifaschistische Bewegung hat die aktuelle Chance, eines der wichtigsten Ereignisse dieser Erlebniswelt endgültig zu verhindern – nutzen wir sie! ■

Ein Beitrag der »Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!«

www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

Der Triumph der Mörder

In der Nacht zum 18. Januar 1996 starben sieben Kinder und drei Erwachsene bei einem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße. Objektiv waren (und sind) vier junge Rechtsextremisten der Tat dringend verdächtig – vor Gericht gezerrt wurde hingegen der Libanese Safwan Eid, einer der 38 Menschen, die bei dem Brandanschlag verletzt wurden. In zwei Prozessen wurde Safwan freigesprochen. Die tatsächlichen Brandstifter wurden nie zur Verantwortung gezogen.

Holger Wulf

Am Vormittag des 18. Januar vor zehn Jahren ging die internationale Öffentlichkeit von einem der folgenschwersten rassistischen Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte aus. 38 Flüchtlinge wurden verletzt, zum Teil sehr schwer. Sylvio Amoussou (27), Monica Maiamba Bunga (17) und ihre Tochter N'Suszna (7), Francoise Makodila Landu (32) und ihre Kinder Christelle (6), Legrand (5), Christine (17), Miya (14) und Jean-Daniel Kosi (3) und Rabia El Omari (16) kommen um.

Zu diesem Zeitpunkt ist die Brandursache zwar noch ungeklärt, zwei Tatverdächtige sind aber bereits festgenommen, nach einem dritten wird gefahndet. Sie werden der Skinheadsszene von Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) zugerechnet. Sie wurden in der Brandnacht gegenüber der Flüchtlingsunterkunft von der Polizei kontrolliert.

Bundespräsident Roman Herzog lässt verlauten »Sollte es sich wieder um einen rechten Anschlag handeln, dann reißt mir allmählich der Geduldsfaden, dann gibt es wieder Lichterketten«, der Präsident der Lübecker Industrie und Handelskammer (IHK) fürchtet, dass »Lübeck wird nicht mehr mit Holstentor und Marzipan in Verbindung gebracht wird, sondern mit Brandanschlägen«. Denn Lübeck ist als Ort faschistischer Gewalt nicht zum ersten Mal in den (internationalen) Schlagzeilen. 1994 und 1995 waren Brandanschläge auf die örtliche Synagoge verübt worden. Während PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse sich Sorgen um Deutschlands Ansehen in der Welt machten, verbunden mit der offen ausgesprochenen Hoffnung, es möge sich wenigstens diesmal nicht um einen rechtsextremen Anschlag handeln, bezog der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) konkret Position: Eine drastische Änderung der Flüchtlingspolitik forderte er ein, benannte die Ausgrenzung von Nicht-Deutschen und versprach seinen energischen Kampf dagegen. Unter anderem lud er alle daran Interessierten ins Rathaus ein, um die anstehenden Aufgaben gemeinsam zu beraten. Denn »alle sollten sich verantwortlich fühlen«.

Verantwortlich zeigten sich nicht zuletzt Lübecker SchülerInnen: Sie stellten den Großteil der TeilnehmerInnen bei einer ganzen Reihe an Demonstrationen und Mahnwachen in den Wochen nach dem Anschlag.

Bis zum 20. Januar erhielt Bouteiller für diese Reaktion Respekt. Dann meldeten die Ermittlungsbehörden, dass einer der Hausbewohner aus der Flüchtlingsunterkunft unter dringendem Tatverdacht festgenommen sei. Schon einen Tag vorher hieß es, die ursprünglich verdächtigen jungen Männer aus Grevesmühlen hätten ein Alibi für die Tatzeit und seien deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt.

Opfer werden zu Tätern gemacht

Mit dieser Maßnahme konstruierten Polizei und Staatsanwaltschaft aus einem rassistischen Verbrechen einen besonderen Fall von »Ausländerkriminalität«.

Mit der scheinbaren Charakteränderung des Verbrechens ändert sich auch die Stimmung gegenüber unabhängigen antirassistischen Initiativen, den Flüchtlingen sowie Bürgermeister Bouteiller. Voreilig seien pauschal »Deutsche« vorverurteilt worden. Die Lübecker CDU konzentrierte ihre geschmacklosen Angriffe auf den Bürgermeister. Besonders thematisiert wurde, dass er vor laufenden Kameras um die Brandopfer geweint hatte.

Alle Diskussionen um Asylpolitik und den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Nicht-Deutschen, ebenso die Frage, wie den faschistischen Organisationen begegnet werden müsste, waren mit dem Tatverdacht gegen Safwan Eid mehr oder weniger vom Tisch gefegt.

Dabei war es für diejenigen, die sich nach wie vor an Fakten orientierten, schnell klar, dass einerseits der Tatverdacht gegen Safwan Eid auf aus-

gesprochen dünnen Indizien beruhte, andererseits von einer Entlastung der Grevesmühlener Männer nicht die Rede sein konnte (siehe auch »Zweierlei Maß« S. 44).

Einige wenige Medien (Tageszeitung »Junge Welt«, TV-Magazin »Monitor«) und unabhängige antirassistische/antifaschistische Initiativen prüfen kritisch die Ermittlungen – und stoßen schnell auf eine Fülle von Widersprüchen, Ungereimtheiten und gewagten Interpretationen. Die Ermittlungsbehörden verhängen daraufhin eine mehrtägige Nachrichtensperre.

Die antirassistische Politik vor Ort, hauptsächlich getragen vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus, musste sich einer zusätzlichen Aufgabe stellen: Ging es vor der Verhaftung Safwan Eids darum, allein die politischen Konsequenzen des Anschlages zu ziehen (u.a. die Forderung nach einem Bleiberecht für alle Brandopfer – unabhängig von den teilweise noch laufenden Asylverfahren), rückten die polizeilichen Ermittlungen zum Brandanschlag selbst mit in den Mittelpunkt der antirassistischen Arbeit.

Dies sollte bis zum zweiten Freispruch für Safwan Eid im November 1999 so bleiben.

Die Aktivitäten riefen mehr als Unmut bei den Behörden hervor. Wegen angeblicher »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole« bekam das Lübecker Bündnis gegen Rassismus Besuch von der Polizei, samt anschließender, nach Monaten aber eingestellter Verfahren. Auf einem Plakat des LBgR war der für die Ermittlungen verantwortliche Staatsanwalt vor dem Brandhaus zu sehen. Eine Fotomontage, die den grafischen Hintergrund für die Forderung »Schluss mit den rassistischen Ermittlungen« darstellte. Gleichzeitig baten fast sämtliche großen Zeitungen und Fernsehanstalten, von der taz über die Zeit bis zur Los Angeles Times, vom SAT-1-Frühstücksfernsehen bis hin zu CNN, das antirassistische Bündnis um Interviews und Stellungnahmen.

Das hatte nicht allein mit der offensiven und intensiven Arbeit des LBgR zu tun, sondern auch mit den immer skandalöser werdenden Ermittlungen. Auch vielen bürgerlich gesinnten Menschen wurde klar, dass mit Safwan Eid der Falsche angeklagt wurde, während gleichzeitig der immer stärkere Tatverdacht gegen die vier jungen Rechtsextremisten aus Grevesmühlen von den Staatsanwälten Böckenhauer, Schultz und Bieler mit immer lächerlicheren Thesen abgetan wurde.

Zudem fand Safwan Eid in Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter zwei Strafverteidigerinnen, die kompetent und engagiert für die Rechte ihres Mandanten stritten – und das nicht nur im Gerichtssaal. Bereits der erste Prozess (mit immerhin über 60 Verhandlungstagen) wurde zu einer Farce: nachdem die Staatsanwaltschaft im Zuge der Verhandlung eine obskure Verschwörung der meisten HausbewohnerInnen ausmachte um schließlich selber einzusehen, dass eine Verurteilung Safwans nicht zu erreichen ist, beantragte sie einen Freispruch.

Aber nicht alle Stimmen, die nur zu gerne einen Flüchtling gesehen hätte, der selber Flüchtlingsunterkünfte anzündet, waren mit dem Freispruch verstummt. Solange es keine juristisch festgestellten Täter gab, blieb zumindest in Teilen der Öffentlichkeit die Täter-Opfer-Verdrehung intakt.

Trotz der Fakten, trotz des Berichtes einer zwischenzeitlich tätigen unabhängigen Kommission aus JuristInnen verschiedener Länder, trotz eines Klageerzwingungsverfahrens gegen die Tatverdächtigen aus Grevesmühlen blieb der »Kriminalfall Hafenstraße« bis heute unaufgeklärt. Denn die Justiz hat einen Prozess gegen die vier aus Grevesmühlen verhindert.

Verhindert wurde auch, dass die verantwortlichen PolizeibeamtInnen und Staatsanwälte für die in ihrer Einseitigkeit rassistischen Ermittlungen zur Verantwortung gezogen wurden.

Neonazi-Offensive

Neonazis haben das Vorgehen der Behörden auf ihre Weise verstanden. In den Monaten nach dem Anschlag in der Hafenstraße ist es zu einer Vielzahl von Gewalttaten gekommen. Dutzende Farb- und auch Brandanschläge auf Kirchen, kirchliche Einrichtungen und einen Sendemast des NDR führten nur in einem Fall zu der Ermittlung der rechtsextremen Urheber. Aus der Aktions-Offensive konnten die Neonazis bald darauf eine Organisations-Offensive machen.

Für die folgende Stärkung der NPD und des »Bündnis Rechts« trägt auch die nicht stattgefundene polizeiliche Verfolgung neonazistischer Straftaten eine wesentliche Verantwortung.

Die Mörder haben in fast allen Punkten triumphiert. Dass mit Safwan Eid ein Unschuldiger hinter Gitter musste und die Abschiebung der allermeisten überlebenden Brandopfer konnte jedoch verhindert werden. Für damals aktive AntirassistInnen ein nur schwacher Trost...

Der SPIEGEL-Journalist Andreas Juhnke hat über den Brandanschlag ein Buch geschrieben. In seinem Werk »Brandherd« heißt es am Schluss: »Es gab vorher und nachher in der Welt größere Massenmorde, gnadenlosere Vertuschungen, weniger Hilfe als nach dem Mord an Monica und Suzanna Bunga, Francoise, Christine, Miya, Christelle, Legrand und dem kleinen Jean-Daniel Makodila, Sylvio Amoussou und Rabia El Omari. Aber es ist an der Zeit aufzuwachen in Lübeck, wenn nicht wieder eine lange Liste ausländischer Namen in den Todesanzeigen erscheinen soll.

Aber Lübeck schläft, nicht nur nachts um drei Uhr. Die meisten haben die Sache sowieso längst vergessen. Gut, sagen die Mörder, so soll es bleiben.« ■

Der Autor war in den 1990er Jahren im »Lübecker Bündnis gegen Rassismus« aktiv; er hat die Ermittlungen im Fall Hafenstraße von Anfang bis zum Ende verfolgt und war Prozessbeobachter im ersten Strafverfahren gegen Safwan Eid.

Aus der Zeitschrift für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig/Holstein und Hamburg »Enough is enough« Nr. 24 www.nadir.org/nadir/periodika/enough

Zweierlei Maß

»Stoppt die rassistischen Ermittlungen« forderten das Lübecker Bündnis gegen Rassismus und andere antirassistische Initiativen. Hatten ideologische Scheuklappen dazu geführt, dass Linke sich nicht mit einem Tatverdacht gegen einen Flüchtling abfinden konnten? Oder trug sich vielmehr in den Monaten nach dem Brandanschlag einer der größten Justizskandale der BRD zu?

Safwan Eid wurde mit der Begründung in Haft genommen, dass er a) die Tat gestanden habe und b) über Täterwissen verfügte – also Erkenntnisse habe, die nur der oder die Täter haben konnte(n).

Der Rettungssanitäter Jens L. behauptete zwei Tage nach dem Anschlag, Safwan habe zu ihm gesagt »Wir warn's«. Und weiter, man habe sich an einem Familienvater rächen wolle (warum, blieb unklar) und deshalb Benzin an dessen Wohnungstür gegossen und angezündet. Das brennende Benzin sei dann die Treppe hinunter gelaufen und bald habe das ganze Haus in Flammen gestanden.

Die Brandsachverständigen von BKA und LKA kamen zu dem Schluss, der Ort des Brandausbruches müsse im Flur des 1. OG liegen, zwischen zwei Wohnungstüren und einige Meter von der Treppe entfernt. Die Staatsanwaltschaft sah in diesem Gutachten die Bestätigung für die Aussage von Jens L. und gleichzeitig das Täterwissen. Denn zu dem Zeitpunkt, als Jens L. von einer Tür, an der Benzin ausgegossen worden sein sollte, berichtete, kannten die Ermittler den Ort des Brandausbruches nicht.

Safwan Eid wurde während der sechsmonatigen U-Haft abgehört. Gebete und Gespräche wurden protokolliert. Als belastend sahen die Ermittler an, dass Safwan Gott um Verzeihung für seine Sünden gebeten habe. Das Motiv liege in nicht näher bezeichneten Konflikten zwischen den HausbewohnerInnen.

Geständnis mit viel »oder«

All das mag auf den ersten Blick einen Tatverdacht begründen. Bereits unter dem zweiten Blick löst sich der gesamte Verdacht allerdings auf: So bietet die Aussage des Sanitäters ein »Potpourri an Möglichkeiten«, wie es Safwans Verteidigerinnen Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter formulierten. Denn der Sanitäter legt sich auf nichts Konkretes fest. Safwan soll Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit aus einer Flasche oder einem Becher oder einem anderen Gefäß an die Tür eines Familienvaters oder eines anderen Hausbewohners geschüttet haben. Von einer Tür im 1. OG ist bei der Aussage von Jens L. selbst überhaupt nicht die Rede. Ein Haftrichter dichtet dieses 1.OG zur Aussage dazu – und begründet damit sechs Monate U-Haft.

Fest steht, dass Safwan noch in der Brandnacht mit mehreren Personen über den Anschlag gesprochen hat. Sie alle, unter ihnen auch ein Polizeibeamter, sagen übereinstimmend aus, dass Safwan wiedergab, was sein Vater Marwan in der Brandnacht beobachtet hat. Marwan habe ein »Bumm« gehört, habe dann aus dem Fenster geschaut und Flammen an der Haustür gesehen. »Sie haben die Treppe angezündet, damit wir nicht mehr raus





[1] Am 31. August 1996 demonstrierten etwa 200 AntifaschistInnen -trotz Verbot- in Grevesmühlen gegen das Ignorieren der möglichen Brandstifter. Die Demonstration wurde von über 700 Polizisten komplett in einer Turnhalle inhaftiert. Siehe AIB #36 u. #39.

können«. Nur Jens L. will eine andere Aussage von Safwan gehört haben...

Der Ort des Brandausbruches ist ein entscheidender Faktor: Den Flur, wo laut BKA und LKA das Feuer gelegt worden sein soll, sind nach Brandausbruch mehrere BewohnerInnen des Hauses entlang geflüchtet. Sie alle sagen aus, dass sie in diesem Flur keine Flammen gesehen haben. Die Staatsanwälte haben diesen Aussagen keinen Glauben geschenkt, sie unterstellten den meisten Flüchtlingen, sie hätten ihre Aussagen zu Gunsten Safwans getätigt. Warum aber barfuß flüchtende Menschen sich am angeblichen Ort des Brandausbruches keine Verbrennungen an den Füßen zugezogen haben, wurde von den Anklägern nicht erklärt.

Die lästigen Gesetze der Physik

Tatsächlich haben alle ZeugInnen die in einer frühen Brandphase den hölzernen Eingangs-Vorbau gesehen haben, dort starkes Feuer beobachtet. Brandsachverständige der Verteidigung gingen auch von diesem Eingangsbereich als Brandausbruchsort aus. Denn so ließe sich die weitere Entwicklung des Feuers erklären. Die Version der Staatsanwaltschaft, das Feuer habe sich nach unten durch brennendes, hinab fließendes Benzin ausgebreitet, hat einen kleinen Schönheitsfehler: Das Benzin hätte, um vom Flur zur Treppe zu kommen, eine Steigung von 13 cm überwinden müssen...

Die Abhörmaßnahme wurde im ersten Prozess für illegal erklärt. Dies kassierte der Bundesgerichtshof und ebnete damit den Weg für den Revisionsprozess vor dem Kieler Landgericht. Dieses Gericht stellte dann fest, dass die ersten Übersetzungen von Safwans Aussagen grob fehlerhaft waren, dass tatsächlich aus der gesamten Abhörmaßnahme nichts belastendes entnommen werden könne, sogar im Gegenteil. So heißt es in der Begründung des Freispruches: »Sie (die abgehörten Gespräche) sprechen in ihrer Gesamtheit vielmehr eher dafür, dass der Angeklagte von dem in dem Haus entstandenen Brand überrascht war, weil er damit nichts zu tun hatte, und dass er auch keine sichere Kenntnis von dem Brandlegungsmittel hatte«.

Vertuschter Verdacht

Vier junge Männer aus Grevesmühlen, Dirk T., René B., Maik W. und Heiko P. haben sich in der Brandnacht in Lübeck aufgehalten. Maik W. wird auch »Klein Adolf« genannt und hat SS-Literatur und Reichskriegsflagge in seinem Zimmer. Dirk T. war »mit seiner Gruppe schon in Rostock dabei«, René B. hat nichts gegen »Juden, Neger, Zecken und Wessis«, Heiko P. »kritisiert« Brandanschläge, weil »sie deutsches Gut versauen«. T., W. und B. hatten frische, höchstens 24 Stunden alte Sengspuren an Wimpern, Augenbrauen und Kopfhaar, laut Gerichtsmedizin »typisch für Brandstifter«.

Sie beschreiben Geschehnisse, die vor dem Eintreffen der Rettungskräfte am Brandhaus stattgefunden haben müssen: Eine Frau, die mit ihrem Kind auf dem Arm auf die Straße sprang und einen »brennenden Mann«. Dabei kann es sich nur um Sylvio Amoussou handeln, der im Eingangsvorbau umgekommen ist. Maik W. hat die Tat mehrmals gestanden (vor JVA-Bediensteten (er saß wegen Autodiebstahls), vor Polizei und Staatsanwaltschaft, vor Journalisten. Darüber soll hat er Anfang Januar 1996 gegenüber einem Freund geäußert haben, er wolle »demnächst nach Lübeck, um dort etwas anzuzünden«.

Am 8. Mai verfügte Staatsanwalt Dr. Böckenhauer die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die vier, denn sie hätten für die Tatzeit ein Alibi. Denn um 3.17 Uhr befanden sich B., W. und P. an einer Tankstelle, die weniger als 10 Autominuten von der Hafenstraße entfernt liegt. Wo sich Dirk T. (in einem geklauten VW Golf) aufgehalten hat, wurde nicht geklärt. Der genaue Zeitpunkt des Brandausbruches konnte übrigens bis heute nicht festgestellt werden.

Nicht nur die Verdachtsmomente zwischen Safwan Eid auf der einen Seite und den vier Männern aus Grevesmühlen sind unterschiedlich stark, der Ermittlungseifer der Behörden ist es auch: Nachdem sich die Ermittler einmal auf Safwan als Brandstifter festgelegt hatten, konnten weder physikalische Gesetze noch Geständnisse der Grevesmühlener, noch die »typischen Spuren von Brandstiftern« daran etwas ändern. ■

Aus der Zeitschrift für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig/Holstein und Hamburg »Enough is enough« Nr. 24 www.nadir.org/nadir/periodika/enough

Das Papst-Attentat

Mehr Fragen als Antworten

Andreas Förster

Andreas Förster ist Politikredakteur der Berliner Zeitung und wurde von 2001 bis 2005 vom Bundesnachrichtendienst (BND) überwacht. Die Überwachung erfolgte offenbar aufgrund geheimdienstkritischer Recherchen. Er schrieb unter anderem einen Artikel über Journalisten-Bespitzelung durch den BND, welcher die Ermittlungen auslöste, die zur aktuellen BND-Affäre führten.

Am 13. Mai 1981 erhebt sich der 23jährige Ali Agca schon im Morgengrauen aus seinem Bett in der römischen Pension Isa. Er fällt auf die Knie und beginnt zu beten. Danach rasiert er sich sorgfältig am gesamten Körper. Rein will er an diesem Tag ins Paradies gehen. Als Agca gegen neun Uhr in die Stadt aufbricht, bemerkt er, dass der Name seiner Pension in arabischer Schrift auch »Jesus« bedeuten könnte. »Ich lächele«, erinnert er sich 1994 in seiner Autobiografie »La mia Verita« (»Meine Wahrheit«) an diesen Moment. »Und es scheint mir wie vorherbestimmt, dass ich von der Pension Jesus aufbreche, um das Oberhaupt der katholischen Kirche zu ermorden.«

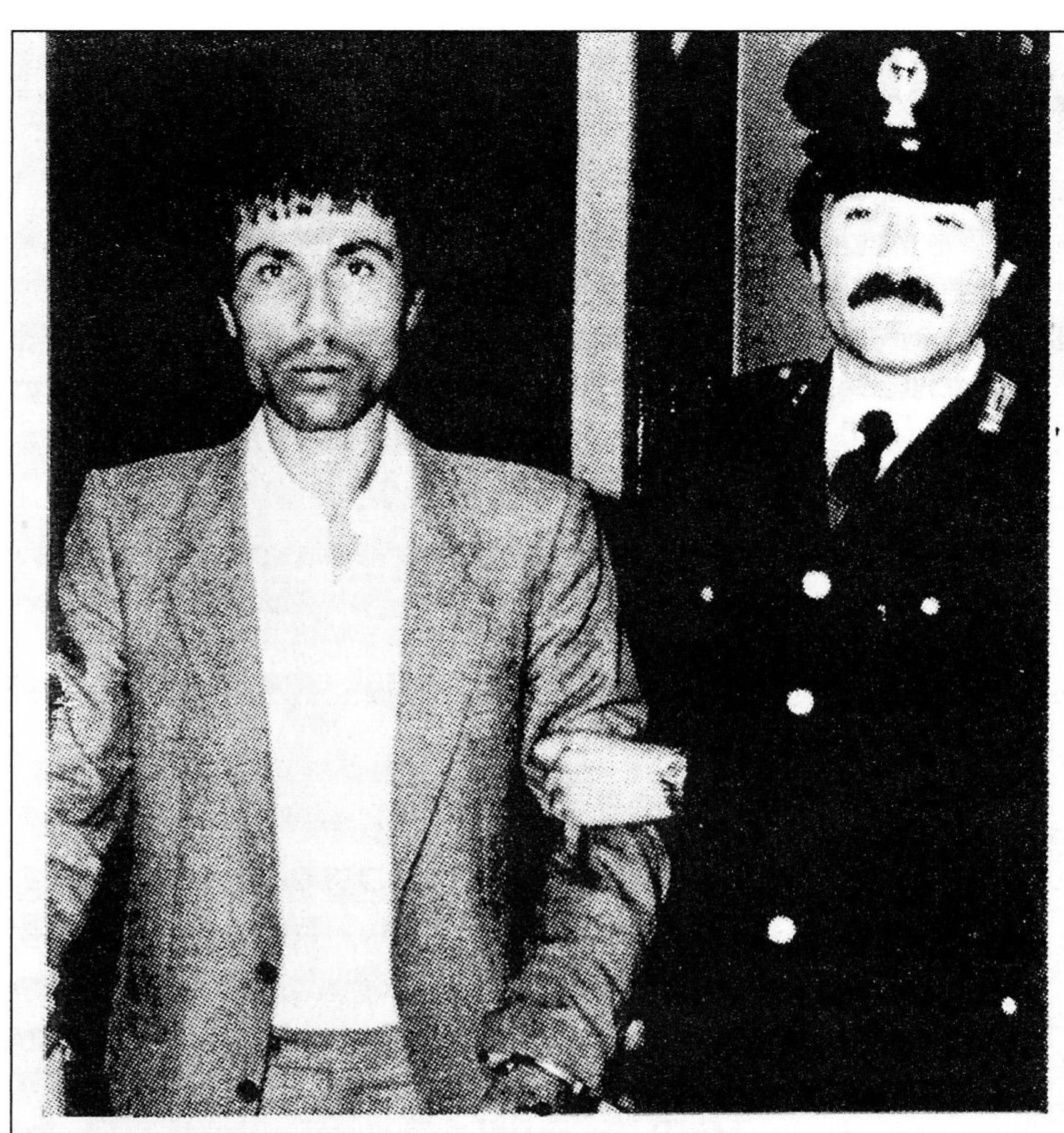
Gut acht Stunden später, um 17.17 Uhr, schießt Agca auf dem Petersplatz in Rom mindestens zweimal auf den Papst. Eine Kugel trifft den Pontifex in den Bauch, als er von seinem »campagnola« aus, einem weißen Toyota Jeep, die Gläubigen segnet. Eine zweite Kugel verletzt eine amerikanische Touristin lebensgefährlich. Dann stürzt sich die Menge auf Agca, der von herbeieilenden Sicherheitsbeamten nur mühsam vor dem Lynchtod bewahrt werden kann.

Fast ein Vierteljahrhundert nach dem Mordanschlag vom Petersplatz, kam Ali Mehmet Agca im vergangenen Januar wieder auf freien Fuß. Allerdings nur für eine Woche – nach heftigen Protesten der Öffentlichkeit wies der oberste Gerichtshof des Landes an, das einstige Mitglied der türkischen faschistischen Organisation »Graue Wölfe« wieder in Haft zu nehmen. Agca muss nun noch eine Gefängnisstrafe wegen zweier Raubüberfälle und dem vor fast drei Jahrzehnten verübten Mord an einem linken türkischen Journalisten verbüßen, die zunächst von einem Gericht in Istanbul verkürzt worden war.

Wegen der in der Türkei begangenen Taten saß Agca, der jetzt 47 Jahre alt ist, bereits seit dem Jahr 2000 in einem Istanbuler Gefängnis. Bis zum Sommer 2000 war Agca wegen des Papst-Attentates in einem italienischen Gefängnis inhaftiert gewesen. Nach der Begnadigung durch den damaligen Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi lieferte ihn Italien an die Türkei aus.

Hintergründe mysteriös

Auch wenn Agca für das Papst-Attentat gebüßt hat, sind die tatsächlichen Hintergründe des Anschlags vom 13. Mai 1981 in all den vergangenen Jahren mysteriös und unaufgeklärt geblieben. Und daran hat vor allem Agca maßgeblichen Anteil. Zu viele falsche Fährten wusste er in der Vergangenheit zu legen, als dass er noch als glaubwürdig einzuschätzen ist. So stellte er sich zunächst als Einzeltäter dar; dann beschuldigte der Türke den bulgarischen Geheimdienst, Auftraggeber des Attentats gewesen zu sein, und beförderte damit eine – später allerdings von der Justiz widerlegte – Desinformationskampagne des amerikanischen Geheimdienstes CIA. Schließ-



Schon im Gefängnis verkündete Ağca selbstsicher: *«Ich werde fliehen und einen Staatsmann ermorden.»* [1]

lich präsentierte sich Agca abwechselnd als religiöser Weltenretter und wiedergeborener Jesus. Zwischendurch beschuldigte er einen Paten der türkischen Mafia, der »wichtigste Mann in der Organisation des Attentats« gewesen zu sein. Zuletzt behauptete Agca, dass es sich bei dem Anschlag um eine »covert operation«, um eine Geheimdienstoperation, gehandelt habe.

Wenn überhaupt, dann dürfte wohl die letzte Version der Wahrheit am nächsten kommen. Bewegte sich Agca doch über Jahre hinweg in der Szene von Nachrichtendienstlern und Terroristen und erfreute sich wie seine Mitstreiter einer aufmerksamen Begleitung gleich mehrerer westlicher Geheimdienste bis hin zum deutschen Bundesnachrichtendienst, dem BND. Für die in Rom lebende frühere Spiegel-Korrespondentin Valeska von Roques, die vor fünf Jahren das auf italienischen Ermittlungsunterlagen und Interviews mit Agca basierende Buch »Verschwörung gegen den Papst« veröffentlichte, steht dann auch fest: »Ali Agca war nur eine Marionette.« Ali Mehmet Agca wird 1958 geboren, in einem Slum am Rande der westanatolischen Provinzhauptstadt Malatya. Sein Vater, ein Minenarbeiter, trinkt und schlägt seine Frau. Irgendwann im Jahre 1970 kommt er nicht mehr nach Hause, ob er tot ist oder einfach abgehauen, ist unklar.

Ali ist das älteste von drei Kindern und muss nun mit seinen zwölf Jahren die Familie ernähren. Er verdingt sich als Tagelöhner, verkauft am Bahnhof Wasser an Reisende und schleppt Zementsäcke auf Baustellen. Schon in dieser Zeit verkehrt er in rechtsradikalen Kreisen. Er dichtet Lobeshymnen auf Adolf Hitler und schmiert Nazislogans an die Schulmauer. Ein Foto zeigt den Vierzehnjährigen, wie er mit Waffen und Freunden von den Grauen Wölfen posiert, der bewaffneten Miliz der faschistischen Nationalen Aktionspartei NAP. Aber Agca ist nicht dumm, mit seinem Fleiß und Talent ist er einer der besten Schüler seines Jahrgangs. Nach dem erfolgreichen Schulabschluss gewinnt er ein Universitätsstipendium und beginnt ein Studium in Istanbul. Auch hier schließt er sich sofort einer rechtsradikalen Studentenvereinigung an. An seiner Seite findet sich ein Jugendfreund aus Malatya, der wie Agca ein fanatischer Grauer Wolf ist – Oral Celik, der ihn wenige Jahre später beim Papst-Attentat auf den Petersplatz in Rom begleiten wird.

[1], [2] In der Broschüre »MHP & Graue Wölfe – Enthüllungen über eine faschistische Terrorpartei & ihre Tarnorganisationen« wies das Westberliner Türken-Zentrum bereits im Juni 1981 auf die Hintergründe des Paps-Attentat von Ali Agca hin.

Das erste Attentat

Während des Studiums begehen Agca und Celik erste Raubüberfälle. Am 1. Februar 1979 verüben sie ihren ersten Mordanschlag. Agca, Celik und ein unbekannt gebliebener Dritter lauern an diesem Abend dem Chefredakteur der liberalen Tageszeitung »Milliyet«, Abdi Ipekci, auf und töten ihn vor seiner Wohnung im Istanbuler Stadtzentrum mit mehreren Kopfschüssen.

Die Polizei tappt bei der Tätersuche zunächst im Dunkeln. Erst vier Monate nach dem Mord wird Agca verhaftet, nachdem ein Gesinnungsgenosse ihn verraten hat. Doch schon Ende November 1979 befreien Anhänger der Faschistenpartei Agca in einer unblutigen Aktion aus dem Militärgefängnis Kartal Maltepe.

Ali Agca taucht unter und nimmt erst einmal Rache an seinem Denunzianten: Tagelang wird der Mann gefoltert, bevor Agca ihn eigenhändig erschießt. Am Abend nach seiner Befreiung aus dem Militärgefängnis, dem 28. November 1979, erreicht ein Brief Agcas die Zeitung »Milliyet«. Darin droht der Terrorist mit der Ermordung des Papstes Johannes Paul II., der am darauffolgenden Tag zu einem zweitägigen Besuch in der Türkei eintreffen wird. Er werde den Papst ermorden, →

➔ der als »Oberbefehlshaber der Kreuzzüge« von den »westlichen Imperialisten« geschickt worden sei, um zu verhindern, »dass die Türkei gemeinsam mit ihren islamischen Schwesternationen eine politisch-militärische Macht im Vorderen Orient werden könnte«, schreibt Agca in dem Brief an »Milliyet«.

Training im Libanon

Erst nach dem Papst-Attentat von 1981 wird bekannt, wo sich Agca zwischen dem Mord an dem »Milliyet«-Chefredakteur und seiner Festnahme im Juni 1979 aufgehalten hatte: in einem Terroristentrainingslager im Libanon. Das Camp südlich von Beirut wird in dieser Zeit von Frank E. Terpil geleitet, einem Waffenhändler mit besten Verbindungen zum US-Geheimdienst CIA. Der amerikanische Enthüllungsjournalist Seymour Hersh beschrieb die Gruppe um Terpil später als ein »Old-Boys-Netzwerk von ehemaligen CIA-Verantwortlichen und Militärbefehlshabern, die Mörder im Ausland trainieren«, und Verbindungen zu gegenwärtigen Führungsmitgliedern der CIA unterhielten.

Agca kommt nicht zufällig in das Terroristencamp bei Beirut. Im Frühjahr 1979, als er in den Libanon reist, gehört Agca in seiner Heimat bereits einer von mehreren Todesschwadronen an, die Teil einer staatlich finanzierten Kontra-Guerrilla sind. Die türkischen Kontras ermordeten Linke und Kurden, sie inszenierten Massaker, um die beiden Gruppen aufeinander zu hetzen. Die rechten Todesschwadronen pflegen zudem eine enge Zusammenarbeit mit der türkischen Mafia, die die Killer finanziell unterstützt. Nicht nur im eigenen Interesse – viele der Mafiosi gehörten damals dem nach Westen ausgerichteten Geheimdienst MIT an oder genossen dessen Protektion.

Eine Untersuchungskommission des türkischen Parlaments bestätigt 1997 die Existenz der zivilen Geheimarmee. Sie war spätestens in den siebziger Jahren nach dem Vorbild der in Italien unter der Bezeichnung »Gladio« bekannt gewordenen Organisation entstanden, die während des Kalten Krieges in mehreren Nato-Staaten – auch in der Bundesrepublik – von Geheimdiensten aufgebaut wurden. Die meist im rechtsradikalen Milieu rekrutierten »Gladio«-Kämpfer sollten mit Partisanenmethoden kommunistische Umtriebe im eigenen Land bekämpfen.

Die türkischen Abgeordneten ermitteln, dass sich die Kontras in ihrem Land aus geheimen Sondereinsatzkommandos der Polizei und Einheiten einer »Abteilung für besondere Kriegsführung« rekrutierten, die im Gebäude der US-Militärmission in Istanbul untergebracht war. Und sie erfahren, dass die Mordkommandos nicht nur eng mit dem türkischen Geheimdienst MIT zusammenarbeiteten, sondern auch mit der CIA und dem deutschen Bundesnachrichtendienst kooperierten.

BND-Kontakte

Der BND – so berichtete es der Chef des türkischen polizeilichen Nachrichtendienstes der Untersuchungskommission – habe sich besonders der Killertruppe um Abdullah Catli angenommen, der auch Agca und sein Jugendfreund Celik angehörten. Catli, der im Herbst 1980 ein Schulungslager der deutschen Antiterroreinheit GSG-9 besucht haben soll und anschließend gemeinsam mit Agca und Celik eine Wohnung in der Wiener Iheringgasse 33a bezog, war nicht nur ein brutaler Killer, der für die türkische Regierung Mordanschläge in Frankreich auf armenische Befreiungskämpfer verübte. In den siebziger und achtziger Jahren beherrschte er auch den türkischen Heroinhandel. Beschützt von westlichen Geheimdiensten konnte Catli dennoch unbehelligt in die Bundesrepublik und in andere europäische Staaten einreisen.

Und wenn es ihn doch einmal erwischte – wie 1981 in der Schweiz – dann konnte er sich auf mächtige Freunde verlassen. Damals reiste extra ein CIA-Team aus Ankara an, das sich erfolgreich bei den eidgenössischen Behörden für eine schnelle Freilassung Catlis einsetzte. Auch in Florida, wo Catli Anfang der achtziger Jahre von der Einwanderungsbehörde festgesetzt wurde, kam er schon nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß – zusammen mit seiner Begleitung, dem damals von Interpol meistgesuchten italienischen Rechtsterroristen Stefano Delle Chiaie.

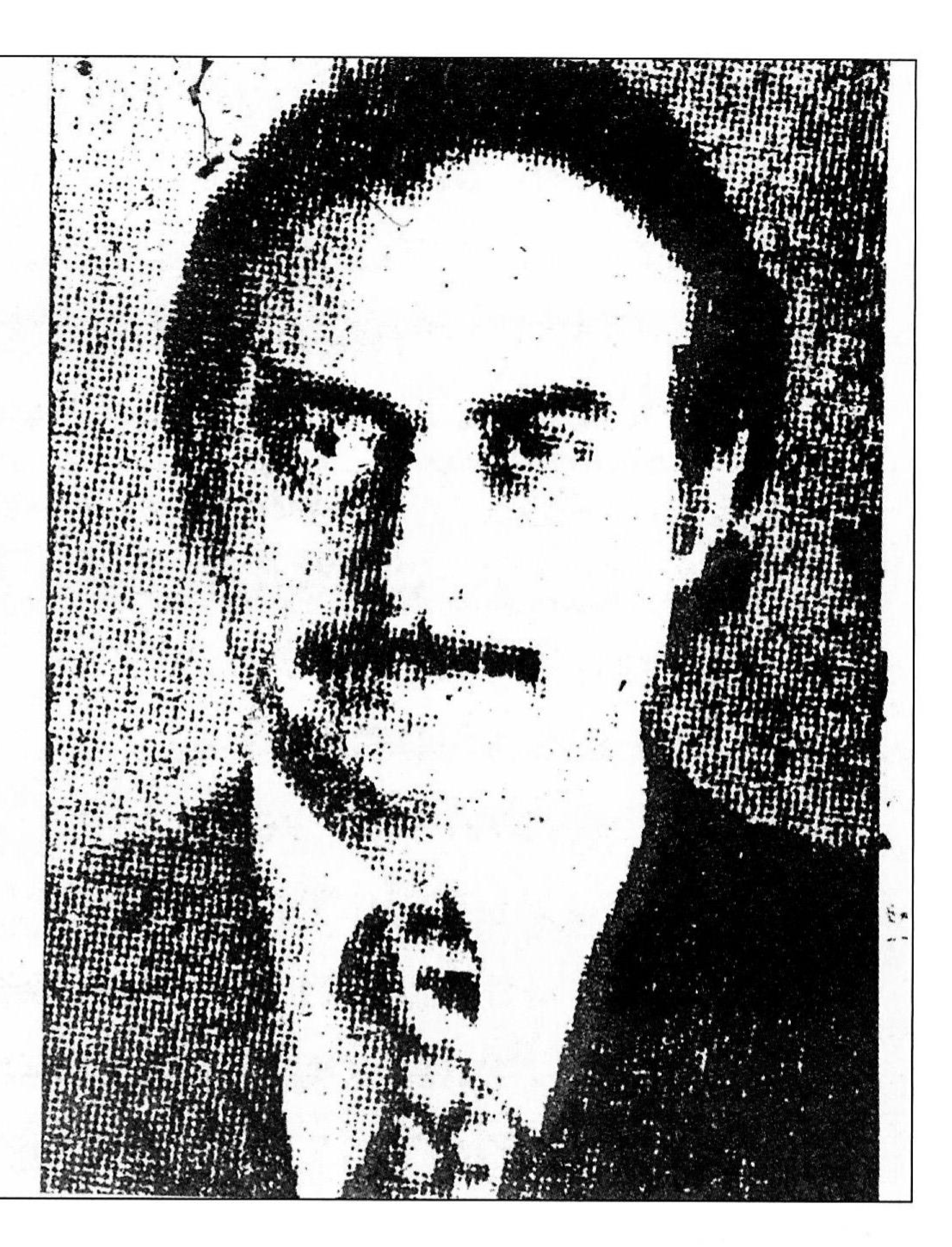
In Deutschland blieb Catli ebenfalls unbehelligt. In den achtziger und neunziger Jahren reiste er unter einem in der Bundesrepublik sogar öffentlich bekannten Pseudonym ungehindert ein und aus. Für den Chef des polizeilichen Nachrichtendienstes der Türkei keine Überraschung: Die Bande um Abdullah Catli habe eng mit dem deutschen Bundesnachrichtendienst zusammengearbeitet, berichtete der Offizier 1997 dem Untersuchungsausschuss des türkischen Parlaments. Die brisante Aussage, die in der türkischen Presse nachzulesen war und sicher auch von der deutschen Botschaft in Ankara zur Kenntnis genommen wurde, blieb von bundesrepublikanischer Seite unwidersprochen.

Vier Täter - eine Verurteilung

Neben Catli erfreute sich aber auch Ali Agca, der nach seiner Flucht 1979 aus der Türkei zeitweise in Deutschland untergetaucht war, eines besonderen Wohlwollens der hiesigen Sicherheitsbehörden. Dabei war Agca den Geheimdiensten und der Polizei als »schwarzer« Terrorist und Mitglied der »Grauen Wölfe« bekannt. Immerhin ermittelten die Behörden in zwei in Deutschland verübten Mordanschlägen auf Exil-Türken auch gegen Agca. Die kommunistische »Föderation der türkischen Arbeiter in der

[2]

Abdi Ipekçi, Chefredakteur der Tageszeitung Milliyet, wurde am 1.3.79 ermordet. Der Mörder hieß: Mehmet Ali Ağca. Nach dem Mord brachte Ağca die Tatwaffe ins MHP-Bezirksbüro von Aksaray.



Bundesrepublik« wandte sich im November 1980 sogar mit einem Protestbrief an den damaligen Innenminister Gerhart Baum (FDP). Darin drückten die Türken ihr Unverständnis darüber aus, »dass ein politischer Mörder, der sich nach vielen Hinweisen in der Bundesrepublik befindet, trotz der Anzeigen durch türkische Landsleute nicht verhaftet« werde. Agca und seine Kumpane von den »Grauen Wölfen« aber brauchten keine Angst vor deutschen Behörden zu haben. Der Bundesnachrichtendienst unterhielt damals enge »Arbeitsbeziehungen« zu der in der Bundesrepublik unter dem Tarnnamen »Idealistenvereine« operierenden rechtsterroristischen Gruppe. Viele »Graue Wölfe« hatten Zuflucht in Deutschland gesucht, nachdem ihre Organisation kurz nach dem Militärputsch im September 1980 von der türkischen Junta verboten worden war. Die türkischen Behörden präsentierten damals in einem Prozess sogar Briefwechsel zwischen Funktionären der »Wölfe« und BND-Mitarbeitern.

Agca, Catli, dazu die ebenfalls vom BND und anderen westlichen Geheimdiensten geschützten Oral Celik und Bekir Celenk – diese vier türkischen Rechtsterroristen spielen letztlich die zentrale Rolle in der Verschwörung, die zu dem Papst-Attentat vom 13. Mai 1981 führte. Darauf weisen die jahrelangen Ermittlungen der italienischen Justiz hin. Aber nur Ali Agca ist verurteilt worden, die Beweise gegen seine Freunde reichten nicht aus. Ungeklärt ist bis heute auch die Rolle, die Geheimdienste und die mit dem Opus Dei konkurrierenden Fraktionen innerhalb des Vatikans bei dem Attentat spielten. Für deren Mitwirkung am Komplott gibt es nur Indizien.

Er habe, so sagt Agca heute, inzwischen seinen Frieden gefunden. Es sei ihm wichtig gewesen, dass ihm der Papst verziehen und 1983 in seiner Gefängniszelle besucht habe. Die Wahrheit über das Attentat von 1981 wird er später einmal enthüllen, kündigt er noch an. ■

Codierte und getarnte Zeugen

Zwei Berliner Angeklagten wird vorgeworfen, gemeinschaftlich bei Protesten gegen eine Neonazi-Demonstration in Dresden einen schweren Landfriedensbruch begangen zu haben. Sie werden nach ihrer Festnahme von zwei Berliner Polizeibeamten belastet, die als Zivilbeamte eingesetzt waren.

Rechtsanwältin Silke Studzinsky

Eigentlich also ein ganz normaler Sachverhalt in einem Strafprozess – sollte man meinen. Doch das Verfahren gestaltet sich eigentümlich. Die Polizeibeamten erscheinen bereits in ihrer ersten Vernehmung mit einer Codiernummer ausgestattet; ihre Namen werden nicht genannt.

Die Verteidigung versucht wiederholt ihre Namen zu erfahren, um so die Glaubwürdigkeit der Zeugen überprüfen zu können. Einen Tag vor der Hauptverhandlung erließ die Senatsverwaltung für Inneres schließlich eine Sperrerklärung analog zu § 96 StPO mit der Begründung, die Bekanntgabe der Namen würde dem Wohl des Landes Berlin Nachteile bereiten. Den Zeugen wurde zudem gestattet, während ihrer Vernehmung in der Hauptverhandlung ihr Äußeres zu verändern.

Die Sperrerklärung der Senatsverwaltung stützt sich im Wesentlichen auf zwei Argumentationslinien: Die Beamten (und ihre Familien) seien persönlich gefährdet, da im Falle der Offenlegung ihrer Namen zu befürchten sei, dass diese über das Internet verbreitet werden würden und sie Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt wären. Und zweitens: Die Beamten seien in speziellen Diensteinheiten eingesetzt, die für die operative Bekämpfung der linksextremistischen kriminellen Szene zuständig seien und ihr künftiger Einsatz in diesen Sondereinheiten würde vereitelt werden.

Das erste Argument nimmt Bezug auf § 68 Abs. 3 StPO, wonach Zeugen im Falle einer »Gefährdung für Leben, Leib oder Freiheit« gestattet werden kann, ihren Namen geheim zu halten. Die weitere Begründung der »Gefährdung der weiteren Verwendung« ist § 110 b Abs. 3 StPO zu entnehmen. Dies ist eine Sonderregelung für verdeckte Ermittler. Die hiesigen Zeugen sind aber ganz gewöhnliche Polizeibeamte, die unter anderem auch in Uniform auftreten. Sie sind gerade keine verdeckten Ermittler. Die Sperrerklärung enthält aber auch keine Prüfung der individuellen Gefährdung jedes einzelnen Zeugen. Daraufhin begehrte die Verteidigung beim Verwaltungsgericht im Wege der einstweiligen Anordnung die Feststellung, dass die Sperrerklärung rechtswidrig sei. Sie argumentierte, dass die Glaubwürdigkeit der Zeugen ohne Angabe ihres Namens nicht überprüft werden könne, die Rechte der Verteidigung dadurch erheblich beschränkt und der Anspruch auf ein faires rechtsstaatliches Verfahren verletzt sei. Angesichts der erheblichen Strafdrohung gegen einen der Angeklagten (er befand sich zu Beginn der Hauptverhandlung bereits über 10 Monate in Untersuchungshaft) sei die Beschränkung der Verteidigung von besonderem Gewicht. Das Verwaltungsgericht wies den Antrag zurück. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte auf die Beschwerde hin die erstinstanzliche Entscheidung.

Zwar gab das Verwaltungsgericht zu, daß die erforderliche Interessen-

abwägung nur in einem einzigen Satz erfolgt und nicht die gesamten Anforderungen erfüllt seien, wie sie das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat, erfüllt. Dennoch führe dies nicht zur Rechtswidrigkeit der Sperrerklärung, denn »die Beschränkung der Verteidigungsrechte ist vergleichsweise gering und hat hinter dem Interesse an der Geheimhaltung der Identität der Zeugen zurückzutreten.«

Das Verwaltungsgericht stellte darüber hinaus fest, das § 110 b Abs. 3 StPO über den Wortlaut hinaus nicht nur für verdeckte Ermittler, sondern auch für andere Auskunftspersonen gelte. Im Laufe der Hauptverhandlung stellt sich folgendes heraus: Die codierten Zeugen waren in der Vergangenheit keinerlei Bedrohungen oder Angriffen ausgesetzt. Dennoch traten sie erstmalig in diesem Verfahren mit Codiernummern auf, obwohl sie bereits seit vielen Jahren beim Staatsschutz eingesetzt sind. Sie fühlten sich noch nicht einmal subjektiv durch die Bekanntgabe ihrer Namen persönlich gefährdet. Die Codiernummern wurden durch den Dienstvorgesetzten vergeben, eine Überprüfung der Voraussetzung für die Geheimhaltung der Namen erfolgte nicht. Der Chef der Dienststelle erklärte, dass die ihm unterstellten Beamten und Beamtinnen grundsätzlich alle codiert auftreten.

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage vom 14. November 2005 gab der Berliner Innensenator Dr. Körting an, dass eine Codierung »immer nach gründlicher Prüfung des Einzelfalles« erfolge und »die Frage der Codierung nicht von bestimmten Tätergruppen abhängig ist, sondern sich nach der individuellen Gefährdung der Zeugen richtet.« Er konnte allerdings keine Auskunft darüber erteilen, wieviele und in welchen Fällen Codiernummern bisher vergeben worden sind und war folglich auch nicht in der Lage, die Vergabe von Codiernummern zu kontrollieren.

In Berlin ist es inzwischen zum Regelfall geworden, daß ganz gewöhnliche zivil und uniformiert auftretende PolizeibeamtInnen des Staatsschutzes unter Codiernummern auftreten. Diese Praxis unterliegt keiner tatsächlichen Kontrolle durch die dienstvorgesetzte Innenbehörde, ja die Senatsverwaltung wird offenbar nicht einmal über die Fälle informiert. Vielmehr vergibt jedeR EinsatzleiterIn der Polizei eigenmächtig Codiernummern, und wie man im vorliegenden beispielhaften Fall sieht, ohne eine individuelle Gefährdungsprüfung vorzunehmen. Auch objektive und/oder subjektive Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung der einzelnen PolizeibeamtInnen werden nicht geprüft.

Die Ausnahme- und Sonderregelungen in der StPO für verdeckte Ermittler, die eigentlich restriktiv gehandhabt werden müssen, werden damit in unzulässigerweise auf alle Auskunftspersonen ausgeweitet.

Die vorliegend beschriebene Hauptverhandlung gestaltete sich dementsprechend kurios. Fragen an die Zeugen, die über ihre Angaben in ihren polizeilichen Vernehmungen hinausgingen, wurden verweigert. Eine tatsächliche Aufklärung des Sachverhalts war ausgeschlossen. Damit wird ein wesentliches und grundlegendes Recht der Verteidigung in einem rechtsstaatlichen Verfahren, nämlich die Glaubwürdigkeit von Zeugen überprüfen zu können, mit einem Handstreich weggewischt.

Die Ausnahme wird zur Regel. Dies ist umso problematischer, wenn es sich wie hier um BeamtInnen von Sondereinheiten wie dem Staatsschutz handelt, die durch ihre Spezialisierung regelmäßig ein besonderes Verfolgungsinteresse entwickeln. Eine solch einschneidende Praxis wird eigenmächtig und unkontrolliert von den jeweiligen Dienstvorgesetzten ausgeübt und entspricht nicht den Anforderungen der Senatsinnenverwaltung. ■

Ein Richter (Dr. Peter Faust; Vorsitzender des Deutschen Richterbundes in Berlin und Vorsitzender Richter am Landgericht), ein Abgeordneter (Volker Ratzmann; Rechtspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus) und eine Strafverteidigerin (Silke Studzinsky) diskutierten am 23. Mai 2006 in Berlin aus ihren unterschiedlichen Perspektiven mit knapp 200 Leuten auf einer Veranstaltung die Rechtmäßigkeit und Legitimität der gängigen Praxis, Berliner PolizeibeamtInnen in politischen Kontexten vor Gericht anonym erscheinen zu lassen. Die »Kritischen JuristInnen« an der Freien Universität hatten sich entschieden, diese Veranstaltung durchzuführen, um das Thema und die »Vergeheimdienstlichung« von einfacher Polizeiarbeit zu thematisieren und unter StrafverteidigerInnen populär zu machen, da das außergewöhnliche Instrument PolizeibeamtInnen in Gerichtsverfahren anonym auftreten zu lassen und sie von ihrer generellen Aussagepflicht zu befreien, zu oft und meist unhinterfragt angewandt wird. Richter Faust verwies auf die Möglichkeit der RichterInnen bei schlechter Beweislage durch eingeschränkte Aussagegenehmigungen der ZeugInnen entsprechend auch nur eingeschränkt Urteile sprechen zu können, sprich Angeklagte freizusprechen sofern die Beweisaufnahme (dazu gehört auch die Glaubwürdigkeit der ZeugInnen überprüfen zu können) stark beeinträchtigt ist. Die Begründung, dass die spezielle Tätigkeit der LKA BeamtInnen nach ihrer Identifizierung nicht mehr ausgeübt werden kann, reiche für eine Codierung nicht aus. Volker Ratzmann bewertete das Vorgehen bestimmte Szenen prinzipiell als »gefährlich« und daher die ZeugInnen gegen sie »gefährdet« einzustufen als unzulässig, da eine Stimmungsmache gegen politische Strömungen durch falsche Gefährderprognosen RichterInnen und SchöffInnen negativ beeinflusse. Die polizeiliche Amtsweitung für eine »perfekte« Kriminalitätsbekämpfungseffizienz blende die realen Bedingungen und die Grundrechte der BürgerInnen völlig aus. ■

Mehr Informationen: http://www.rechtskritik.de, http://freechristian.de.vu bzw. http://freechristian.gulli.to

Spielabbruch!

Die neonazistische Fußball-Szene in Italien

»Wir haben immer danach gesucht, wo es die härtesten Auseinandersetzungen gab. Und von heute aus betrachtet kann man sagen, dass das Stadion ein wenig das Training für die Guerilla war, um sie dann später '77 in die Stadt zu tragen. Nach dem Spiel Mailand-Neapel sind wir mit den Rufen 'Neapel, Neapel: Fick Dich!' von San Siro losgelaufen. Und weg die Scheiben vom Bus. Das endete dann so, dass die Polizei auf uns schoss. Wir rannten und Du hörtest – disch, disch – die Kugeln. Und wir riefen 'Autonomia Operaia' und haben den Laden von Fiorucci plattgemacht, der bei jeder Demo plattgemacht wurde.«

(Nanni Balestrini, I Furiosi, S. 85/86).

Es ist lange her, dass die politische Hegemonie in den Stadien Italiens links war. Spätestens im Laufe der 1990er Jahre lösten sich die vormals eher linken Fangruppen auf oder drifteten nach rechts.

Wie nahezu sämtliche Strukturen Italiens, wird auch die Fußballszene von einem undurchschaubaren Filz aus Neofaschismus und Mafia beherrscht. Letztlich geht es ums Geschäft. Da im Stadion grundsätzlich dieselben Regeln wie in der Gesellschaft gelten, lässt es sich auch mit denselben Allianzen regieren. Die Grenzen zwischen Fanklubs, Neofaschismus, organisiertem Verbrechen und groß angelegtem Finanzbetrug der Vereine sind fließend. Und überall kontrollieren die Fanklubs den Markt mit Fanartikel und Auswärtsspielen.

Beim Derby gegen AS Roma im Januar 2005 grüßte der Kapitän von Lazio Roma, Paolo Di Canio, die Fankurve der Irriducibili Lazio (irriducibili = die Unbeugsamen) mit dem faschistischen römischen Gruß. Mitte Dezember wiederholte er dieses während des Spiels gegen AS Livorno, und am 17. Dezember gegen Juventus Torino. »Ich bin ein Faschist, aber kein Rassist«, sagt der 37jährige. Um seine Einstellung zu manifestieren ziert ein eintätowiertes »Dux« (lat. Führer bzw. Duce) seinen rechten Oberarm und das »Rutenbündel« (Zeichen der ital. Faschisten) seinen Rücken. Aus seiner Sympathie für den faschistischen Diktator Benito Mussolini machte er noch nie einen Hehl.

Lazio Roma

Silvio Berlusconi, selbst Besitzer des früher traditionell linken Vereins AC Milano, gab dem Faschisten Di Canio sofort Schützenhilfe: »Ich kenne Di Canio sehr gut, er ist ein guter Junge. Er ist nur ein wenig extrovertiert.« Bereits 2004 zeigte Di Canio seine Verbundenheit mit den Irriducibili Lazio, indem er bei den MTV-Awards eines ihrer T-Shirts trug. Die faschistischen Irriducibili Lazio sind eine der größten italienischen Ultragruppen Italiens mit angeblich bis zu 7.000 Mitgliedern. Sie vertreten offensiv faschistische Positionen und versuchen diese ins Stadion zu tragen. Schon 1998 hissten sie beim Derby gegen AS Roma ein 18 Meter langes Transparent mit der Aufschrift »Auschwitz ist Eure Heimat, die Öfen Euer Zuhause«.

Doch auch beim Erzrivalen AS Roma sieht es nicht besser aus. Deren CUCS (Commando Ultra Curva Sud) schwenkten beim Spiel gegen den linksgerichteten Verein AS Livorno nicht zum ersten Mal Haken- und Keltenkreuzfahnen. Zudem führten sie ein in deutscher Sprache verfasstes Transparent mit der Aufschrift »Got mit uns« [Schreibweise übernommen].

Personen und Organisationen, die in den 70/80er Jahren dem Rechtsterrorismus in Italien zuzurechnen waren, intervenierten gezielt in die Fußballszene. Die Erwartung, schlagkräftige Anhänger zu gewinnen und die Massenwirkung des Vehikels Fußball für ihre Propaganda nutzen zu können, wurde erfüllt. Insbesondere bei den Fanklubs von Lazio Roma und AS Roma fielen die Bemühungen auf fruchtbaren Boden.

Allen voran sorgte sich Roberto Fiore (53), Gründer und heutiger Chef der faschistischen »Forza Nuova«, um Einflussnahme.

Zu Beginn der 1980er Jahre flüchtete Fiore nach Großbritannien, weil er der Mitgliedschaft in der rechten Terrorgruppe »Nuclei Armati Rivoluzionari« (NAR – Bewaffnete Revolutionäre Zellen) verdächtigt wurde. Der NAR wurden über 100 Morde, unter anderem auch der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna im Jahre 1980, angelastet. Obwohl er in Abwesenheit zu einer hohen Haftstrafe verurteilt wurde, konnte er unter dem Schutz der britischen Regierung – und wohl auch als Agent des englischen Auslandsgeheimdienstes MI6 – in London ein Firmenimperium auf-

bauen. Schwerpunkt ist u.a. das Tourismusunternehmen »Easy London«.

Aus dem Exil gründete Fiore 1997 die faschistische »Forza Nuova« (FN) mit Sitz in Rom. Diese Partei versammelt Faschisten, rechte Abtreibungsgegner, Antisemiten, Neonazi-Skinheads und eben Hooligans. Im März 1999 kehrte er nach Italien zurück. Der FN-Chef unterhält gute Kontakte zur NPD und war in den letzten Jahren mehrmals in Deutschland. Im November 2003 schloss sich die FN mit dem »Movimento Sociale – Fiamma Tricolore« (MSFT) von Alessandra Mussolini und der »Fronte Sociale Nazionale« (FSN) von Adriano Tilgher (bis 1976 bei der rechtsterroristischen Vereinigung »Avanguardia Nazionale«) zum Bündnis »Alternativa Sociale« (AS) zusammen. Bei den Europawahlen 2004 erreichten sie 1,2 % (ca. 398.000) der Stimmen. Für die im April 2006 stattfindenden Parlamentswahlen hat Berlusconis »Forza Italia« ein Wahlbündnis mit der faschistischen AS unter dem Namen »Casa delle Libertá« geschlossen. In Rom übt die FN über ihre Unterorganisation »Base Autonoma« Einfluss auf die Fanklubs von Lazio und AS aus. »Base Autonoma« kontrolliert etwa die AS-Fanklubs »Tradizione e Distinzione« und »Banda de Noantri«. Als im März 2004 nach Ausschreitungen anlässlich des Derby Lazio vs. AS in Rom drei Anführer faschistischer AS-Fanklubs festgenommen wurden, kam sogar Alessandra Mussolini zum Besuch ins Gefängnis. Nicht anders geht es im Norden des Landes zu. So sollen Mitglieder der Irriducibil Inter von Inter Mailand mit Unterstützung der »Forza Nuova« hinter zahlreichen Überfällen und Brandanschlägen im Jahre 2004 auf linke Zentren der gesamten Lombardei stehen (vgl. AIB # 66). Auf die faschistischen Parolen antworten die Klubmanager meist mit: »Die Politik muss raus aus den Stadien!« (Franco Sensi; Klubchef vom AS Roma). Doch solange Faschisten (Di Canio) dort den römischen Gruß zeigen, Trainer (AS Bari) in Kameras Sätze sagen, wie: »Neger sollen gefälligst zu Hause bleiben!«, faschistische Fanklubs verhindern, dass schwarze oder israelische Spieler verpflichtet werden können (Hellas Verona; Udinese Calcio; Lazio Roma) und linke Spieler für das Grüßen mit der geballten Faust (Cristiano Lucarelli/AS Livorno) eine dreimal höhere Strafe als Di Canio bekommen, ist damit nur eins gemeint: »Linke Politik raus aus den Stadien!«.

Und das ist kaum verwunderlich. Denn das Stadion kann als Spiegel der gesellschaftlichen Zustände gelten. Und zur Zeit sieht es nicht so aus, als ob sich die italienische Gesellschaft aus dem fester werdenden Griff der faschistisch-mafiosen Clique um Berlusconi, Fini, Mussolini, Fiore etc. pp. befreien kann oder will.

Strategie der Spannung 2006

Am Samstag, dem 11. März 2006, rief das faschistische »Movimento Sociale – Fiamma Tricolore« zu einer Wahlkampfkundgebung in Mailand auf. Antifaschisten mobilisierten zu einer Gegenkundgebung. Ähnlich wie bei einem faschistischen Aufmarsch am 11. November 2001 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Mehrere hundert Antifaschisten versuchten gegen 12.30 Uhr zum Auftaktort der Faschisten zu gelangen. Der Aufmarsch sollte erst gegen 16.00 Uhr beginnen. Dennoch wurden sie von der Polizei angegriffen. Während der antifaschistischen Demonstration soll in den Reihen der Polizei angeblich eine Nagelbombe detoniert sein, durch die zahlreiche Carabinieri verletzt wurden. Ob dieses der Wahrheit entspricht, ist bislang noch nicht bestätigt.

Ob Tatsache oder taktisches Gerücht, erinnert diese Meldungen an das Italien der 70er und 80er Jahre. Damals begingen rechte Gruppen zahlreiche Terroranschläge mit hunderten von Verletzten und Toten, um diese der Linken in die Schuhe zu schieben. Dem Staat sollte so eine Legitimation zu einem härteren Durchgreifen geliefert werden, um schließlich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Rechten zu verschieben - die Strategie der Spannung. Der Verdacht, dass es sich auch hier um einen rechten Anschlag in dieser bitteren Tradition handelt, liegt nahe.

Nach der Detonation wurden die Demonstranten eingekesselt und angegriffen. Mehrere Autos wurden angezündet, ein Wahlbüro der rechten »Alleanza Nazionale« brannte ab, acht Polizisten und acht Carabinieri wurden verletzt.

Mindestens 45 Antifaschisten sind festgenommen und in richterlich bestätigter Untersuchungshaft. Wie während des G8-Gipfels in Genua, wurden die Antifaschisten auf der Wache systematisch mißhandelt. In der Folge distanzierten sich sämtliche linken Parteien und Gruppierungen von den Ausschreitungen. Die Presse nannte mehrere Verhaftete mit vollem Namen unter Angabe ihrer Vorstrafen.

Im Jahre 2006 hat Italien keine Strategie der Spannung mehr nötig; die ohnehin schon marginalisierte Linke wird auch so zunehmend in die Enge getrieben. ■



[1] Der Spruch »Gott mit uns« stand auf den Koppelschlössern der Reichswehr und der Wehrmacht. Hier als Transparent bei einem Spiel zwischen AS Roma und AS Livorno.

Die extreme Rechte in der Türkei

2. Teil

Von Yasar Aydin

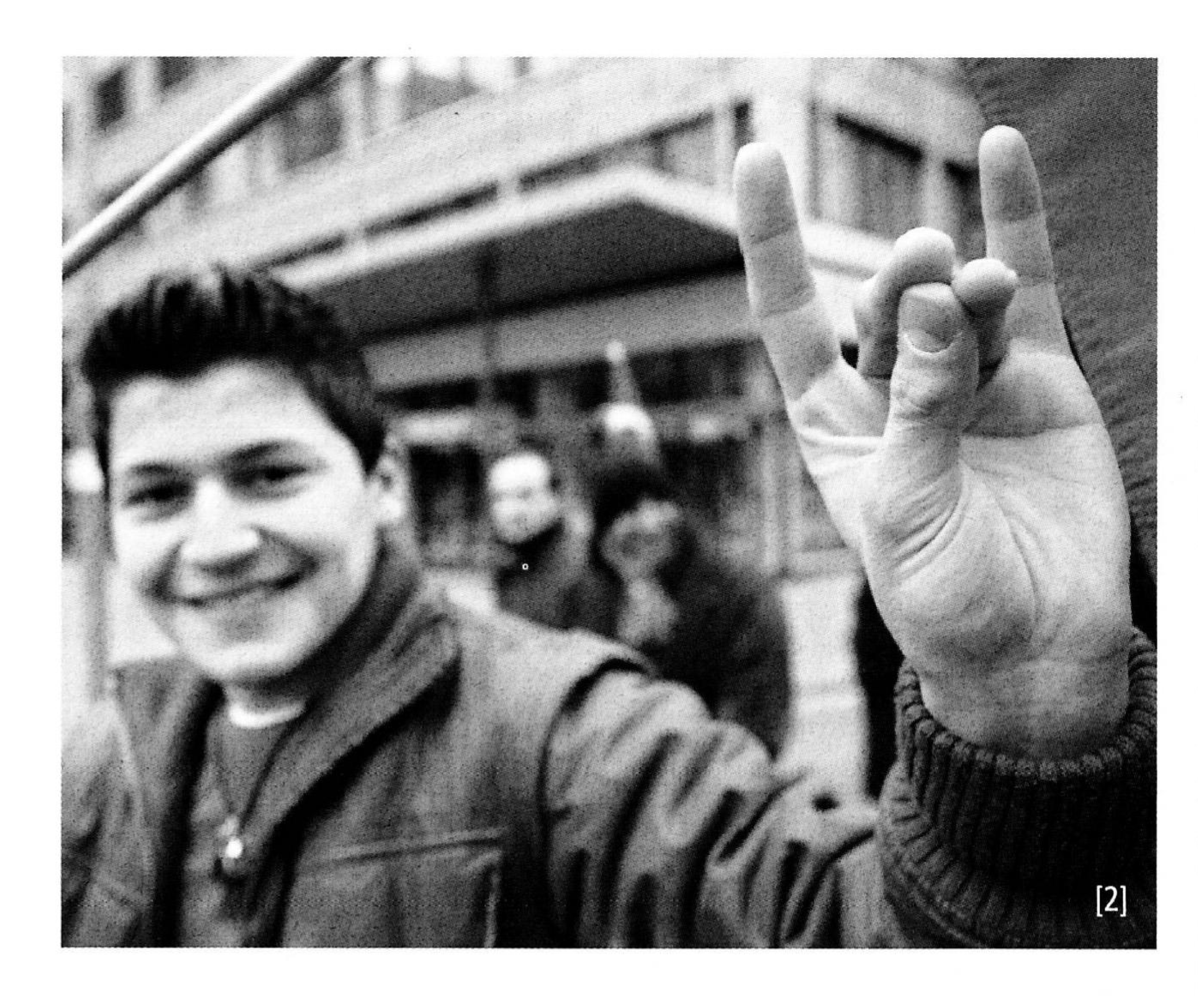
Die Formierung in den 1960ern: MHP und die Grauen Wölfe

Der Oberst Alparslan Türkes gehörte zu den Offizieren, die den Militärputsch vom 27. Mai 1960 durchführten. Bald danach geriet er jedoch in Konflikt mit den Mitgliedern des Komitees für Nationale Einheit (Milli Birlik Komitesi). Ihm und seinen Mitstreitern schwebte eine autoritäre Militärdiktatur vor, die das Land rasch industrialisieren und die nationale Einheit stärken sollte. Türkes und seine Freunde wurden vom Komitee für Nationale Einheit entlassen und ins Ausland geschickt. Nach einem relativ kurzen Aufenthalt als Militärattaché in Indien kehrte er wieder zurück und trat bald mit seinen Mitkämpfern der Republikanischen Nationalen Bauernpartei bei, übernahm den Parteivorsitz und besetzte die zentralen Gremien mit eigenen Leuten. Der Name der Partei wurde in Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) umgeändert und die Jugendorganisation Ülkücü Gençlik gegründet (bekannt auch als Graue Wölfe). Ziel dieser Jugendorganisation war die Rekrutierung von Militanten und ihre Ausbildung in Kommandocamps. Sie wurden später als paramilitärische Kräfte zunächst gegen die legalen sozialistischen Organisationen und in den 1970er Jahren gegen revolutionäre Bewegungen eingesetzt. Zur Gewaltpraxis der Grauen Wölfe gehören zahlreiche Attentate auf linke und liberale Intellektuelle, gegen linke Gewerkschafter sowie Pogrome gegen Aleviten in Maras und Çorum, gegen linke Bewegungen und Aktivisten in Fatsa und an den Universitäten. Der Hauptunterschied zwischen dem Weltbild der MHP und dem der extrem rechten Gruppen und Aktivisten in den 1930ern und 1940ern ist die Einstellung zum Islam. Während die letzteren eine säkulare und islamkritische und zum Teil sogar islamophobe Haltung an den Tag legten und den zentralasiatischen Ursprung betonten, rückte die MHP um Türkes den Islam immer mehr in den Vordergrund und distanzierte sich vom offenen Bekenntnis zum Rassismus. Türkes betonte stets die guten Beziehungen der Türken zu Juden in der Geschichte und Gegenwart. Die Ablehnung zumindest des offenen Rassismus war auch wichtig, um auch Militante unter den Kurden zu rekrutieren, wobei Türkes beachtliche Erfolge erzielen konnte.

Nach einer kurzen Phase der Desorganisation und Desorientierung nach dem Militärputsch von 1980, gelang es der Ülkücü Bewegung, sich unter der Führung von Türkes neu zu formieren. Während der 1980er und 1990er Jahre setzte sich die Islamisierung, trotz Unterstützung der politischen Kampagne gegen die islamistische Wohlfahrtspartei, fort. Heute gehört eine reaktionäre Auslegung des Islams (»Türkisch-Islamische Synthese«) zum wesentlichen Bestandteil extrem rechter Ideologie. Zu den Prioritäten der Ülkücü Bewegung gehörten in den 1990er Jahren die Unterstützung des Staates beim Kampf gegen die bewaffneten Milizen der PKK und Werbung zur Unterstützung ausländischer Türken (eine Art »Soft-Pantürkismus«). Die enge Zusammenarbeit mit der konservativ-sozialdemokratischen Regierung zunächst unter der Führung von Süleyman Demirel und später von Tansu Çiller zu Lebzeiten von Türkes sowie die Regierungsbeteiligung zusammen mit der Mutterlandspartei und Demokratischen Linkspartei unter der Führung von Bülent Ecevit führte auch zu einer gewissen Mäßigung zumindest der Partei, wenn auch nicht der Anhänger der Ülkücü Bewe-



[1] Anhänger der Grauen Wölfe in Berlin-Kreuzberg



[2] Das aus Fingern geformte Symbol der »Grauen Wölfe«.

gung. Unter der Führung von Devlet Bahçeli hat sich die MHP zu einer nationalistischen bzw. rechtskonservativen Partei mit antidemokratischen, antiwestlichen und reaktionär-konservativen Tendenzen entwickelt. Die radikalere extrem rechte Linie wird eher von der Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi) unter der Führung von Muhsin Yazicioglu vertreten.

Rechtsextremismus oder Faschismus?

Waren oder sind die MHP und die Ülkücü Bewegung faschistisch? Wenn wir uns die Ideologie und Praxis dieser Partei und der ihr nahe stehenden Organisationen in den 1960er und 1970er Jahren vor Augen führen, erkennen wir, dass sie fast alle Merkmale faschistischer Bewegungen tragen. Was in der Ülkücü Bewegung fehlte, waren der positive Bezug zum Nationalsozialismus, zur Vernichtung europäischer Juden und ein hemmungsloser Vernichtungswille. Das Fehlen dieser Merkmale und der Islamismus können als Besonderheit der türkischen faschistischen Bewegung betrachtet werden.

Ist die gegenwärtige negative Hochkonjunktur der extremen Rechten der Vorbote einer faschistischen Gefahr? Eine solche Deutung wäre übertrieben, zumal in der heutigen Türkei von einer gut organisierten Bewegung, die sich die faschistische Utopie zum Ziel gesetzt hat, nicht gesprochen werden kann. Weder die gegenwärtige MHP noch die radikalere Partei der Großen Einheit haben ein solches Ziel. Ferner fehlen in diesen Parteien die strikte Unterwerfung unter das Führerprinzip oder ein ausgeprägter Vernichtungswille gegen bestimmte Gruppen. Zudem verfolgt die MHP heute eine, verglichen mit den 70er Jahren, »besonnene« Politik und distanziert sich von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Man sollte auch nicht aus den Augen verlieren, dass die MHP nicht in der Lage war, bei den nationalen Wahlen die 10%-Hürde zu überspringen, um im Parlament vertreten zu sein. Aktuellen Polit-Barometern zufolge steht die MHP an der Schwelle der 10%-Hürde, die Partei der Großen Einheit sogar unter 2 %. Außerdem würde der herrschende historische Block, zu dem auch die Militärs gehören, den Aufbau einer faschistischen Bewegung nicht zulassen. Es ist jedoch realistisch, dass es der MHP gelingt, die konservativ-reaktionären Proteste in Zentral- und Ostanatolien sowie an den Rändern der Großstädte für sich in Stimmen umzumünzen, die für eine Regierungsbeteiligung ausreicht. In diesem Falle könnte die MHP versuchen, die Demokratisierung der Gesellschaft und die Anbindung an die EU zu verlangsamen.

Doch all dies reicht für eine Entwarnung nicht aus, denn es herrscht ein für die extreme Rechte günstiges Klima: So werden zum Beispiel in der Schwarzmeerregion Gerüchte in Umlauf gebracht, die orthodoxe Kirche missioniere Jugendliche aus armen Familien, bilde sie in Griechenland aus und setze sie in der Region (als Missionare) wieder ein. Vermutlich waren solche Gerüchte auch beim jüngsten Mordanschlag gegen einen katholischen Geistlichen ausschlaggebend. Ähnliche Gerüchte kursieren auch in Bezug auf kurdische Jugendliche: »separatistische Gruppen« würden sie gezielt in die westtürkischen Städte bringen und dort zu kriminellen Zwecken einsetzen. Die Rezeption solcher Propaganda wird begünstigt durch das weiterhin ungelöste Kurdenproblem (nicht zuletzt wegen unrealistischer Forderungen einiger kurdischer Gruppierungen und ihres proamerikanischen Kurses), politische Spannungen mit den USA, die US-amerikanische Militärpräsenz im Nahen Osten und die Erwägung eines Angriffs auf den Iran. All dies erzeugt ein ernsthaftes Gefühl der Unsicherheit und Bedrohtheit, das dem alten Trauma (Sevrés) neues Leben einhaucht. Was in der Türkei gegenwärtig fehlt ist ein Bündnis progressiver Kräfte, das die sozialen und (sicherheits-)politischen Unsicherheits- und Bedrohtheitsgefühle ernst nimmt, sich aber gleichzeitig nicht davor scheut, Agitatoren, die aufgestaute Gefühle bauchrednerisch ausbeuten, aktiv zu bekämpfen. ■

Politik der Gewalt

Über Jahrzehnte befasste sich die Geschichtswissenschaft in erster Linie mit der Funktionsstruktur des NS-Regimes. Über die detaillierte Deskription der NS-Bürokratie gerieten die Täter als handelnde Akteure aus dem Blick. Seit einem knappen Jahrzehnt nun stehen sie im Fokus des Forschungsinteresses. Gefragt wird nach den generationsprägenden, politischen und biographischen Sozialisationsvoraussetzungen verschiedener Akteure im Räderwerk der Shoah. Der vorliegende Band versammelt vierundzwanzig Kurzportraits von NS-Tätern.

In der historisch interessierten Öffentlichkeit stand Ulrich Herberts 1996 erschienene Studie über Werner Best für einen Paradigmenwechsel vom funktionalistischen zum mikrohistorischen/biographischen Blick auf die Täter. Es folgte Michal Wildts monumentale Studie über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes als dem Führungs- und Planungsstab des Holocausts. Gemein ist der neueren Täterforschung das Interesse, »die Täter [nicht] kurzschlüssig als verlängerten Arm ihrer Vorgesetzten, sondern als eigenständige Akteure [...] zu deuten.«[1] Daher stehen im Mittelpunkt der Porträts von NS-Tätern nicht prominente NS-Führungsfiguren, sondern so unterschiedliche Akteure wie Oskar Dirlewanger oder Erich Ehrlinger. Der erstgenannte zeichnete als Führer der berüchtigten »Division Dirlewanger« für die »unorthodoxen« Methoden der Partisanenbekämpfung verantwortlich, deren entgrenzte Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung und militärische Rücksichtslosigkeit ihn auch in Konflikt mit der Wehrmacht brachte, die sich zugleich seiner Einheit bediente, um besonders verlustreiche militärische Operationen zu realisieren. Ehrlinger hingegen agierte als Jurist in den Amtsstuben des RSHA. Er stieg vom Leiter einer regionalen SA-Schule zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Warschau auf. Zuvor hatte er ab 1938 den Aufbau des SD in Wien koordiniert.

Die Effektivität der NS-Vernichtungspolitik hing entscheidend von der Motivation und Eigeninitiative dieser Männer ab, die als



Mallmann, Klaus Michael / Paul, Gerhard (hg.): Karrieren der Gewalt: Nationalsozialistische Täterbiographien, Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Darmstadt) 2004, 282 S.

»kleine Schwungräder des Genozids«[2] an deren Umsetzung mitwirkten.

Der Band gibt einen hervorragenden Einblick in die Ergebnisse der Täterforschung der vergangenen Jahre. Die vierundzwanzig Porträts umfassen jeweils knapp zehn Seiten und verknüpfen gekonnt biographische und politische Aspekte der porträtierten Person. So entsteht ein Bild von der Heterogenität der Herkunft und Motivlage der Täter, die jedoch das Ziel der nationalsozialististischen Vernichtungspolitik einte. Nur eine Minderheit der porträtierten Täter musste sich nach dem Krieg juristisch für ihr Handeln verantworten. Ehrlinger wurde zwar wegen Beihilfe zum Mord in mehr als zehntausend Fällen verurteilt, das Urteil wurde jedoch nie rechtskräftig, da das Revisionsverfahren der Staatsanwaltschaft in eine Erkrankung Ehrlingers fiel. Er starb unbehelligt Anfang der neunziger Jahre in Karlsruhe.

Der Band kann als Einführung in den Themenkomplex Täterforschung mit Gewinn gelesen werden. Er ist Anregung, sich nicht nur mit der NS-Ideologie, sondern auch mit ihren Akteuren zu befassen.

1| Mallmann/Paul a.a.O. S. 4
2| ebd. S. 4 ff

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Ein historiographischer Dinosaurier

Die Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) erscheinen seit 1953 im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte. Über Jahrzehnte waren sie das Periodikum, in dem die Historikerzunft der alten Bundesrepublik sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzte. Hier wurden Quelleneditionen und -funde vorgestellt und alle großen Debatten geführt. Dabei erschienen in einem grundsätzlich konservativen Umfeld der u.a. von den Granden Bracher und Möller herausgegebenen Zeitschrift bemerkenswerte Texte. Die Auseinandersetzung mit dem Charakter des Krieges der Wehrmacht in der Sowjetunion wurde hier mit Schärfe geführt, da die wissenschaftlichen Protagonisten der Zeitschrift zugleich zu den Kritikern der Wehrmachtsausstellung gehörten.

Neuere Strömungen und Perspektiven in der NS-Forschung sind in der VfZ eher unterrepräsentiert. Nach wie vor dominieren Quelleninterpretationen und ideengeschichtliche Zugänge die Aufsätze. Alltags- und mentalitätsgeschichtliche Forschungsansätze sucht man hier ebenso vergeblich wie solche aus feministischer Perspektive.

Doch für Kontroversen ist die VfZ noch immer gut. Seit Monaten wird bspw. die Debatte um die Motivlage der nationalkonservativen Akteure des 20. Juli erneut kontrovers geführt. Nachdem der Historiker Johannes Hürter im Januarheft einen Quellenfund referierte, der die frühzeitige Kenntnis u.a. Henning von Treskows der Vernichtungskriegspraxis der Wehrmacht im Osten belegte und die ehrenhaften Motive der Hitlerattentäter in Zweifel zog. Diese habe in erster Linie die militärische Lage im Osten umgetrieben, nicht die moralische Empörung über den Vernichtungskrieg. Hierauf hatte Hermann Graml, der große alte Mann der Forschung zum deutschen Widerstand, zu einer Verteidigung der Verschwörer des 20 Juli 1944 angehoben, die historische Fakten generös überging und stattdessen den moralischen Edelmut der Männer um Stauffenberg und Teskow hervorhob. Diese Debatte darf auch als Konflikt um die traditionsbildenden historischen Meistererzählun-

gen der alten Bundesrepublik gelesen werden. Denn nicht nur in der Bundeswehr gelten die Verschwörer des 20. Juli 1944 als moralisch-politischer Bezugspunkt. Ihre moralische Überhöhung und instrumentelle Indienstnahme durch die Politik ist eine Kontinuität der Bundesrepublik.

Gewiss, die VfZ mag manchem jüngeren Leser wie ein historiographischer Dinosaurier vorkommen. Doch als Forum für geschichtspolitische Debatten und Seismograph für die wissenschaftspolitischen Intentionen der klassischen bürgerlichen Historiographie des 20 Jahrhunderts ist ihre regelmäßige Lektüre unabdingbar. ■

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (hrsg.)
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte:
Oldenbourg- Verlag München
4 Ausgaben/Jahr



Tobias Singelnstein, Peer Stolle
Die Sicherheitsgesellschaft.
Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert.
VS Verlag für Sozialwissenschaften
(Wiesbaden) 2006,
ISBN 3-531-14897-4,
159 Seiten, Euro 19,90.

Die Autoren sind Kriminologen, die jeweils an strafrechtlichen Lehrstühlen gearbeitet haben. Diese Tatsache lohnt der Hervorhebung, finden sich in ihrem Werk doch kriminologisch-soziologische und strafrechtskritische Analysen zusammengeführt, die die komplexe Materie so nicht nur verständlicher machen, sondern auch weiterführen.

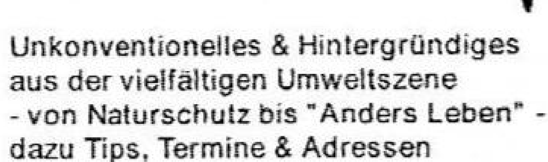
Als Sicherheitsgesellschaft bezeichnen die Autoren die gegenwärtige Formation sozialer Kontrolle. Bevor sie diese beschreiben und einer Kritik unterwerfen, wird zunächst einmal skizziert, wie es zu dieser Formation gekommen ist. Als Ausgangspunkt dient ihnen die Phase des Fordismus, also des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, dessen Instrumente (»strafende Wohlfahrt« und Disziplinargesellschaft) und Ziel (Ausgleich und Kontrolle) näher beschrieben werden. Im Anschluss daran wird erklärt, warum es diese Formation sozialer Kontrolle nicht mehr gibt, warum sie sich also gewandelt hat: Änderung des Gesellschaftsmodells (strukturelle Veränderung) und Einfluss von Protagonisten (neoliberale Konzepte, moralisch-religiöser Konservatismus, Sicherheitsproduzenten sowie Medien) haben neue Mechanismen und Techniken sozialer Kontrolle geschaffen (Selbstführung, instrumentelle Kontrolle und Ausschluss lassen den klassischen Behandlungsansatz von Resozialisierung und Disziplinierung zurücktreten) und Institutionen sozialer Kontrolle verändert (Globalisierung und Internationalisierung der Sicherheitspolitik, Ökonomisierung, Neubestimmung der Funktion von Recht, Neuformierung von demokratischer Willensbildung, die die Legislative schwächt und die Exekutive stärkt). Als Ergebnis dieser Transformation steht nun die Sicherheitsgesellschaft.

Kennzeichen dieser Gesellschaft ist, dass aufgrund gesellschaftlicher Verunsicherung das Sicherheitsbedürfnis des Einzelnen steigt und damit einhergehend auch das Bedrohungsgefühl und sich so eine Risikologik entfalten konnte, die wiederum eine proaktive Sicherheitspolitik ermöglichte, die zu einer Stärkung der Bedeutung der Polizei führte. Diese Formation sozialer Kontrolle wird einer kritischen Analyse unterzogen. Als zentrale Elemente der Kritik werden dabei ausgemacht: die Macht- und Herrschaftsförmigkeit sozialer Kontrolle zur Absicherung gesellschaftlicher Strukturen, die Verlagerung der sozialen Kontrolle von Institutionen des sozialen Nahraums hin zu professionellen Strukturen, der Ausschluss derjenigen, die von den Kontrolltechniken nicht mehr leitbar sind sowie das gewandelte Verständnis von Abweichung und sozialer Problemkonstellationen. Bereits diese Analyse wäre für einen neuen Schub in der gesellschaftspolitischen – wie auch wissenschaftlichen – Diskussion um die Formation sozialer Kontrolle ausreichend gewesen. Jedoch gehen die Autoren weiter. Aufbauend auf die eben geschilderte kritische Analyse stellen sie Überlegungen zu einer alternativen Perspektive von Sozialkontrolle an. Die folgenden Schlagworte müssen für ein Interessewecken genügen: Demokratisierung von Sozialkontrolle, Schaffung von Ressourcengerechtigkeit und partizipativer Demokratie, Gewährung von Freiheit und Autonomie des Einzelnen mittels Offenheit, Respekt, Solidarität sowie Toleranz und der Bruch mit der hegemonialen Risikologik. Das damit bedingte Dilemma sehen auch die Autoren. Da diese alternative Perspektive eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung bedingt, liegt sie derzeit in weiter Ferne. Gleichwohl ist dieser Blick doch geeignet, Argumentationsstränge aufzuzeigen. Schließlich wird auch noch ein Rechts- und gesellschaftspolitischer Ausblick geliefert – wie eine Änderung erreichbar erscheint. Neben dem Rechtsstaat (der in seinen Grundsätzen und Ausprägungen gerade nicht abzulehnen ist) sind selbständig die Grund- und Menschenrechte zu stellen und daran alternative Konfliktlösungsmodelle zu entwickeln. Es ist sich auf die ursprüngliche Funktion von Recht zurückzubesinnen: der Begrenzung staatlicher Macht und der Bekämpfung von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unfreiheit. Desweiteren muss das diffuse Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung aufgebrochen werden und die Sicherheit als Inszenierung bzw. Fiktion enttarnt werden (Dekonstruktion der Rationalität der Sicherheit). Schließlich – und dem ist zuzustimmen – kommt es nicht auf die Antworten, sondern auf das Stellen der richtigen Fragen an, damit die in dem Buch aufgeworfenen Sachverhalte neu beschrieben werden.

Auch wenn das Buch sprachlich sehr anspruchsvoll ist und zweimal gelesen werden sollte, kann dies seinen Verdienst nicht schmälern. Der Verdienst ist nämlich einerseits die gegenwärtige Ist-Situation der sozialen Kontrolle nachvollziehbar beschrieben und zum anderen Gedanken zu alternativen Perspektiven entwickelt zu haben. Geeignet ist die Lektüre nicht nur für den wissenschaftlich Tätigen, sondern gleichermaßen auch für die politisch Engagierte. ■



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel. | fax 0 30 . 6 11 62 49
www.apabiz.de mail@apabiz.de



Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47





ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

Akt. Ausgabe (2/06):

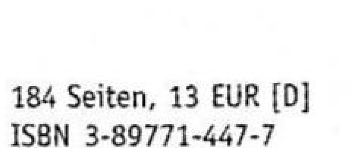
- Erasmus Grienkohl: »Eisbonbons statt Feuerzauber«, Tarifabschluss für Beschäftigten im EZ
- Anne Allex: »Eingemachtes«, Jahresbilanz Hartz IV
- NaRa: »Sicher ungesund«, immer mehr Menschen ohne Krankenversicherung in Deutschland
- Boy Lüthje: »Produktionsmodell China«: globale Produktion und neues Arbeitsregime

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Fax (069) 82 11 16
express-afp@t-online.de

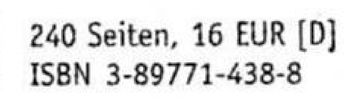
Daniel Bensaïd
Eine Welt zu verändern
Bewegungen und Strategien
jour fixe initiative berlin





184 Seiten, 13 EUR [D]
ISBN 3-89771-447-7

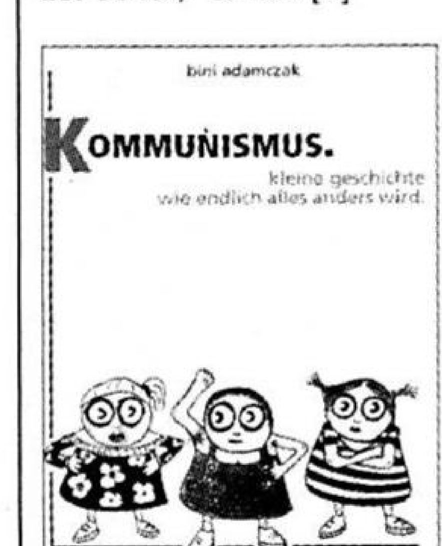
jour fixe initiative berlin (Hg.)
Klassen und Kämpfe



240 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 3-89771-438-8

Curious George Brigade, Crimethinc, Co-Conspirators
DIY
Von Anarchie und Dinosauriern

ISBN 3-89771-444-2
216 Seiten, 12 EUR [D]



Bini Adamczak
Kommunismus
Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird.

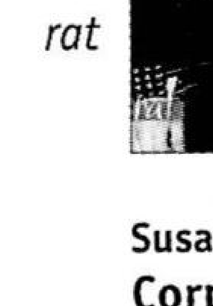
ISBN: 3-89771-430-2
80 Seiten, 8 EUR [D]



Christian Dornbusch & Klaus-Peter Killguss
Unheilige Allianzen
Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus
rat

352 Seiten, 18 EUR [D]
ISBN 3-89771-817-0



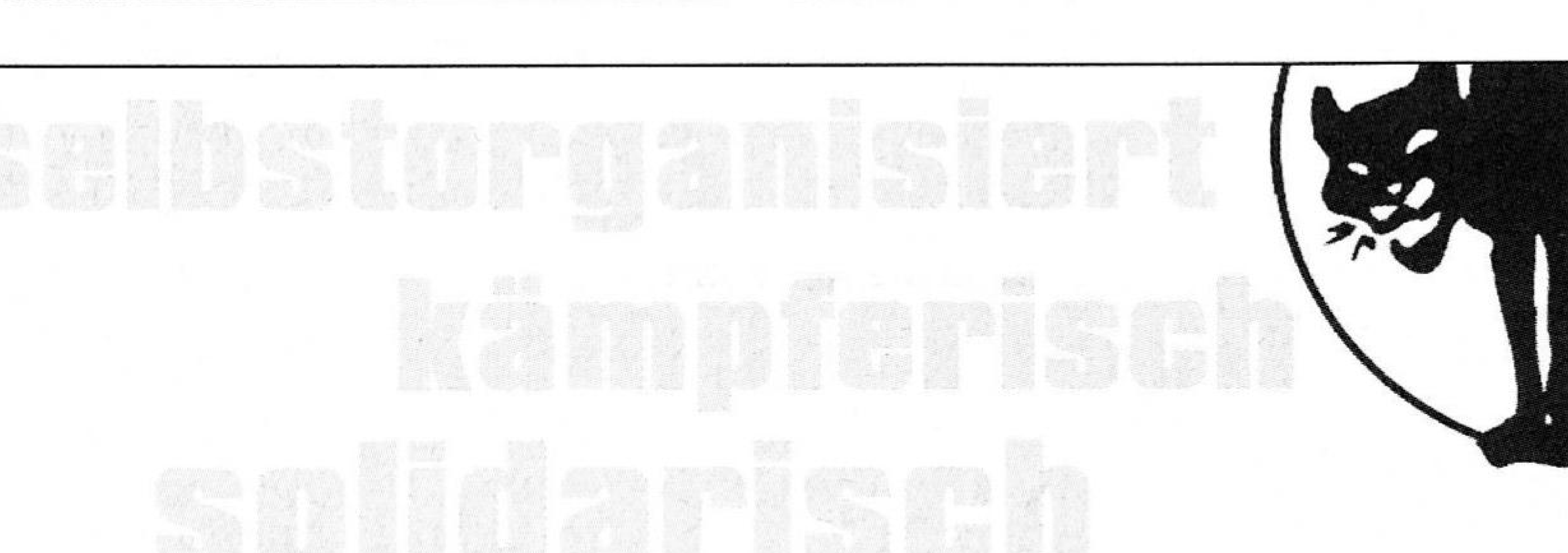


Joannah Caborn
Schleichende Wende
Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik
Edition DISS
268 Seiten, 24 EUR [D]
ISBN 3-89771-739-5

Susanne Spindler
Corpus delicti
Männlichkeit, Rassismus und Kriminalisierung im Alltag jugendlichen Migranten
Edition DISS
358 Seiten., 26 EUR [D]
ISBN 3-89771-738-7







[eine andere gewerkschaft ist möglich]

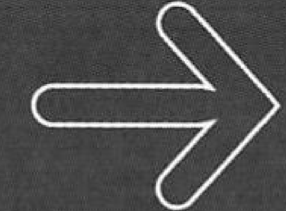


Freie ArbeiterInnen-Union

Wolfstraße 10 | 53111 Bonn| geko@fau.org | www.fau.org

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt



Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

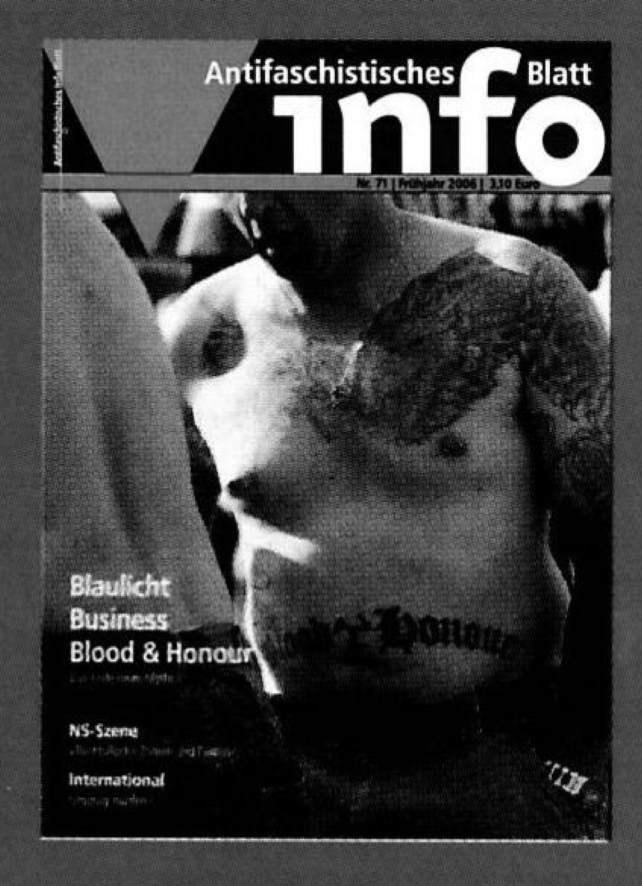
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

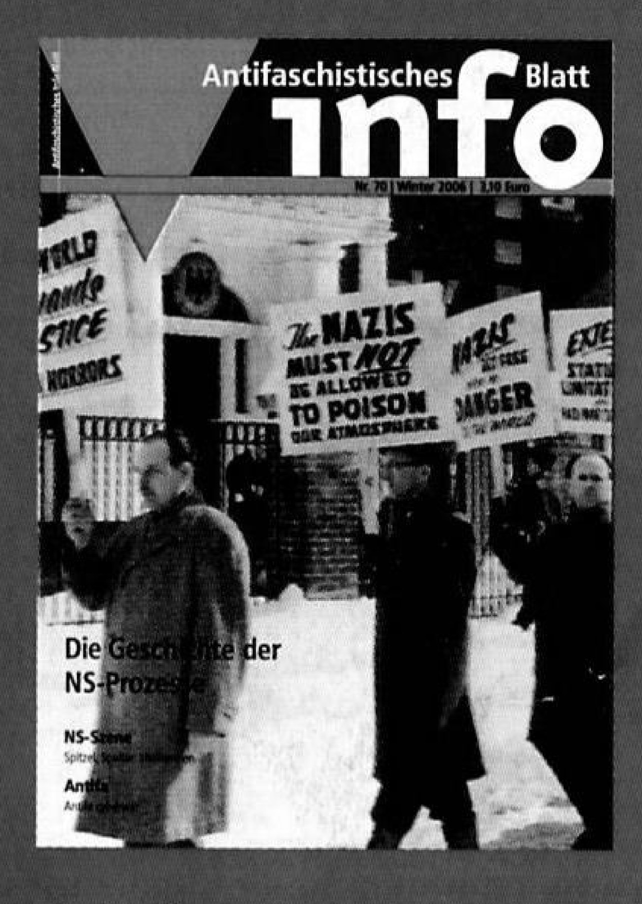
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 71
B & H – Ende eines Mythos
»RechtsRock« Zahlen und Fakten
Uruguay nazifrei?



AIB 70
Die Geschichte der NS-Prozesse
V-Mann Konflikt in der NPD
Antifa Cyberwar



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt

18. Jahrgang
Nummer 72 | 3.2006

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

ch abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



4.-6. August 2006
"Grosse Halle" der Reitschule
Bern, CH

Im August 06 wird Bern zur Antifastadt!

Zwei Nächte Live- Musik in der "Grossen Halle" der Reitschule. Bars und Essstände sorgen für Verpflegung. Zum Übernachten soll eine Campierfläche bereit stehen. Infostände, Diskussionsveranstaltungen und Filme löschen den politischen Wissensdurst! Schaut vorbei und lasst uns gemeinsam ein starkes Zeichen setzen! *So come on, let's rock out Fascism!*

www.antifafestival.ch